



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
12. Sitzung	Donnerstag, 15. Oktober 2015 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Stefan Semela, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmenzähler	Christine Brüesch Ferdinand Senn
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Christa Ochsner
Ende der Sitzung	01.00 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2015/22 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle	220
2	2015/23 Inpflichtnahme Sonja Frei-Schiesser, CVP, anstelle von Sabina Gadiant	221
3	2015/24 Aufgaben- und Finanzplanung 2016 – 2020	221
4	2015/25 Budget 2016	233
5	Kreditabrechnungen	
	2009/133 Allgemeine Nutzungsplanung 7 Teilzonenplanrevision	266
	2011/23 Tagesstrukturen und Kindertagesstätte Goldiland, Abrechnung Planungskredit	266
6	2015/26 Umfrage	266

Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen 11. Einwohnerratssitzung. Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Für die heutige Sitzung hat sich folgende Person entschuldigt: Christa Ochsner. Es sind somit 38 in Pflicht genommene, vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20 – vor Traktandum 2 mit der Vereidigung des neuen Einwohnerratsmitgliedes, Sonja Frei-Schiesser. Eine Bemerkung meinerseits: Wir werden ca. um 20.30 Uhr eine Pause einlegen; wahrscheinlich werden wir bis dann wohl bei Traktandum 4 sein.

1 2015.22 **Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle**

Stefan Semela: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 3. August 2015 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 25. Juni 2015 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Rechnung 2014, Genehmigung Rechenschaftsbericht 2014, Genehmigung Kredit von CHF 262'000 für das Erscheinungsbild Landstrasse K114/Kommunaler Richtplan, Genehmigungen von Kreditabrechnungen Sternenstrasse (Kanalisation, Wasserversorgung, Strassenbau) und Sanierung Flachdach Hallen- und Gartenbad.

Zu den **Mitteilungen:** **Stefan Semela** übergibt das Wort an Gemeindeammann Dieter Martin.

Dieter Martin: Gemeindeammann: Im Zusammenhang mit der BNO standen wir in einem Beschwerdeverfahren mit dem Gartencenter Weber. Das Gartencenter Weber strebte eine doppelt so grosse Verkaufsfläche an wie heute, man plante Wohnungsbauten etc. In diesem Zusammenhang wurde natürlich Art. 21 BNO mit der Gärtnereizone genauer geprüft. Das Verwaltungsgericht kam zu folgendem Schluss:

Neue Formulierung von § 21, Abs. 1 BNO lautet:

¹ Zulässig sind der Gärtnerei und dem Gartenbau dienende, mässig störende Bauten wie Treibhäuser, Büros, Werkstätten, Abstellräume und betriebsnotwendige Wohnungen. Innerhalb der Spezialzone Gärtnerei Oberfeld dürfen bestehende Verkaufsnutzungen bis max. 3'000 m² angelegt werden.

²

Der Gemeinderat konnte sich gegen die geplante doppelte Verkaufsfläche und gegen Wohnungen, welche nicht betriebsnotwendig gewesen wären, durchsetzen.

Die im Zusammenhang mit dem Erscheinungsbild Landstrasse angekündigte erste Tranche der Mehrwertabschöpfung im Betrag von Fr. 188'000 ist an die Gemeinde überwiesen worden. Damit können nun die Kosten für das Erscheinungsbild Landstrasse bestritten werden.

Anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung wurde der Wunsch geäussert, inskünftig die Aktenauflage elektronisch anzubieten. Diesem Wunsch wurde nach besten Möglichkeiten entsprochen. Wir können keine umfangreichen Kreditabrechnungen kopieren und es werden keine Personendaten kopiert. Die Aktenauflage in Papierform sowie der Versand bleiben nach wie vor bestehen. Es kommt natürlich auch darauf an, welche Hardware zu Hause eingesetzt wird und welche Kommunikationsmittel zu Hause zur Verfügung stehen. Inskünftig wird jedes Mal vor einer Einwohnerratssitzung die elektronische Zugänglichkeit zu den Akten mit dazugehörigem Passwort initialisiert. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, zu Hause die Zugänglichkeit der elektronischen Akten zu ermöglichen.

Stefan Semela: Ich übergebe das Wort an Franziska Grab.

Franziska Grab, Vizeammann: Geschätzte Damen und Herren. Ich möchte Sie über den Stand beim Projekt Sanierung Schulstrasse informieren. Die Arbeiten selber verlaufen termingerecht. 90 % der gesamten Leitungen wie Strom, Wasser und Abwasser sind bereits fertiggestellt. Der Belageinbau ist für 14./15. Oktober 2015 geplant, die Restarbeiten sind bis Ende November 2015 terminiert. Die Information für die Anwohner klappte hervorragend. Mittels einer Infotafel wurde jeweils über die schwierige Verkehrsführung informiert. So konnten die Liegenschaften immer erreicht werden. Der Perimeter der Schulstrasse musste bei den Wasserleitungen etwas erweitert werden, weil die vorhandenen Pläne nicht ganz genau stimmten. Es wurden noch alte Graugussleitungen gefunden. Diese mussten ersetzt werden. Deshalb resultierte eine Kostenüberschreitung von Fr. 18'000 – dies entspricht rund 3 % vom gesamten Projekt.

Stefan Semela: Ich übergebe das Wort an Marie-Louise Nussbaumer.

Marie-Louise Nussbaumer: Ich informiere über eine Pendenz, welche aus der Mai-Sitzung resultierte. Frau Spinner wollte wissen, wie hoch die Kosten für die baulichen Massnahmen im OSOS für die Schulumstellung 6/3 waren. Durch die Umstellung werden kleinere Schülerinnen und Schüler im OSOS unterrichtet. Die detaillierten Zahlen habe ich zusammengetragen. Ich trage diese nicht im Detail vor. Sie stehen Ihnen sehr gerne zur Einsichtnahme bei mir zur Verfügung. Die Aufstellung zeigt, dass sich die Kosten auf 2 Jahre verteilen. Die Kosten zeigen sich im Jahre 2014 und 2015. Die Finanzkommission hat die Zahlen im Rahmen der Rechnungsprüfung vom letzten Jahr gesehen. Nachdem klar wurde, dass die kleinen Schülerinnen und Schüler ab Sommer 2014 im OSOS unterrichtet werden und nachdem im Budget 2014 dafür keine Kosten budgetiert wurden, musste der Gemeinderat als Sofortmassnahme die wichtigsten Arbeiten genehmigen. Das war hauptsächlich der grosse Zaun rund um das Areal als Sicherheitsmassnahme und auch die Sicherheitsabschränkungen und die Garderobenanpassungen. Diese Massnahmen wurden sofort genehmigt und ausgeführt und in der Rechnung 2014 verbucht. Es ging um einen Betrag von Fr. 53'600. Dieser Betrag wurde letztes Jahr in der Rechnung 2014 durch den Einwohnerrat genehmigt. Es gibt nun noch eine zweite Tranche, welche im Budget 2015 enthalten ist. Es sind hauptsächlich der Spielplatz mit Fr. 36'000 und der Veloständer, welcher letztes Jahr nicht fertig gestellt werden konnte, weil zuerst eine Baubewilligung dafür erteilt werden musste. Die Umstellungskosten belaufen sich auf Fr. 114'000. Eine Ergänzung möchte ich herausstreichen: es ist ganz klar ein pädagogischer Entscheid der Schulpflege gewesen, dass die Kleinsten ins OSOS kommen. Man will die Unterstufenkinder im OSOS unterrichten und nicht die 6. Klässler, welche vorher da waren. Aus pädagogischer Sicht teilte die Schulpflege mit, dass sie lieber die Kleinen neben den Grossen haben, es ginge besser nebeneinander und die Schule ist nach wie vor überzeugt, dass das richtig ist. Die Umstellung ist deshalb nicht nur aus der Sicht für 1, 2 oder 3 Jahre anzusehen. Im OSOS haben wir je nach Sichtweise durch die Umstellung zwischen 3 und 6 Schulzimmer zu viel. Hält die Schulpflege inskünftig daran fest, dass auch in Zukunft kleine Kinder im OSOS unterrichtet werden, braucht es den Spielplatz weiterhin. Diese Massnahmen sind auf mehrere Jahre hinaus anzusehen. Die detaillierten Zahlen stehen hier bei mir zur Einsichtnahme gerne zur Verfügung.

Die zweite Anfrage war die Information nach dem Baufortschritt vom Goldiland. Wir sind im Zeitplan, doch leider hat die Kommunikation nicht gut geklappt. Der Gemeinderat hatte entschieden, eine Informationstafel aufzustellen. Diese steht seit den Herbstfeiern, aber leider an einer ungünstigen Stelle. Die Tafel wird in den nächsten Tagen umplatziert. Die Informationstafel wird laufend mit aktuellen Plänen und Fotos versehen. Es sind auch Gucklöcher geplant. Inskünftig sollen mehr Informationen auch über unsere Homepage und mittels Presse erfolgen.

Christian Bossard: Eine Verständnisfrage: 3 bis 6 Schulzimmer im OSOS mit den kleinen Schülern zu viel. Ist das richtig?

Marie-Louise Nussbaumer: Nein. Bei der Oberstufe ist nun eine Klasse weniger, das heisst nun, dass eigentlich 6 Schulzimmer frei würden. Aber mit der neuen Schulform sollte mehr als nur ein Schulzimmer pro Klasse zur Verfügung stehen, man rechnet mit etwas mehr. Im Bericht der

Metron steht, dass 6 Schulzimmer im OSOS nutzbar werden. Wir stehen immer noch in der Schulraumplanung und der Einwohnerrat sollte sich im Dezember mit dieser Thematik befassen und da sollte festgelegt werden, wie viele Schulzimmer langfristig über die Oberstufe hinaus genutzt werden können.

Stefan Semela: Zu den **Eingängen:** Es liegt einerseits das Postulat Urs Müller betreffend Feuerwehr Siggenthal auf dem Tisch. Das Postulat wird auf die nächste Sitzung zur Überweisung an den Gemeinderat traktandiert wer
Andererseits sind seit der letzten Sitzung drei Rücktrittsschreiben von Ratsmitgliedern eingereicht worden. Sabina Gadiant hat ihren sofortigen Rücktritt eingereicht, weshalb unter Traktandum 2 Sonja Frei-Schiesser vereidigt und neu im Einwohnerrat aufgenommen wird. Das Rücktrittsschreiben von Sabina Gadiant wird vorgelesen. Brigitte Schmid-Studer reichte ebenfalls ihre Demission auf Ende Dezember 2015 ein. Auch ihr Rücktrittsschreiben wird vorgelesen. Eleonora Amrein reichte ihren Rücktritt infolge Wegzug aus der Gemeinde auf anfangs November 2015 ein. Auch dieses Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

Zum **Protokoll:** Im Protokoll vom 25. Juni 2015 gibt es eine Korrektur: Bei den Entschuldigungen wurde irrtümlich Erich Schmid aufgeführt. Erich Schmid war anwesend. Er meldete sich mit verschiedenen Voten anlässlich der Versammlung.

Christoph Villiger: Ein kleiner Flüchtigkeitsfehler mit der Sitzungsnummer vom 25. Juni 2015. Es ist nicht die 11. Sitzung, sondern die 10. Sitzung. Die 11. Sitzung findet heute statt.

Die Protokolle vom 21. Mai 2015 und 25. Juni 2015 werden genehmigt.

2 2015.23 Inpflichtnahme Sonja Frei-Schiesser, CVP, anstelle von Sabina Gadiant

Stefan Semela: Es folgt die Inpflichtnahme von Sonja Frei-Schiesser. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Artikel 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Sonja Frei-Schiesser: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Stefan Semela: Ich begrüsse Sie im Einwohnerrat Obersiggenthal und wünsche Ihnen viel Spass beim Politisieren. Somit sind zurzeit 39 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt nach wie vor 20.

3 2015.24 Aufgaben- und Finanzplanung 2016-2020

Stefan Semela: Einsitz nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen. Eine Vorbemerkung meinerseits: Die Aufgaben- und Finanzplanung dient zur Kenntnisnahme an den Einwohnerrat, es gibt keine Abstimmung in diesem Traktandum. Es können Voten dazu angebracht werden und Anregungen an den Gemeinderat.

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Geschätzte Damen und Herren. Die Finanzkommission hat an mehreren Sitzungen das Budget 2016 und den Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2020 geprüft. Zum Budget kommen wir später. Ich beginne bei der Aufgaben- und Finanzplanung.

Anhand von Grafiken hat die Finanzkommission versucht darzustellen, wie sich die Schulden in den letzten Jahren effektiv präsentiert haben (helleres blau auf der Folie). In einem dunkleren blau wird der uns vorgestellte letztjährige Finanzplan aufgezeigt und in rot präsentiert sich der jetzt vorliegende Finanzplan. Man erkennt zwei Punkte: Zum einen zeigt sich, dass die Verschuldung im neuen Finanzplan nicht gar so gross ansteigt, wie im letztjährigen Finanzplan prognostiziert wurde. Der Gemeinderat hat in seiner Planung eine gewisse Priorisierung vorgenommen und gewisse Investitionen tendenziell eher zeitlich verschoben. Was auch unzweifelhaft festgestellt werden kann wie bereits im letzten Jahr, ist die Tatsache, dass die Verschuldung drastisch ansteigen wird. Die Finanzkommission erachtet die Verschuldungssteigerung immer noch als zu hoch. Die Nettoschulden pro Einwohner betragen im Moment Fr. 1'600, Ende Jahr vielleicht Fr. 1'900. Die Nettoschulden werden auf etwa rund Fr. 3'800 steigen. Vom Kanton wird eine Grenze von etwa Fr. 3'000 als guter Wert definiert. Dieser Wert ist nicht verpflichtend, man kann darüber oder darunter liegen.

Anhand von Folien werden die Verschiebungen aufgezeigt. Die wichtigsten Veränderungen zeigen zum Beispiel auf, dass der Betrag für das Gemeindehaus um Fr. 0.8 Mio. reduziert und nach hinten verschoben wurde; Neuaufnahmen wie zum Beispiel für das neue Tanklöschfahrzeug im Jahr 2022, für den Fussballplatz, welcher rund Fr. 1 Mio. höher ist (zu erwähnen ist aber, dass mit einem Beitrag vom Sportfoto-Fonds im Betrag von Fr. 250'000 gerechnet werden kann); eine markante Reduktion beim Ersatz Heizzentrale Sporthalle mit rund Fr. 900'000 tieferen Kosten; die Investitionen für das Hallen- und Gartenbad haben sich noch einmal nach hinten verschoben, letztes Jahr war dies schon der Fall, jetzt ist es 2016 – 2021; Mättelsteg ist immer noch enthalten; diverse Strassenprojekte sind mit Fr. 1.5 Mio. höher gewichtet, dafür ein Jahr später. Die eingerahmten Zahlen sind die grossen, dicken Positionen, welche auf uns zukommen werden. Schulraum: neu eingesetzt mit Fr. 10 Mio., egal, wo sich der Schulraum befindet, dafür fehlt das Schulhaus Kirchdorf, das ist allgemein erfasst. Das heisst logischerweise höhere Planungskosten bei der Schulraumplanung von rund Fr. 1.5 Mio, doch dafür entfällt Kirchdorf. Wir haben Provisorien Kindergarten, welche bereits ab nächstem Jahr mit Fr. 1.2 Mio. zum Tragen kommen.

Aus Sicht der Finanzkommission sind wir klar der Meinung, dass trotz der vom Gemeinderat vorgenommenen Kürzungen und Einsparungen die vorgenannten Kosten immer noch zu hoch sind.

Eine Bemerkung zum Fussballplatz, welche ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Wir besitzen grundsätzlich einen funktionierenden Fussballplatz in unserer Gemeinde. Dieser entspricht offenbar nicht mehr allen Normen. Aus meiner Sicht ist es durchaus angezeigt zu prüfen, ob diese Normen grundsätzlich gerechtfertigt sind oder ob diese Normen veränderbar sind. Eine Frage sei erlaubt, ob sich diese Normen nicht den finanziellen Realitäten der verschiedenen Gemeinden anzupassen haben und nicht die Plätze den Normen. Wir werden sicher in den nächsten ein bis zwei Jahren auf dieses Thema separat zu sprechen kommen.

Der Gemeinderat hat Investitionen, welche innerhalb eines Jahres umgesetzt und abgerechnet werden konnten, nicht ins Budget aufgenommen. In der Vergangenheit waren kleinere Posten wie zum Beispiel Salzsilo usw. im Budget enthalten. Die Erfahrung zeigte, dass bei längerer Sitzung und Besprechung des Budgets die Diskussionsfreudigkeit bei diesen Positionen eher bescheiden war resp. gesunken ist und die Posten vielfach ohne grosse Diskussion passierten. Der Gemeinderat teilt die Meinung der Finanzkommission, dass diese Positionen eine intensivere Auseinandersetzung verdienen. Diese Posten wurden deshalb aus dem Budget genommen und werden dann im Verlauf vom nächsten Jahr mit separaten, individuellen Kreditanträgen unterbreitet. Das bedeutet klar einen Mehraufwand für die Verwaltung. Doch dadurch stehen gute Diskussionsgrundlagen für die Meinungsfindung zur Verfügung.

Aus Sicht der Finanzkommission muss die Priorisierung noch stärker sichtbar werden. Die Finanz- und Aufgabenplanung ist ein Arbeitspapier. Was drin steht muss nicht kann aber so kommen. Der heute vorliegende Inhalt des Finanz- und Ausgabenplanes ist für unsere Gemeinde ein zu grosser Posten. Bei den Investitionen muss der Rotstift angesetzt werden. Das

tönt alles sehr pragmatisch, sehr logisch. Ich bin nun auf die Diskussion im Rat gespannt. Jeder vertritt nebst den eigenen und allgemeinen Interessen seine besonderen Steckenpferde und Interessen und ist bereit, für diese Sachen zu kämpfen. Dort wird sich zeigen, ob der Sparwille, sollte er heute beschworen werden, vorhanden ist und gelebt wird. In diesem Sinne dürfen wir uns alle auf intensive Diskussionen freuen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir bei einer allfälligen Steuerfusserhöhung, egal wie hoch und egal wann, keinen Freipass in den Händen haben und der Meinung sind, dass Geld vorhanden wäre. Diese Idee ist weder in den Köpfen der Finanzkommission noch beim Gemeinderat vorhanden. Wenn aber mit Leuten darüber diskutiert wird, dann besteht die Ansicht, dass bei einer Steuerfusserhöhung für Investitionen Geld zum Verprassen vorhanden wäre. Dem ist nicht so, eher das Gegenteil. Auch bei einer kleineren Steuerfusserhöhung von 7 % besteht kein Freipass, um die Investitionen locker stemmen zu können. Das wird nicht passieren. Alle müssen sich darüber bewusst sein.

Linus Egger, Gemeinderat: Sie haben die Finanzpläne der Einwohnergemeinde, Wasser und Abwasser erhalten.

Linus Egger erklärt anhand einiger Folien den Finanzplan. Ich möchte vor allem auf folgende Positionen eingehen: operatives Ergebnis und Entnahme aus Aufwertungsreserve und Selbstfinanzierung. Inskünftig müssen wir uns auf das operative Ergebnis, welches hier aufgezeigt ist, einstellen. Das ist die Zahl, welche den Steuerfuss definiert, und sie zeigt auf, welche Vorkehrungen zu treffen sind. In 2016 sehen Sie Fr. 94'000 im positiven Wert. Darin sind bereits die 7 % Steuerfusserhöhung eingerechnet. Die Details sehen wir dann später im Budget. Die Entnahme der Aufwertungsreserve ist die Differenz von der Umstellung von HRM1- auf HRM2-Abschreibungen, dies dürfen wir bis 2017 übernehmen, nachher ist das vorbei. Die rund Fr. 1.20 Mio. höheren Abschreibungen sind selbstverständlich auch enthalten und müssen erwirtschaftet werden. Die Selbstfinanzierung betrug in 2014 rund 38.5 %, im Budget 2015 waren es 39 % geplant. Bereits im Budget 2015 haben wir darauf hingewiesen, dass mit dem Einbruch der Steuereinnahmen die Auswirkungen spürbar werden und die Selbstfinanzierung werde auf unter 20 % fallen. Mit der Steuerfusserhöhung würden wir bis zum Jahr 2020 über 55 % Selbstfinanzierung erreichen. Der Richtwert vom Kanton sagt aus, dass die Selbstfinanzierung nicht unter 50 % fallen sollte. Anzustreben sind 100 %. Je tiefer sich die Selbstfinanzierung präsentiert, umso höher steigt die Nettoverschuldung an. Sie können selber ausrechnen, wie die Situation bei der Steuererhöhung aussieht. Eine Abweichung pro Steuerprozent beträgt rund Fr. 250'000. Wird der Steuerfuss nur um 5 % erhöht, macht das rund Fr. 500'000 aus. Bis Ende Jahr x 5 beträgt dies bis Ende Jahr Fr. 2.5 Mio.

Eine Bemerkung zu den grösseren Investitionen. Die Schulbauten wurden zusammengezogen, wie im Investitionsplan enthalten. Die Zahlen entsprechen der Planung in der Vergangenheit. Nach Vorlage des Berichtes der Metron müssen Korrekturen vorgenommen werden, Anforderungen von mehr Schulraum. Strassen von Fr. 8 Mio., darin ist auch die Hertensteinstrasse enthalten, ein Dekret vom Kanton, Fussballplatz wurde bereits erwähnt, Hallen- und Gartenbad und Mättelisteg. Für diejenigen Personen, die neu hier sind, der Mättelisteg ist die Verbindung vom Oederlin-Areal nach Baden.

Die Grafik Selbstfinanzierung zeigt gelb die Selbstfinanzierung und rot die Nettoinvestitionen auf.

Sie sehen die Entwicklung der Nettoverschuldung. Die Grafik beinhaltet bereits ab 2016 die geplante Steuerfusserhöhung um 7 % auf 105 %. Diejenigen, welche die Investitionen genau studiert haben, stellten fest, dass die Mehrwertsteuern dort enthalten sind. Die gesamten Kosten fehlen noch, weil wir diese noch nicht kennen. Das heisst, die Nettoverschuldung, wie sie sich heute präsentiert, ist um rund 1.8 Mio. Franken besser dargestellt, als sie den Tatsachen entspricht.

Eugen Paul Frunz: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder und Ratsmitglieder. Die SVP hat die Aufgaben- und Finanzplanung 2016 – 2020 studiert. Das vorliegende Dokument werden wir so nicht zur Kenntnis nehmen. Wir sind erstaunt über die stetig

ansteigenden Steuereinnahmen. In unseren Augen wurde sehr optimistisch prognostiziert. Der Plan zeigt einen Zuwachs über die Zeit 2016 – 2020 von über Fr. 2.5 Mio. oder anders ausgedrückt ca. 10. %. Wir halten dies für nicht realistisch. Wir wissen auch nicht, was in Baden mit der Alstom passiert. Sollte der Sitz dieser Unternehmung aus Baden verlegt werden, hat dies sicher auch Auswirkungen auf die Steuerzahler von Obersiggenthal. Mit den optimistisch gewählten Steuereinnahmen kann der Schuldenanstieg beschönigt werden. Wir gehen davon aus, dass die Schulden höher sein werden als auf dem vorgelegten Papier aufgezeigt. Vor allem wenn im gleichen Schritt wie bisher Investitionen getätigt werden. Es macht für uns den Anschein, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit einer scharfen Priorisierung von Investitionen noch nicht erkannt hat. „Stehe still und sammle dich“, das ist der Grundsatz, welcher die Feuerwehr bei einem Einsatz anwendet. Besonders dann, wenn sich die Voraussetzungen grundlegend ändern. Die Voraussetzungen haben sich in unserer Gemeinde mit einem Steuerausfall von 5 % in meinen Augen grundlegend verändert. Es ist jetzt ein Marschhalt nötig, damit seriös abgeklärt werden kann, was wir uns jetzt noch leisten können. Aus diesem Grunde reichen wir heute zwei Motionen ein:

Die erste Motion lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe „Gemeindefinanzen und Investitionsplanung“ einzusetzen. Die Arbeitsgruppe hat sich mit allen budgetrelevanten Investitionen sowie auch mit der Frage von deren Auswirkungen auf den Finanz-/Investitionsplan zu befassen. Auch soll diese Arbeitsgruppe das jährliche Budget auf weitere, vor allem kurz- und mittelfristige, Einsparungsmöglichkeiten untersuchen und dem Einwohnerrat einen nachhaltigen Bericht/Vorschlag unterbreiten. Die Arbeitsgruppe soll aus Mitgliedern des Einwohnerrates, der Finanzkommission sowie des Gemeinderates zusammengesetzt werden.

In der heutigen Situation müssen wir alle Möglichkeiten zur Verbesserung unserer Finanzlage ausschöpfen. Ausserdem sind die Investitionen im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan aus unserer Sicht zu wenig priorisiert bzw. basieren auf Grundlagen aus einer Zeit, in welcher der Gemeinderat und die Finanzkommission davon ausgegangen sind, dass alles nicht ganz so schlimm kommt. Zwischenzeitlich sieht der Gemeinderat selber grosse Fragezeichen und zeichnet düstere Wolken an den Obersiggenthaler Finanzhimmel. Alleine den Steuerausfällen von 5 % wurde zu wenig Rechnung getragen. Durch das Einsetzen der geforderten Arbeitsgruppe kann und muss eine neue Basis für den Gemeinderat und den Einwohnerrat geschaffen werden, damit wir als Gemeinde attraktiv und zuverlässig für unsere Bürger und Steuerpflichtige bleiben. Durch den Einbezug des Einwohnerrates in die Investitionsplanung soll und muss erreicht werden, dass die bevorstehenden kritischen Jahre bezüglich Finanzen in unserer Gemeinde auch auf der Investitionsseite grundlegend geprüft und neu beurteilt werden.

Die zweite Motion lautet wie folgt:

Sämtliche vom Einwohnerrat noch nicht beschlossenen und aus anderen zwingenden Gründen nicht notwendigen Investitionen sind aufzuschieben. Dieser Aufschub hat solange Gültigkeit, bis die neu einzusetzende Arbeitsgruppe dem Einwohnerrat einen Bericht über mögliche Priorisierungen von zukünftigen Investitionen vorgelegt hat und dieser vom Einwohnerrat zustimmend genehmigt wurde.

Ausgeschlossen von diesem Aufschub sind alle Investitionen, welche durch übergeordnete Verfahren geleistet werden müssen oder aber das grundlegende Weiterfunktionieren der Gemeindeinfrastruktur verhindern oder gefährden.

Mit diesem Aufschub wird gewährleistet, dass die Arbeitsgruppe den nötig zeitlichen Freiraum erhält, ohne dass neue zwingende, unaufschiebbare Investitionen getätigt werden und so die Arbeitsgruppe nicht unterlaufen werden kann. Aus unserer Sicht ist es sehr dringend, dass wir uns alle, unabhängig von der Parteifarbe, ernsthaft mit den jetzt geltenden Grundlagen sowie auch mit den künftig verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten in unserer Gemeinde befassen und neu für alle eine vertrauensvolle Basis erarbeiten. Es ist wichtiger denn je, das Wohl von Obersiggenthal über unsere aller Parteipolitik zu stellen. Ich denke, wir wollen alle auch in

Zukunft in einer attraktiven Gemeinde leben. Was in der Vergangenheit passierte, können wir leider nicht mehr ändern. Aber die Zukunft liegt vor uns. Also nehmen wir sie alle in unsere Hände und bringen unsere Gemeinde wieder auf Kurs.

Stefan Semela: Ich sehe, dass beide Motionen als dringlich betitelt wurden. Die Dringlichkeit muss begründet werden. Nachher müsste mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden, die Motion entgegenzunehmen, sofern es sich um zulässige Motionen handelt. Eine Frage an den Motionsteller: Die Arbeitsgruppe ist keine gemeinderätliche Arbeitsgruppe, das sollte eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe sein, ist das richtig? Sonst ginge es sowieso nicht, es muss eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe sein. Wie habt Ihr Euch vorgestellt, wie diese Kommission gewählt wird? Vom Einwohnerrat?

Eugen Paul Frunz: eine gute Frage. Dann ändern wir den Motionstext auf „Der Einwohnerrat wird beauftragt“.... Dann würde dies formell richtig sein.

Stefan Semela: Wenn es dringlich ist, dann müssten wir heute die Wahl vornehmen, sofern die dringliche Motion mit einer 2/3-Mehrheit angenommen würde. Wenn ein Geschäft als dringlich erklärt wird, dann hat der Gemeinderat die Möglichkeit, nach § 17 Geschäftsreglement dazu Stellung zu nehmen. Aber das Geschäft ist dann noch an der gleichen Sitzung zu behandeln.

Patrick Hehli: Zur Konkretisierung: Wir hatten vor Jahren bereits einmal eine solche Arbeitsgruppe. Ein Teil der heutigen Einwohnerräte hatten damals Einsitz in dieser Kommission wie zum Beispiel auch der heutige Finanzkommissionspräsident. Mit der Dringlichkeit möchten wir erreichen, dass das Geschäft nicht bis im Dezember liegen bleibt oder, wenn wir noch Pech haben, wird die Dezembersitzung verschoben, und dann wird es März. Wir möchten heute mit der Dringlichkeit unterstreichen, dass wir vom Einwohnerrat die Zustimmung haben, eine solche Arbeitsgruppe zu bilden. Dann wäre die Meinung, dass bis Ende Oktober 2015 die Fraktionspräsidenten zusammen sitzen und aus jeder Partei die entsprechenden Vertreter in die Arbeitsgruppe bestimmen. So wäre die Arbeitsgruppe operativ spätestens im Januar 2016 bereitgestellt. Das wäre unsere Idee von der Dringlichkeit. Wir erwarten heute nicht - und ich glaube, da ist auch der Einwohnerrat gleicher Ansicht -, dass die Arbeitsgruppe zusammengesetzt würde. Ich bezweifle, ob heute von jeder Partei die wirklich guten Leute, nicht dass es hier schlechte Leute hat, bestimmt würden. Es geht uns darum, die Motion zu überweisen, damit die notwendigen Schritte für die Bildung der Arbeitsgruppe Ende Monat eingeleitet werden können.

Stefan Semela: Ich schlage vor, dass wir die Motionen in der Pause anschauen werden und dass die Parteien darüber diskutieren können. Wir stimmen darüber ab, ob die Motion als dringlich durchgeht und bei 2/3-Annahme, die Mitglieder gewählt werden, wie es die SVP-Fraktion vorschlägt.

Markus Renggli: Mein Antrag wäre auch, eine Pause zu machen, um mit der Fraktion die Thematik zu besprechen. Wir sind alle etwas überfordert, um sofort darüber abzustimmen. Es muss auch der genaue Wortlaut bekannt sein. Den Sinn haben wir sicher begriffen.

Stefan Semela: Wir kopieren die beiden Motionen und geben diese den Fraktionen ab, damit entsprechende Diskussion geführt werden können. Somit können nach der Pause die Abstimmungen erfolgen. Die Motion mit dem Investitionsaufschub greift gemäss Gemeindeordnung wohl in die Kompetenz des Gemeinderates ein. Dann geht das auch nicht. Die Investitionen an den Einwohnerrat kommen ja immer als Vorlage. Wir prüfen das in der Pause.

Erich Schmid: Aus meiner Sicht liegt die Dringlichkeit darin, dass abgestimmt wird, ob die Motion überwiesen wird. Der Inhalt der Arbeitsgruppenbildung ist der erste Schritt bei Überweisung. Dies ist nicht an der gleichen Sitzung zu behandeln. Aus meiner Sicht sollte die Motion mit der Randbedingung heute behandelt werden. Dann kann im Dezember traktandiert werden, wer in dieser Gruppe Einsitz nehmen soll.

Christoph Villiger: Die FDP hatte auch den Plan, dass wir die Steuerfussidee verknüpfen wollen mit dem Auftrag an den Gemeinderat, eine Arbeitsgruppe Finanzen, wie wir sie schon einmal hatten, zu reaktivieren. Das ist durchaus auch im Sinne der FDP. Das ist wichtig, dass man das auch weiss.

Stefan Semela: Dann machen wir wie besprochen das Vorgehen nach der Pause.

Daniela Graubner: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Die finanzielle Situation von Obersiggenthal hat sich gewendet. Die Steuereinnahmen sind um 5 Steuerprozent drastisch zurückgegangen. Zusätzlich stehen wir vor einem grossen Investitionsberg. Der Spielraum im Budget ist für unsere Gemeinde nicht mehr gross. Von total Fr. 35 Mio. betrieblichem Aufwand sind von uns nur noch Fr. 14 Mio. direkt beeinflussbar. Das sind nur noch 40 % von allen betrieblichen Aufwendungen. Das Budget 2015 präsentiert sich nicht rosig. Wir unterstützen seitens der EVP entschieden die Steuerfusserhöhung von 7 % sowie die Sparbemühungen vom Gemeinderat. Alle Anträge seitens der Finanzkommission unterstützen wir. Im Aufgaben- und Finanzplan werden in den kommenden drei Jahren Investitionen von Fr. 6.6 Mio. realisiert. Diese sind in Bau und beschlossen. Dazu sollen Investitionsprojekte von Fr. 13 Mio. bewilligt und realisiert werden. Ich glaube, wir müssen unsere Anspruchsmentalität überdenken. Die fetten Jahre sind vorbei. Realistisch ist es unmöglich, in den nächsten drei Jahren über Fr. 19 Mio. Investitionen zu tätigen.

Christoph Villiger: Geschätzte Damen und Herren. Die finanzielle Entwicklung der Gemeinde Obersiggenthal, wir haben es auch schon gehört, bereitet uns sowohl im Budget 2016 und auch mittelfristig grosse Sorgenfalten. Die signifikant tieferen Steuereinnahmen, wir haben das schon im Jahr 2014 gesehen, haben sich akzentuiert und dies hinterlässt nun deutlich die negativen Spuren. Aus unserer Sicht müssen Massnahmen eingeleitet werden sowohl auf der Einnahmenseite wie natürlich auch auf der Ausgabenseite. Künftige Investitionen sind nochmals verstärkt auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit zu überprüfen. Zudem sind wir der Meinung, dass die Diskussion über Qualität und Quantität im Leistungsangebot unserer Gemeinde geführt werden muss. Wir bieten heute ein gewaltiges Angebot. In Zukunft müssen wir uns die Frage stellen, was wollen wir uns und was können wir uns heute effektiv noch leisten.

Für die FDP ist die Steuerfusserhöhung ab 2016 aufgrund der heutigen Ausgangslage unumgänglich. Nur bereits für die Kompensation für die Steuerausfälle und Mindereinnahmen ist die Erhöhung vom Steuersatz um 5 % nötig. Mehrheitlich ist die FDP-Fraktion aber aufgrund des Berichtes der Finanzkommission als auch aus den Sparpotenzialen der Gemeinde, welche im Rahmen des Budgets 2016 genutzt werden, der Meinung, dass die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung um 7 % auf neu 105 % zu gross ist. Eine Erhöhung des Steuerfusses im beantragten Masse rechtfertigt sich nicht. Auch im Sinne einer gewissen Symmetrie zwischen Einnahmenerhöhung und Ausgabenreduktion und einer Aufrechterhaltung des grossen Spardruckes, welcher für uns wichtig ist, beantragt die FDP-Fraktion die Steuerfusserhöhung um nur 5% auf 103 % für 2016. Mit diesem Antrag verknüpfen wir auch den Auftrag an den Gemeinderat, wie bereits vorher erwähnt, die bereits vor Jahren eingesetzte Arbeitsgruppe Finanzen zu reaktivieren. Diese Arbeitsgruppe soll nachhaltige Sparmassnahmen, das ist wichtig, aufzeigen können. In denselben sollen wirklich konkrete Sparmassnahmen oder Kosteneinsparungsmöglichkeiten und auch Konsequenzen aus diesen Sparmassnahmen aufgezeigt werden. Konsequenzen, in welchen es um das Leistungsangebot von unserer Gemeinde geht. Damit soll eine Ausgangslage resp. eine Entscheidungsgrundlage für den Einwohnerrat respektive den Stimmbürger für die Zukunft geschaffen werden.

Ich lese den Antrag der FDP zum Budget 2016 vor.

Stefan Semela: Diesen Antrag bitte in Traktandum 4 einbringen. Wir sind in Traktandum 3, Aufgaben- und Finanzplanung 2016 – 2020.

Daniel Meier: Die CVP-Fraktion ergänzt, was noch nicht gesagt wurde. 7 % Steuerfusserhöhung, wir alle haben den Kopf geschüttelt und die Stirne gerunzelt. Trotzdem, nach genauem Studieren des Budgets, ist ersichtlich, dass 5 % eigentlich bereits weggehen durch kantonale Steuerreformen, Steueroptimierungen von Privaten wie zum Beispiel von Einzahlungen in Pensionskasse usw. Das fehlt bei unseren Einnahmen. Andererseits steigt der betriebliche Aufwand in der bestehenden Infrastruktur wie Sporthalle, Spitex usw. sowie auch der Transferaufwand, also die kantonalen Abgaben, über 50 % vom Gesamtaufwand. Zusammen mit den betrieblichen Kosten sind wir der Meinung, dass mit einem Budget und einer neuen Steuerfusserhöhung von 7 % eigentlich wieder ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden kann, wie wir das gesehen haben. Die CVP-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan so zur Kenntnis und beisst in den sauren Apfel. Im Angesicht der angespannten Finanzlage und dem Budget, welches unserer Ansicht nach keinen überflüssigen Speck beinhaltet, erscheint es uns wichtig, die zukünftigen Investitionen zu priorisieren. Wir möchten dort ansetzen, dass die Investitionen klar noch klarer priorisiert werden, als wir bisher gesehen. Dort soll auch das Dringliche vom Wichtigem und Nice-To-Have unterschieden werden. Die vorliegenden Unterlagen gehen noch zu wenig in diese Richtung, und wir möchten dort vor allem vermehrt in dieser Richtung ansetzen.

Zudem sind wir der Meinung, dass unsere Gemeinde einen sehr hohen Service-Public anbietet wie zum Beispiel mit Schwimmbad, Schulen, Sport. Auch im Familienbereich sind wir sehr gut präsent. Auch mit einem Steuerfuss von 105 % bewegen wir uns im Vergleich mit anderen Gemeinden im Mittelbereich.

Die Herausforderung wird sein, dass wir das heute in unseren Diskussionen passieren und schlussendlich auch dem Volk verkaufen können.

Theo Flückiger: Geschätzter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Kollegen. Bereits im letzten Jahr haben wir die Notwendigkeit von einer Steuerfusserhöhung erkannt, und es war uns klar, dass dieser Schritt dieses Jahr kommen wird. Wir werden das unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Höhe der Steuerfusserhöhung von 7 % nötig ist, damit die Finanzlage in unserer Gemeinde einigermaßen im Griff gehalten werden kann. Die 7 % reichen in erster Linie für das Ersetzen der Steuerausfälle. Das ist überhaupt keine Luxuslösung, sondern nur das Kompensieren von grossen Teilen, welche weggefallen sind. Es stehen grosse Projekte an. Da ist klar abzuwägen, was ist wirklich heute und jetzt notwendig und was kann verschoben werden. Ein Teil ist sicher nicht sinnvoll jetzt schon umzusetzen. Eine Priorisierung braucht es. Wir stellten aber auch fest, dass die Steuerfussgeschichte nicht nur in unserer Gemeinde ein Thema ist. Es ist rundum ein Thema. Da stellt sich für uns die Frage, ob dies nicht eine Folge der verschiedenen Steuergesetzrevisionen in den letzten Jahren ist und mit den Sparübungen beim Kanton werden/wurden Kosten auf die Gemeinde abgewälzt. Dies bedeutet logischerweise höhere Kosten auf Gemeindeebene.

Wir haben uns auch die Frage gestellt, ob wir in unserer Gemeinde über unseren Möglichkeiten leben. Wir haben gute Steuerzahler und haben lange gut leben können. Aber so wie jetzt kommuniziert wird, wird sich das in Zukunft nicht mehr in die gleiche Richtung entwickeln. Und dort stellt sich die Frage: Müssen wir zurückschrauben mit dem, was wir uns leisten können mit unseren neuen tieferen Steuereinnahmen?

Es scheint uns ein richtiger Ansatz zu sein, wie auch der Gemeinderat und die Finanzkommission empfehlen, den Steuerfuss um 7 % anzuheben. Ob das langfristig die richtige Balance ist, das wird sich zeigen. Aber wir werden die beantragte Steuererhöhung unterstützen, auch gegenüber der Bevölkerung. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob dies die richtige Strategie ist, damit unsere Finanzen wieder im Lot sind.

Christian Bossard: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Es ist eher eine persönliche Anmerkung, was mich am Aufgaben- und Finanzplan gestört hat. Ich habe das Gefühl, dass das Ganze im Einnahmen- sowie auch im Ausgabenbereich sehr negativ geplant wurde. Es ist immer noch nur ein Planungspapier. Wenn ich folgendes betrachte,

dann haben wir mit einer Bevölkerungsentwicklung Steuereinnahmen und immer noch Fr. 300'000 Reserve. Was mir nicht gefällt ist, dass man eine lineare Bevölkerungsentwicklung aufzeigt. Ich schätze dies nicht. Wir haben Entwicklungsprojekte wie zum Beispiel das Oederlin-Areal. Wann das gebaut wird, weiss man noch nicht. Abzuschätzen, wann dies in unseren Zahlen ersichtlich ist, kann ich auch nicht. Diese Tatsachen geben mir ein ungutes Gefühl. Ich möchte dem Gemeinderat als persönliche Empfehlung mitgeben, dass im nächsten Jahr den tatsächlichen Gegebenheiten der Entwicklung in unserer Gemeinde stärker Rechnung getragen wird. Ein reales Wachstum von 50 Personen jedes Jahr erscheint mir unglauwbüdig.

Patrick Hehli: Ich habe eine Frage an die Finanzkommission oder an den Gemeinderat. Peter Marten erwähnte es bereits in seinem Eintrittsvotum. Der Mättelisteg ist immer noch bei den Investitionen aufgeführt. Die Finanzlage bei allen Gemeinden rundum ist angespannt. Der Nachbargemeinde Ennetbaden geht es finanziell am besten. Der Mättelisteg befindet sich vollkommen auf Ennetbadener Gebiet und verbindet Ennetbaden mit Baden. Wurden seitens unserer Gemeinde Verpflichtungen gegenüber Baden und Ennetbaden eingegangen? Warum hält man am Mättelisteg fest? Es ist mir schon klar, dass der Aufgaben- und Finanzplan nur ein Arbeitsinstrument ist. Aber seit Jahren ist der Mättelisteg bei den Investitionen aufgeführt. Es ändert sich lediglich die Summe, einmal sind die Kosten etwas höher und dann wieder etwas tiefer geplant. Eine persönliche Anmerkung zum Mättelisteg. Sollte das Oederlin-Areal einmal kommen, bin ich überzeugt, dass die Bewohner politisch wohl in unserer Gemeinde Wohnsitz begründen, orientieren werden sich diese Bewohner sicher nach Baden resp. Ennetbaden. Ich verstehe nach wie vor nicht, warum am Mättelisteg festgehalten wird.

Dieter Martin: Im Rahmen der Regionalplanung hat man sich für den Mättelisteg ausgesprochen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Einwohnerrates. Der Mättelisteg erhält Bundessubventionen im Rahmen von ca. Fr. 500'000. Damit diese aktiviert werden konnten, mussten Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal ihr Interesse nachweisen. Aber wie gesagt, immer unter dem Vorbehalt, dass der Einwohnerrat diesem Vorhaben zustimmt. Wir sind als Gemeinde keine Verpflichtungen eingegangen. Aber es ist festzustellen, dass die Leute im Oederlin-Areal wohl gut situierte Leute sein werden, dies wird beim Planungsprojekt angestrebt, wohl in unserer Gemeinde Wohnsitz begründen und wie die anderen Obersiggenthal Einwohner in Baden das öffentliche Verkehrsmittel oder die Autobahn erreichen werden. Die Steuern werden in Obersiggenthal bezahlt. Damit das geplante Projekt mit den Wohnungen auch umgesetzt wird, ist der Mättelisteg ein wichtiges, strategisches Projekt, welches die Lage attraktiv macht und auch Wohninteressenten anziehen wird. Die Erreichbarkeit und Verkehrsplanung ist ein wesentlicher Punkt im Rahmen einer Neuplanung und spielt im Ganzen mit. Unsere Gemeinde Obersiggenthal hat erstens ein grosses Interesse, dass das Oederlin-Areal-Projekt kommt, und zweitens ist deshalb der Mättelisteg ein wichtiges Instrument. Wann dies kommt, können wir im Moment nicht sagen. Zuerst erfolgen die Mitwirkungsverhandlungen etc. Es gibt eine Gestaltungsplanung und es gibt eine BNO-Anpassung. Ich hoffe natürlich, dass das im Rahmen 2018/2019 kommen wird.

Erich Schmid: Ich möchte kurz auf die Arbeitsgruppe zu sprechen kommen, in einem früheren Votum erwähnt, welche eingesetzt werden sollte. Übrigens eine sehr gute Idee, ich unterstütze dies. Aus dem ganzen Finanzplan sieht man die Strategie, welcher der Gemeinderat verfolgt, mit der geplanten Steuerfusserhöhung, welche im nächsten Traktandum behandelt wird. Und trotzdem erhöhen sich die Schulden massiv. Wir haben Verschiebungen in der Höhe der Investitionen und auch von den Jahren. Woher aber die Jahre kommen, ist oft eine Folge der Verzögerung der Planungszeit, man hat sich zu viel vorgenommen. Mir fehlt die Strategie des Gemeinderates unter der Führung des Gemeindeammanns mit der Zieldefinition, wo wir die Investitionen antreiben wollen. Das fehlt und ist aus dem vorliegendem Finanz- und Aufgabenplan überhaupt nicht ersichtlich. Ich hätte mir gewünscht, dass sich der Gemeinderat in einer solchen Situation Klarheit verschafft und aufzeigt, wohin geht es. Der Aufgaben- und Finanzplan muss erstellt und alle Sachen müssen aufgeführt werden. Das wurde seitens des Einwohnerrates verlangt und ist auch gut. Aber was fehlt, ist die Sicht des Gemeinderates. Die Arbeitsgruppe, welche eingesetzt wird, wird diverse Sachen prüfen müssen. Investitionsstopp ist ein kurzfristiges Thema. Wie in einem früheren Votum gesagt: „Bleib stehen und sammle

dich". Ich hätte vom Gemeinderat erwartet, dass er von sich aus so etwas zusammenstellen würde. Das kommt überhaupt nicht aus dem vorliegenden Arbeitspapier heraus.

Die geplante Steuerfusserhöhung von 7 %, das wird im nächsten Traktandum diskutiert, oder von 5 % oder 3 %, ist eine massive Erhöhung. Die vorgeschlagene 7 %-Steuererhöhung zeigt trotzdem eine weitere Verschuldung in den nächsten 5 Jahren in der Grössenordnung von Fr. 20 Mio. auf. Wir könnten schon eine Steuerfusserhöhung von nur 5 % machen, aber die Verschuldung wird mit 5 % wie auch mit 7 % massiv ansteigen. Wir müssen wirklich sparen und das Notwendige vom Nice-to-have trennen. Die Arbeitsgruppe soll versuchen, dies festzulegen. Der Mättelisteg ist ein Beispiel. Es gibt andere Sachen, die nicht so einfach sind wie z.B. das Schulhaus. Ob das total 12, 10 oder 8 Mio. Franken kostet, spielt keine Rolle. Wenn ein Schulhaus gebraucht wird, dann wird es gebraucht. Da kann man bei den Steuern mit einigen Fr. 100'000 optimieren, das ist viel Geld. Dies sind grosse Treiber. Aber da erwarte ich von einem Gemeindeammann, dass sie das und das bringen wollen. Doch diese Statements vermissem ich. Es liegt der Antrag auf Steuerfusserhöhung vor - aber nicht mehr. Das finde ich in dieser Situation sehr schade.

Josef Sieber: Über den Aufgaben- und Finanzplan philosophieren wir jedes Jahr, ob dieser pessimistisch oder optimistisch ist. Ich will das jetzt nicht wieder auswalzen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass dieser immer eher pessimistisch ausfällt. Ich nehme an, dass ist auch dieses Jahr so. Ich möchte aber etwas zum Vergleich 2015 und 2016 sagen. 2016 ist nahe Zukunft und sollte einigermaßen realistisch sein. Der Vergleich vom Aufwand in 2015 und in 2016 zeigt auf, dass er in 2016 sogar gesunken ist. Das freute mich. Ich dachte: Super, der Gemeinderat hat sich Mühe gegeben. Am Budget wurde hart gearbeitet und viel überlegt, ein guter Vorschlag. Jetzt realisierte ich aber vorher beim Votum von Peter Marten, dass diverse Posten früher im Budget enthalten waren und heute als Investitionsvorhaben aufgelistet sind. Das heisst, diese Posten sind nicht mehr im Budget enthalten. So ist es natürlich keine Sache, dass man kleine Aufwände ausweisen kann. Ich bin nun nicht mehr so sicher, ob ich so optimistisch sein soll. Ich weiss nicht, ob die Finanzkommission eine Ahnung hat, welcher Betrag so aus dem Budget genommen wurde und jetzt in der Investitionsrechnung aufgeführt ist.

Peter Marten: Ich habe es nicht zusammengezählt. Es war uns wichtiger, dass diese Zahlen separat ausgewiesen werden, weil in der Vergangenheit sind solche Beträge relativ schlank genehmigt worden. Das wollten wir vermeiden. Wir wollen auch bei Fr. 75'000 ein Engagement sehen. Dies war unsere Hauptintervention und nicht, ob wir die Rechnung mit Fr. 200'000 entlasten oder Fr. 150'000. Das war nie die Idee.

Linus Egger: Josef, ich kann Dich beruhigen. Wir haben auch in der Vergangenheit eine Investitionsrechnung geführt, eine einjährige. Es ist die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung. Du konntest einfach, wenn ein Verpflichtungskredit innerhalb eines Jahres erledigt wurde, mit dem Budget bewilligen. Das haben wir nun aus dieser Investitionsrechnung herausgenommen. Das hat mit der Erfolgsrechnung nichts zu tun.

Ueli Zulauf: Geschätzte Ratskollegen, Ratskolleginnen. Vor einigen Monaten wurde über die Legislaturplanung vom Gemeinderat diskutiert. Es wurde von freisinniger Seite mit unserer Unterstützung gesagt, dass die Priorisierung fehle. Das wirkt sich hier nun aus. Ich kann dem Gemeinderat zugute halten, dass er neu zusammengesetzt ist, neue Leitung und neuer Gemeindeammann. Aber jetzt wäre Nacharbeit angesagt. Ich finde, der Gemeinderat wäre das richtige Gremium und nicht eine Arbeitsgruppe von Feierabendpolitikern; nichts gegen Feierabendpolitiker, ich bin selber einer. Der Gemeinderat hat mit seiner Verwaltung das Wissen und weiss nun schon, nachdem heute wohl eine Motion eingereicht wird, dass er Prioritäten setzen muss. Aber wir haben doch mit solchen Arbeitsgruppen vor einigen Jahren Erfahrungen gesammelt, wo auch schwärzeste Szenarien mit dem Ausblick auf die Finanzen an die Wand gemalt wurden. Der Erfolg dieser Arbeitsgruppe war nicht sehr gross. Auf jeden Fall stehen wir heute wieder an einem Punkt, wo gesagt wird, es komme ganz schlecht. Ich glaube nicht an eine solche Arbeitsgruppe, weil es ein weites Meinungsspektrum wie hier im Einwohn-

nerrat geben wird, es gibt ein heterogenes Ergebnis. Es wäre besser, wenn sich der Gemeinderat bemühen würde, die Prioritäten zu setzen, und diese dem Einwohnerrat in Form von gut fundierten Vorlagen unterbreitet. Im Übrigen finde ich, dass genau die Priorisierung auch durch die Finanzkommission gut angestossen ist. Ich finde es eine sehr gute Idee, dass in Zukunft mehr separate Kreditvorlagen dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Hier kann der Gemeinderat, genau was die SVP fordert, Prioritäten setzen. Dafür müssen wir nicht noch eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche viel Zeit beanspruchen wird und am Schluss nur ein mageres Ergebnis resultiert.

Christian Bossard: Es sind Fr. 920'000.

Eugen Paul Frunz: Ich komme auf den Hinweis zu sprechen, worin wir hier im Einwohnerrat die Priorisierung von Investitionen machen können. Das ist sicher so, das haben wir auch beim Projekt Landschreiberstrasse gemacht. Aber bis das Projekt dem Einwohnerrat vorgelegt wird, fallen bei der Gemeinde Kosten an, beim Planer, für das Ausarbeiten etc. Und wenn der Einwohnerrat ein solches Projekt ablehnt, verursachen wir dadurch auch noch einmal Kosten. Wenn die Priorisierung vorher gemacht wird, bevor das Geschäft dem Einwohnerrat vorgelegt wird, fallen diese Kosten gar nicht erst an oder sind einfach deutlich tiefer.

Peter Marten: Ausnahmsweise sind wir ähnlicher Meinung, Ueli, doch nicht ganz. Das eine schliesst das andere nicht aus. Ich durfte damals als Vorsitz in jener Arbeitsgruppe tätig sein. Mein Eindruck war, dass sich die Gruppe nicht nur aus Finanzkommissionsleuten zusammensetzte, sondern auch aus Einwohnerräten oder - wie zum Beispiel ich selber - aus Aussenstehenden. Ich war weder Einwohnerrat noch sonst etwas, sondern nur ein interessierter Stimmbürger. Als eine parteipolitisch durchmischte Gruppe tastet man sich viel unbelasteter an Fragen hin und zeigt auf, dass man etwas erreichen kann. Jede Einsparung hat eine Konsequenz und die musste konsequent aufgezeigt werden. Das war sicher positiv. Was sicher auch positiv war, war der Umstand, dass nichts resultierte, ausser diverse Aha-Erlebnisse bei diversen Leuten. Bei deinem Votum zum Thema Strategie sind wir 100 % deckungsgleich.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Stefan Semela: Bevor wir nun zu Traktandum 4 gehen, stimmen wir über die beiden als dringlich erklärten Motionen ab bzw. als solche bezeichnete Eingaben ab. Eine Vorbemerkung zur Abstimmungen. Um eine solche Motion als dringlich zu erklären, muss eine 2/3-Mehrheit des Einwohnerrates dem Antrag auf Dringlichkeit zustimmen, das heisst 26 oder mehr Stimmen. Dann wird umgehend darüber abgestimmt, wann diese überwiesen wird. Wird die Motion nicht als dringlich erklärt, wird diese das nächste Mal traktandiert für die Frage der Überweisung.

Mit dem Motionär „Einsetzen einer Arbeitsgruppe“ habe ich vereinbart, dass der Text wie folgt abgeändert wird, weil dies in die Kompetenz der Einwohner resp. des Einwohnerrates fällt: „Der Einwohnerrat setzt eine Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen und Investitionsplanung ein.“ Der Rest des Textes bleibt gleich. Alle anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben den Text in Fotokopie erhalten. Ich verzichte deshalb darauf, den ganzen Text nochmals zu lesen.

Die zweite Motion, bezeichnet als Investitionsaufschub, ist meines Erachtens nicht motionsfähig. Mit einer Motion kann im Sinne einer allgemeinen Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf eingegeben werden die Behandlung von Gegenständen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten und des Einwohnerrates fallen, verlangt werden. Ich habe diese Bedenken gegenüber dem Motionär geäussert. Die Unterzeichneten halten aber

daran fest. Der Einwohnerrat hat darüber zu entscheiden, auch hier wird diese dringlich erklärt oder nachher überwiesen.

Ueli Zulauf: Wenn die zweite Eingabe nicht motionsfähig ist, können wir überhaupt darüber abstimmen? Ich finde das ist nicht möglich. Ich bin dagegen, dass darüber abgestimmt wird. Ich möchte meinen Unmut über solch unausgegorene Sachen äussern. Ihr wusstet, wann die Einwohnerratssitzung stattfindet, und wenn man sich etwas anstrengt, dann können bei der Verwaltung Abklärungen gemacht werden. So könnte man dies in die Sitzung einbringen, um eine klare Meinungsbildung zu ermöglichen. Jetzt haben wir erlebt, dass der Einwohnerratspräsident zuerst die Verfahrensfragen abklären musste. Das darf bei einer solch umfangreichen Sitzung nicht sein.

Patrick Hehli: Ich bin der Meinung, dass unser Antrag Investitionsaufschub eine Motion ist. Es heisst, es muss etwas sein, was der Stimmbürger beeinflussen kann. Aber es heisst nicht konkret, dass es eine Bewegung geben muss oder nicht. Wir wollen mit dieser Motion beeinflussen, dass es keine Bewegungen mehr gibt. Für mich ist der Antrag nach wie vor motionsfähig. Es beeinflusst mehrere Sachgebiete, wo der Stimmbürger den Einwohnerrat beeinflussen kann, indem wir sagen, dass wir zurzeit einen Investitionsstopp wollen. Es ist etwas, dass wir in verschiedenen Sachgebieten beeinflussen und entscheiden können, die Stimmbürger an der Urne oder wir als Einwohnerrat.

Stefan Semela: Man kann diskutieren, ist der Antrag motionsfähig oder nicht. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es nicht motionsfähig ist. Doch ich glaube, die Entscheidung liegt beim Einwohnerrat.

Dieter Marin: Ich möchte in Erinnerung rufen resp. mitteilen, dass - auch wenn diese Motion als dringlich erklärt würde - der Gemeinderat nicht daran gehindert werden kann, Anträge zu stellen. Der Gemeinderat hat eine Pflicht und Aufgabe, wie auch schon gezeigt wurde mit den Steuerzahlen. Selbst mit 7 % Steuererhöhung haben wir keinen Spielraum für Investitionen in x-Grössenordnungen. Wir müssen jede Investition sehr genau überlegen. Darum frage ich mich, ob die Motion grundsätzlich ein sinnvolles Anliegen ist. Die Idee, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, findet der Gemeinderat gut. Im Gegenteil. So sieht auch der Einwohnerrat besser, was überhaupt alles abläuft und warum das so ist. Auch sind dann die Fraktionen besser informiert. Die Motion „Investitionsaufschub“ finde ich nicht sinnvoll.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Stefan Semela: Wir stimmen nun über folgende dringliche Motionen ab: Einsetzung einer Arbeitsgruppe Finanzen. Der Motionstext lautet wie folgt: Der Einwohnerrat setzt eine Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen und Investitionsplanung ein. Die Arbeitsgruppe hat sich mit allen budgetrelevanten Investitionen wie auch mit der Frage derer Auswirkungen auf den Finanz-/ Investitionsplan zu befassen. Auch soll diese Arbeitsgruppe das jährliche Budget auf weitere, vor allem kurz- und mittelfristige Einsparungsmöglichkeiten untersuchen und dem Einwohnerrat einen nachhaltigen Bericht/Vorschlag unterbreiten. Die Arbeitsgruppe soll aus Mitgliedern des Einwohnerrates, der Finanzkommission sowie des Gemeinderates zusammengesetzt werden. Wir stimmen zuerst darüber ab, ob sie dringlich erklärt wird. Dazu braucht es die 2/3-Mehrheit. Anschliessend folgt die Abstimmung der Überweisung an den Gemeinderat.

Motion der SVP Einsetzen einer Arbeitsgruppe Finanzen.

Zuerst erfolgt die Abstimmung, ob die Motion als dringlich erklärt wird. Die Motion Einsetzen einer Arbeitsgruppe Finanzen wurde mit 31 Ja- zu 8 Nein-Stimmen als dringlich erklärt.

Motion der SVP „Einsetzen einer Arbeitsgruppe Finanzen“ zur Überweisung an den Gemeinderat. Dieser Antrag wird mit 29 Ja- zu 9 Nein-Stimmen angenommen.

Stefan Semela: Wir stimmen nun über die zweite Motion der SVP ab: Investitionsaufschub. Der Motionstext lautet wie folgt: Sämtliche vom Einwohnerrat noch nicht beschlossenen und aus anderen zwingenden Gründen nicht notwendigen Investitionen sind aufzuschieben. Dieser Aufschub hat solange Gültigkeit, bis die neu einzusetzende Arbeitsgruppe Finanzen dem Einwohnerrat einen Bericht über mögliche Priorisierungen von zukünftigen Investitionen vorgelegt hat und dieser wiederum vom Einwohnerrat zustimmend genehmigt wurde. Ausgeschlossen von diesem Aufschub sind alle Investitionen, welche durch übergeordnete Verfahren geleistet werden müssen, oder aber das grundlegende Weiterfunktionieren der Gemeindeinfrastruktur verhindern oder gefährden. Wir stimmen zuerst darüber ab, ob sie dringlich erklärt wird. Dazu braucht es die 2/3-Mehrheit. Anschliessend folgt die Abstimmung der Überweisung an den Gemeinderat.

Motion der SVP Investitionsaufschub

Zuerst erfolgt die Abstimmung, ob die Motion als dringlich erklärt wird. Die Motion Investitionsaufschub wurde mit 10 Ja zu 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung nicht als dringlich erklärt.

Die Motion wird auf die nächste Sitzung traktandiert.

Erich Schmid: Noch eine Frage zur Motionsüberweisung. Im Dezember wird diese ja traktandiert. Ich erwarte, dass die Motionäre bei der Ausarbeitung involviert werden und nicht nur eine Namensliste abgeben wird mit den Namen, wer in dieser Arbeitsgruppe sein soll, sondern auch eine Zieldefinition und Terminplanung. Mit einem Investitionsstopp, wenn alles zügig durchgezogen wird, vielleicht im Dezember sicher aber im März, sollte man erste Ergebnisse sehen. Die Vorlage muss detailliert mit Zielformulierung vorbereitet sein.

Christine Brüesch: Für mich ist es wichtig informiert zu werden, welche Kompetenz diese Gruppe haben wird. Wie weit reicht diese Kompetenz?

Stefan Semela: Als Kompetenz der Arbeitsgruppe wird definiert, grundsätzlich für Gemeinderat und Einwohnerrat Empfehlungen auszuarbeiten. Der Gemeinderat sowie auch der Einwohnerrat kann jeweils in seiner eigenen Kompetenzen entscheiden. Die Arbeitsgruppe selber entscheidet gar nicht.

4 2015.25 Budget 2016

Stefan Semela: Einsitz nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Semela: Ich weise darauf hin, dass gemäss § 6 Gemeindeordnung das Budget und die Festlegung des Steuerfusses dem obligatorischen Referendum unterstehen. Die Änderung des Steuerfusses wird an der Abstimmung vom 22. November 2015 den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterbreitet.

Das Vorgehen wäre so, dass zuerst allgemeine Bemerkungen zum Budget gemacht werden. Anschliessend werden die einzelnen Positionen angeschaut. Die Steuerfusserhöhung wird am Schluss behandelt. Nach den allgemeinen Voten steigen wir in die Detailberatung der Erfolgsrechnung ein. Das wären Seite 36 bis 79. Dort werden wir uns abteilungswise durcharbeiten. Anträge sind in den entsprechenden Abteilungen mit Nennung der Konten zu stellen. Die Abstimmung erfolgt unmittelbar nach dem Antrag. Nachher folgt die Investitionsrechnung. In der Investitionsrechnung kann nichts gestrichen werden, es ist alles enthalten, was schon beschlossen wurde. Nachher kommt der Stellenplan. Nach dem Stellenplan besteht noch die Möglichkeit, Voten abzuhalten betr. Eigenwirtschaftsbetrieb Wasser- und Abwasserversorgung, Abfallbeseitigung. Dann folgen die Abstimmungen und Schlussabstimmung.

Peter Marten: Mit einem klassischen Blick auf das Budget 2016 stellt man fest, dass das Hauptproblem 2016 auf der Einnahmenseite liegt. Es fehlen Steuergeldeinnahmen von rund Fr. 1.5 Mio. Das ist unser prioritäres Problem. Es gilt in Erinnerung zu rufen, was die Gemeindeabteilung Kanton Aargau bei der Rechnungspassation von 2014 mitteilte: Die Kennzahlen der Verschuldung sind in Ordnung, diejenigen der Leistungsfähigkeit sind allerdings ungenügend. Damit kann man leben. Man muss sich aber bewusst sein, wenn wir die angedachten Investitionen umsetzen wollen und gleichzeitig mit den tieferen Steuereinnahmen konfrontiert sind, dann wird die Leistungsfähigkeit nicht besser, sie verschlechtert sich. Die Probleme nehmen zu.

Zur Erinnerung: Budget 2015, basierend auf dem Budget 2014, dieses wiederum basierend auf der Rechnung 2013. Der negative Effekt im Jahre 2014 mit den Steuereinnahmen wird dieses Jahr durchschlagen. Im Jahr 2014 bezifferten sich die Mindereinnahmen Steuern mit Fr. 1.6 Mio., im Jahr 2015 mutmasslich Fr. 1.5 Mio. Ich betone mutmasslich, denn das Jahr ist noch nicht abgeschlossen. Wenn wir gleich weiterfahren wie bis anhin, werden uns zwangsläufig auch im nächsten Jahr Fr. 1.5 Mio. fehlen.

Was können wir machen? Wie können wir tiefere Steuereinnahmen kompensieren? Der erste Grundgedanke wäre, dass mehr Steuerpflichtige nach Obersiggenthal ziehen werden. Grosse Einzonungen, neue Überbauungen usw. sind für uns kurzfristig keine Optionen. Mittelfristig könnte sich etwas ergeben, wenn irgendwann die Oederlin-Überbauung kommt und was sonst noch angedacht ist.

Die zweite Variante ist schlicht und einfach, dass wir hier und die übrigen Steuerzahler mehr Steuern zahlen mit Mehreinkommen, weniger Abzügen etc. Das heisst, das bestehende Steuersubstrat wächst. Das ist für uns Hoffnung. Das Prinzip Hoffnung hat aber in einem Budgetierungsprozess nichts zu suchen.

Variante drei: Wir erhöhen nur die Steuern. Da stellt sich die Frage, wie hoch. Wir haben schon mehrmals über eine Steuererhöhung von 5 oder 7 % gesprochen. Doch wenn nicht gespart wird, dann reichen auch 7 % nicht aus.

Variante 4: Wir sparen. Die fehlenden 1.5 Mio. Franken sparen wir durch Leistungsabbau ein. Ich frage aber: wo können wir sparen? Jetzt müssen die grossen Posten angepackt werden. Ich sage nun sehr bewusst plakativ etwas: Das Hallen- und Gartenbad ist nur noch ein Hallen- oder ein Gartenbad im Sommer oder im Winter, oder hat ein paar Tage pro Woche geschlossen. In der ausserfamiliären Familienbetreuung ist es so, dass mein Kind als Nummer 58 aus der Betreuung fällt, weil die Maximalzahl der Betreuung nur 50 beträgt. Beim Mittagstisch das gleiche. Solche Einsparungen schmerzen. Ich weiss noch nicht, wo der Einwohnerrat Prioritäten setzen will. Ich habe während der letzten Jahre sehr unterschiedliche Signale wahrgenommen.

Variante 5: Sparen und eine Steuerfusserhöhung. Diese Variante liegt heute vor.

Variante 6: Prinzip Hoffnung oder auch bildlich gesprochen: Kopf in den Sand stecken. Für die Finanzkommission keine Variante. Die Finanzkommission unterstützt den Antrag 5, sparen plus Steuerfusserhöhung.

Beim Sparen muss auch einmal etwas vergegenwärtigt werden. Ich möchte nicht lästern, was von Aarau oder vom Bund kommt und was dort passiert. Aber ich muss sagen, als Gemeindepolitiker in einem Gemeindeparlament bin ich erstaunt, was unser Grosser Rat manchmal grosszügig von oben nach unten delegiert. Das schlägt in unserer Rechnung voll durch. Ich habe drei Beispiele genommen. Wir gehen davon aus, dass wir Kosten haben, welche nicht beeinflussbar sind, von oben gegeben, und diese Kosten steigen um ein Prozent. Wir in unserer Gemeinde haben die Absicht, unter dem Strich bei Null zu sein, dann müssen wir auf unseren 30 % schon 2.33 % einsparen, damit wir auf Null kommen. Je grösser sich der Anteil der nichtbeeinflussbaren Kosten präsentiert, umso mehr müssen wir auf unserem kleinen Teil sparen. Jeder Franken, welcher von oben her auf uns abgewälzt wurde, trifft uns mehr. Ich habe den Eindruck, dass dies nicht immer allen klar ist. Ich bin auch für einen Ausgabenstopp, für eine Ausgabenbremse. Aber wir müssen uns bei diesen Forderungen bewusst sein, wieviel kommt von oben und was heisst das bei uns unter dem Strich. Es ist nicht nur ein Prozent Einsparung, es kann auf einem kleinen Kuchen überproportional hoch sein.

Die ersten zwei Punkte wurden übernommen von der Präsentation vom letzten Jahr. Die Lage verschlechtert sich, der Sparwille ist erkennbar jedoch nicht überall gleich. Ich denke, die Zitrone ist sehr wohl schon annehmlich ausgepresst worden, es hat aber durchaus noch Platz. Doch die einfachen Sparmassnahmen sind erfolgt. Jetzt muss man die grösseren Bocken anpacken. Grössere Brocken bedeuten auch das Ideologien aufeinander stossen.

Die Finanzkommission steht diversen Bereichen kritisch gegenüber. Kostenstruktur Sporthalle wird jetzt bereits zum dritten Mal durch uns thematisiert. Die geplanten Optimierungsmassnahmen im Unterhalt sind jetzt endlich umzusetzen. Strukturelle Anpassungen Hallen- und Gartenbad und Spitex. Bereits zum dritten Mal thematisiert. Ich frage mich langsam, wann will man es endlich machen. Ich denke, jetzt muss man handeln. Diskussion Kostendachführung bei der ausserfamiliären Betreuung. Man kann über ausserfamiliäre Kinderbetreuung verschiedener Ansicht sein. Was ich aber nicht verstehe, ist die Situation mit der Aussage, man kann nichts machen, weil zum Beispiel gerade der Rechnungsabschluss oder die Budgetplanung läuft oder der Vertrag läuft noch etc. Wir kommen nicht weiter. Ich bin der Meinung, dass im Rat die Diskussion geführt werden soll, was uns die ausserfamiliäre Betreuung maximal kosten darf. Wenn ich mit meinem Sohn über die Weihnachtsliste spreche, dann ist die Liste folglich sehr lang. Wenn ich mit dieser Liste mit ihm in ein Spielwarengeschäft gehe, wird die garantiert noch länger. Aber irgendeinmal muss diese Liste begrenzt werden. Eine Entscheidung ist notwendig, sonst entscheidet das Christkind. Thematik Stellenplafonds ist das gleiche.

Was jetzt kommt, ist die Zeit zum Sparen. Pauschalvorschläge reichen nicht mehr aus. Wir alle hier im Rat müssen konkret Vorschläge formulieren, wo gespart wird und wie man so schön sagt, Farbe bekennen.

Die Finanzkommission hat auch dieses Jahr intensiv und zeitaufwändig das Baubudget mit der Abteilung Bau und Planung besprochen. Eine wertvolle Sache, denn diverse Punkte konnten bereinigt werden. Wir führten ein intensives Gespräch mit Vertretern der Spitex an einem denkwürdigen Morgen um 07.00 Uhr. Dabei wurden die gegenseitigen Positionen geklärt. Ich komme später im Detail darauf zu sprechen. Ich finde es sehr positiv und schätze die Tatsache, dass die Spitex ihr Budget um rund Fr. 76'000 entlasten konnte. Ich muss aber erwähnen, dass Beträge enthalten sind, welche uns im übernächsten Jahr mutmasslich wieder einholen werden.

Ich bin erfreut, dass wir die Situation im Hallen- und Gartenbad verbessern konnten. Wir haben nur Fr. 500'000 Defizit. Das ist positiv. Wir kommen heute etwas tiefer, dort sollte dann die Wintersauna, sobald diese in Betrieb ist, Resultate zeigen. Wir werden später eine Diskrepanz zwischen den Zahlen von mir und Linus Egger feststellen. Es ist rein betrieblich. Betrieblich heisst ohne Investitionen und Abschreibungen.

Auf Online-Foren muss ich grundsätzlich keine Antwort geben. Ich wurde aber persönlich von der Spitex informiert, dass meine Äusserungen resp. die Äusserung von der Finanzkommission

falsch aufgenommen wurden. Ich werde zuerst zwei sehr persönliche Bemerkungen zur Spitex machen. Die Leistungen der Spitex durfte ich im familiären Rahmen zum Beispiel bei meinen Grosseltern bereits mehrfach geniessen. Ich schätze die Arbeit der Spitex sehr. Die Finanzkommission und auch ich anerkennen die Leistungen der Spitex. Wir haben den Eindruck, dass die Spitex der Gemeinde Obersiggenthal sehr gut organisiert ist. Auch die Kennzahlen der Spitex Obersiggenthal liegen kantonal betrachtet im guten Mittelfeld. Sie zeigen sehr gute Werte. Trotzdem bin ich der Meinung, dass auch einige kritische Fragen gestellt werden dürfen, ohne dass dies dann als persönlicher Angriff aufgefasst wird. Die Spitex zeigt einen erfreulichen Deckungsgrad von rund 60 % auf. Die Spitex ist sehr erfolgreich. Der Anteil der verrechenbaren Stunden steigt. Dieser Erfolg bedeutet für die Gemeinde Obersiggenthal einen Nachteil, denn mit den Mehrstunden, man kann nicht alles verrechnen, es vergrössert sich das Defizit für die Gemeinde. Es ist gar nicht anders möglich. Warum dies so ist, ist die Tatsache, dass die Patienten viel früher aus den Spitälern ins familiäre Umfeld entlassen werden. Die weitere Betreuung erfolgt dann zu Hause. Die Fr. 106'000 Mehraufwand setzen sich einerseits zusammen mit der Einführung eines neuen Bedarfsabklärungsinstruments im Betrag von Fr. 51'000. Dadurch will eine bessere Effizienz erreicht werden. Gleichzeitig steht eine Anpassung beim Stellenplan an. Was auch wichtig zu erwähnen ist, das Bedarfsabklärungsinstrument muss angeschafft werden, weil der Krankenkassenverband das fordert. Die Überprüfung der Organisationsstruktur kostet weitere Fr. 20'000, der Kanton verlangt ein externes Audit für die Qualitätsbestätigung, Fr. 5'000. Zusätzlich wird temporäres Personal benötigt und das kostet nochmals Fr. 30'000. Die Spitex stellt eine Folie zur Verfügung. Die untere Kurve zeigt den Deckungsgrad immer so um 60 % und bewegt sich innerhalb des Leistungsauftrages vom Korridor, welchen die Gemeinde vorgibt. Die Spitex erfüllt ihren Leistungsauftrag. Wir sehen auch die Zahl der Arbeitspensen der Mitarbeiter. Die Pensen steigen auch zu den fakturierten Stunden. Je mehr geleistet wird, umso mehr Personal wird benötigt. Die nächste Folie zeigt blau in der Mitte die Soll-Pensen. Rot zeigen die geleisteten Dienste auf, gelb zeigt auf, wie viele Pensen effektiv bestanden. Die Aussage dieser Folie zeigt, die Spitex läuft am Limit. Das ist auch der Grund, weshalb sie anregen, im Führungsbericht Stufenleitung einzuführen. Dies wäre ein rechter Kostentreiber auf das Budget 2016 gewesen. Der Gemeinderat und die Finanzkommission verlangten, dass dies nochmals in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erarbeitet und Fakten erhärtet werden.

Ein anderer Kostentreiber sind die Pensen. Auf der Folie sehen Sie die Pensen von 2008, welche vom Einwohnerrat genehmigt wurden. Die Darstellung ist ungefähr, weil u.a. auch Pensen enthalten sind wie Jugendnetz und Betriebsamt. Wir können sehen, die Richtung zeigt nach oben. Die Finanzkommission ist der Ansicht zu prüfen, im Rahmen der Sparziele eine Stellenplafonierung einzuführen. Das ist nicht angenehm, das ist unbestritten. Wir müssen aber auch sehen, dass der Personalaufwand am betrieblichen Aufwand rund 23.9 % beträgt. Jedes Unternehmen in einer ähnlichen Situation wie wir heute würde auch über Personalkosten sprechen. Ob das jetzt nett oder sozial oder was auch immer ist, spielt keine Rolle. Es ist eine Tatsache. Die Finanzkommission unterstützt die 0 %-Lohnrunde, unterstützt aber die strukturellen 0.4 %. Wir sind der Meinung, dass mit diesen strukturellen 0.4 % die Leistungsträger gefördert werden.

Eine Steuerfusserhöhung aus Sicht der Finanzkommission ist unabdingbar. 7 % ist die beste Lösung. Alles, was tiefer ist, ist die 2., 3. oder 4. beste Lösung. Keine Steuerfusserhöhung wäre eine Katastrophe. Dann hätten wir das dritte schlechte Jahr hintereinander. Wir hätten vielleicht die Chance und könnten durch eine absolute Notbremse versuchen, die Kosten herunterzufahren. Aber dann müssen wir uns bewusst sein, dass wird jede Person merken. Wir sprechen nicht davon, dass zum Beispiel die Strassen nur alle 6 Wochen gereinigt werden. Wir werden dies spüren. Es hat auch nichts mit einer Strafaktion zu tun. Es können keine Kosten heruntergefahren werden, ohne dies zu spüren. Es sind weitere Sparmassnahmen nötig, auch mit 5% oder 7 %. Wir sind nicht aus dem Schneider. Wir müssen die strukturellen Anpassungen anpacken. Wir müssen Grundsätze definieren, wo wir ein Kostenmaximum sehen. Die Investitionen, so wie sie aufgeführt sind, sind finanziell nicht umsetzbar. Für Wünsche ist kein Spielraum vorhanden.

Linus Egger: Werter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich gebe gewisse Ergänzungs-voten seitens des Gemeinderates bekannt. Wir haben das Budget 2015 dem Budget 2014 angelehnt. Auch im Budget 2015 präsentierte sich der Rückgang der Steuereinnahmen. Wir haben die Finanzkommission nach Bekanntgabe der Zahlen informiert. Wir haben im Juni den Einwohnerrat über die Rechnung 2014 orientiert. Damals sagte ich aus, dass der Steuerertrag zwischen Fr. 1.2 und Fr. 1.4 Mio. Franken zu hoch budgetiert wurde. Der Rechnungslauf vom August zeigt auf, dass wir momentan bei einem tieferen Steuerertrag von Fr. 1.5 Mio. liegen. Ich wurde gefragt, wo vor allem die Steuerausfälle liegen. Die Steuerausfälle finden wir vor allem bei den natürlichen Personen. Er beträgt rund Fr. 2 Mio.

Ich habe an der Fraktionspräsidentensitzung versprochen, dass ich gewisse Einsparungen und Anpassungen bekannt geben werde. An der Fraktions-sitzung bin ich die ersten vier Posten unter Gemeinderat mit den Anwesenden durchgegangen. Ich gehe davon aus, dass die Frakti-onspräsidenten diese Informationen den Einwohnerratsmitgliedern weitergegeben haben. Ich gehe nun speziell auf die Schulsozialarbeit ein. Dort habe ich eine Zahl angegeben im Betrag von Fr. 87'240. Der Leiter Finanzen hat alles detailliert mit verschiedenen Konten aufgeführt wie z.B. mit Sozialleistungen usw. Da die Nachbargemeinde Untersiggenthal sich an den Kosten beteiligt, mussten auch die Erträge reduziert werden. Darum ist diese Position rund Fr. 9'000 tiefer. Die andere Position Mobilitätskonzept Baden Regio, welches zurückgezogen wurde, bleibt bei dem Betrag von Fr. 15'000. Der Stellenplan mit der Pensenreduktion von 0.85 % hat mit der Schulsozialarbeit zu tun. Darüber muss später separat abgestimmt werden.

Wir haben die Anträge unter Punkt 6 der Finanzkommission nach den Ferien geprüft. Der Gemeinderat hat folgende Streichungen beschlossen:

Antrag Punkt 11: Kto. 3410.3144.00: Streichung des Betrages von Fr. 12'500 für den Ersatz der Beleuchtung beim Allzweckplatz/Fussballfeld beim Gemeindehaus.

Antrag Punkt 16: Kto. 7710.3144.00: Streichung des Betrages von Fr. 7'500 für die Schliessanlage Friedhof.

Antrag Punkt 17: Kto. 8710.3120.00: Streichung des Betrages von Fr. 30'600 für den Bezug von Ökostrom.

Auf der Folie Nettoaufwand Budget 2016 sehen Sie, dass die Bildung mit 32 % den grössten Teil darstellt, dann die Soziale Sicherheit und Gesundheit mit rund 30 %, Kultur, Sport, Freizeit mit 8.5 % und die allgemeine Verwaltung mit 13.6 %. Diese Darstellung ist auch in der Erfolgsrechnung zu finden.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat eine Steuerfusserhöhung um 7 %. Das heisst vom heutigen Steuerfuss von 98 % auf 105 %. Auch mit diesen 7 % kann ich Ihnen versichern, dass es kein Selbstläufer ist, um wieder schwarze Zahlen zu schreiben und einfach unsere Selbstfinanzierung mit dem von uns dargestellten Ziel zu erreichen. Auch hier ist der Spardruck gross. Der kantonale Steuersatz 2015 beträgt 104.3 %. Diese Zahl wurde vom Leiter Abteilung Finanzen abgegeben. Hinter diesen 7 % Steuererhöhung stehen intensive Diskussionen im Gemeinderat und mit der Finanzkommission. Der Gemeinderat und die Finanzkommission stehen einstimmig hinter dem Antrag um eine Steuererhöhung von 7 %.

Ich weise bei der Darstellung des Sach- und übrigen Betriebsaufwand darauf hin, dass Sie sehen, dass wir im 2016 praktisch auf der Basis der Rechnung 2014 stehen. Wir haben einige Streichungen vorgenommen. Aber ich muss darauf hinweisen, dass Streichungen nicht immer nur Sparen bedeutet, sondern es wurde verschoben und es sind vor allem Unterhaltskosten. Wenn ich davon ausgehe, dass wir Fr. 111 Mio. Hochbauten besitzen und im Sachaufwand zwischen Fr. 1.5 und Fr. 2 Mio. Unterhaltskosten aufführen, dann kann jeder Einfamilienhausbesitzer selber ausrechnen, wieviel prozentual für den Unterhalt einzusetzen wäre. Unsere vorliegenden Zahlen zeigen, was wir jetzt nur machen.

Sie sehen auf der Darstellung Kostenentwicklung Gesundheit, dass wir im Jahr 2014 Fr. 2.3 Mio. aufweisen und wir steigen im Budget 2016 auf Fr. 2.5 Mio. Ich kann Ihnen bereits heute sagen,

dass die Pflegefinanzierung auch durch die Spitex, wie bereits von Peter Marten erwähnt, im Jahre 2017 weiter steigen wird.

Ich möchte Ihnen mit der Folie den Transferaufwand erläutern. Wir haben einen Finanz- und Lastenausgleich mit rund Fr. 1 Mio. Sie sehen, wir haben jetzt weniger als im Rechnungsjahr 2014, das hat mit dem Steuersubstrat zu tun. Entschädigung Gemeinwesen mit rund Fr. 2 Mio. und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte rund Fr. 15 Mio. Sie sehen, dass wir eine Steigerung von einer halben Mio. Franken aufweisen.

Über die Betriebskosten der Sporthalle habe ich Sie bereits in der Rechnung 2014 im Juni über den Betrag von Fr. 1.1 Mio. informiert. In diesen dargestellten Zahlen mit Hallen- und Gartenbad rechne ich auch die Abschreibungen, Verzinsungen mit ein. Im Hallen- und Gartenbad sind auch die Anlagen im Bau enthalten, das heisst, diese Kreditabrechnungen wurden noch nicht genehmigt. Diese Anlagen werden noch nicht abgeschrieben. Weiter sehen Sie die Spitex mit Betriebskosten von rund Fr. 900'000. Den Kantonsbeitrag von Fr. 9.2 Mio. können wir nicht beeinflussen. Dieser Betrag wird uns zugeteilt. Wir haben noch einmal einen grossen Betrag von Fr. 9.2 Mio. welcher schwer beeinflussbar ist, nämlich Schulgelder Berufsschule, KV, BB Baden und alle Berufsschulen, welche wir haben. Darin sind auch Sozialleistungen enthalten. Auch Spitex und Hallen- und Gartenbad sind schwer beeinflussbar. Die Gemeindestrassen und Personalkosten mit rund Fr. 7.7 Mio. Den Sachaufwand habe ich nicht aufgeführt, weil ich diesen teilweise bereits erwähnt habe. Aber auch dort kann ich sagen, wenn ich nur die Einwohnergemeinde habe, dann haben wir rund Fr. 5 Mio. Sachaufwand und, wie vorher erwähnt, Fr. 1.5 bis Fr. 2 Mio. für den Unterhalt unserer Gebäude.

Hier auf dieser Folie habe ich die grösseren Investitionen der letzten Jahre aufgeführt, welche bewilligt wurden. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse im Betrag von Fr. 8 Mio. wird immer wieder etwas vergessen. Das mussten wir machen. Die nächsten zwei Posten Alters- und Wohnzentrum Gässliacker und Kindertagesstrukturen Goldiland wurden mittels Volksabstimmung bewilligt. Volksabstimmungen respektiere ich. Wir haben Hallen- und Gartenbad, Steuerung und Beleuchtung OSOS und Strassen, total rund Fr. 23.6 Mio.

Die zukünftigen grösseren Investitionen liegen u.a. in den Schulbauten. Beim Aufgaben- und Finanzplan sagte ich bereits, je nachdem, wie der Metron-Bericht ausfallen wird, haben wir vielleicht noch eine Spatzung für eine Schiebung oder eine Reduktion der Kosten. Einige Personen meinen auch Kostenerhöhungen. Ich kann das noch nicht sagen, ich kenne den Bericht noch nicht. Investitionen bei den Strassen betragen rund Fr. 8 Mio. Ich habe bereits erwähnt, dies beinhaltet vor allem Häfeler mit gut Fr. 2 Mio., Fussballplatz, Gemeindehaus, Hallen- und Gartenbad, Heizung Sporthalle und der berühmte Mättelisteg. Dies würde alles rund Fr. 29.1 Mio. kosten, wenn alles anfallen würde.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei der Rechnung 2014 bei 38.4 %. Im 2015 wird sich der Selbstfinanzierungsgrad schlechter präsentieren. Die Richtwerte des Kantons zeigen, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50 % fallen sollte. Längerfristig sind 100 % anzustreben. Alles, was bei einem Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % liegt, je tiefer unter 100 % bedeutet, je grösser ist die Nettoschuld.

Die Gemeinde Obersiggenthal wird auch in den nächsten Jahren weiter sparen müssen. Die beeinflussbaren Kosten der Gemeinde Obersiggenthal sind relativ gering. Der momentane Selbstfinanzierungsgrad müsste verbessert werden. Um den Steuereinbruch auszugleichen, da bin ich gleicher Ansicht wie der Präsidenten der Finanzkommission, brauchen wir 5 % mehr Steuern. Zukünftige Investitionen brauchen rund 2 % Steuererhöhung. Doch Sparen ist nach wie vor angesagt. Mit diesen Korrekturen können wir den Selbstfinanzierungsgrad etwas anheben. Das gibt etwas Spielraum.

Das waren meine Ausführungen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stefan Semela: Wir werden nun die allgemeinen Voten zum Budget führen, bevor wir nachher in die Detailberatung übergehen.

Marcel Müller: Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Besucher. Die SVP-Fraktion ist schockiert über den Budgetvorschlag für das Jahr 2016. Um volle 7 % soll die Gemeindesteuer von 98 % auf ganze 105 % steigen. Somit würden wir sogar auch über den aargauischen Durchschnittssteuereffuss, der aktuell bei 103 % liegt, gehen. Vor der Abstimmung zum überrissenen Projekt Goldiland wurden wir bezüglich unserer Warnung vor höheren Steuern in Leserbriefen als Schwarzmaler und Hellseher bezeichnet. Das ist jetzt leider eingetroffen. Wir sind weder Schwarzmaler noch Hellseher, aber wir sind Realisten, die nicht alles in solchen Dimensionen haben müssen, wie damals beschlossen und zugegebenemassen auch vom Volk bestätigt wurde. Was man sich nicht leisten kann, das sollte man sich auch nicht leisten.

Bereits in meinen Voten zum Budget 2015 und zur Rechnung 2014 haben wir damals prognostiziert seitens der SVP, das stetig steigende Steuereinnahmen gefährlich sind. Jetzt sind die Steuereinnahmen bereits in 2014 massiv eingebrochen, und was machen Gemeinderat und Finanzkommission in diesem Budget? Sie planen weiter höhere Steuereinnahmen in den nächsten Jahren und zwar um ca. 10 % insgesamt. Das sind doch 2.5 % pro Jahr und ich frage in diesem Saal, wer hat aktuell jedes Jahr 2.5 % mehr Lohn? Der soll dies bezeugen durch Handaufheben.

Man ist immer noch sehr optimistisch. Wir haben eine relativ stagnierende Wirtschaftslage, wir haben relativ stagnierende Löhne. Und woher der geplante Auftrieb kommen sollte, ist im Moment noch unklar. Wir haben auch noch Fragen zu Alstom, ABB. Und das heisst, weitere Steuererhöhungen werden nötig, um die Budgetzahlen erreichen zu können.

Die Einnahmenplanung zeigte sich schon sehr optimistisch und aus unserer Sicht immer noch zu optimistisch. Als Privatperson ist es doch so, ich muss meine Ausgaben meinen Einnahmen anpassen. Und ich kann nicht zu meinem Chef gehen und sagen: „Ich will jedes Jahr 2.5 % mehr Lohn, weil ich immer höhere Ausgaben habe.“ Das sollte man als Gemeinde auch so machen.

Vergessen wir auch nicht, dass auch im Kanton die Steuern steigen werden, denn es ist eine 1 %-Steuererhöhung vorgesehen, höhere Eigenmietwerte werden uns ziemlich sicher einholen und eine Begrenzung des Pendlerabzuges auf Fr. 6'000.

Sollte der Steuerfuss tatsächlich um volle 7 % in unserer Gemeinde auf 105 % steigen, dann dürfte dies bei einer Volksabstimmung nicht so einfach werden. Wir müssten feststellen, dass wir keinen attraktiven Steuerfuss mehr ausweisen können, den wir heute haben. Und um 1.00 Uhr nachts gehen bei uns die Lichter aus. Wie sich unser Gemeinderat unter diesen Bedingungen eine attraktive Gemeinde vorstellt ist uns schleierhaft. Die Gefahr ist real, dass sich auch gute Steuerzahler überlegen werden oder müssen, weiterhin ihre Steuern zu optimieren wie zum Beispiel mit Pensionskasseneinkäufen, grossen Renovationen, Umverteilungen an Kinder usw., und diese Kindern wohnen dann vielleicht nicht in unserer Gemeinde. Und das andere Problem dürfte sich dann zeigen, ob neue gute Steuerzahler nicht Ennetbaden oder andere Gemeinden als Wohnsitz auswählen werden. Das heisst, wir könnten durchaus ein grösseres Steuersubstratproblem haben. Diese 7 % Aufschlag bedeuten für die Obersiggenthaler Bevölkerung doch immerhin Fr. 1.8 Mio. mehr Steuern zu bezahlen. Dieses Geld wird den Bürgern im Portemonnaie fehlen.

Wir von der SVP haben immer gesagt, dass wir Steuererhöhungen ablehnen. Jetzt ist das finanzielle Desaster aber so gross, das selbst wir unsere Gedanken anpassen mussten. Die Finanzkommission spart mit ihren Sparanträgen rund 1 % des Budgets ein, was wir an und für sich begrüssen. Doch wir sind der Meinung, dass die Einsparungen eher 2.5 % betragen sollten, also etwa Fr. 750'000. Wir von der SVP werden einer 7 %-Erhöhung nicht zustimmen und beantragen dem Rat deshalb die Rückweisung des Budgets 2016 an den Gemeinderat mit

dem gleichzeitigen Auftrag, ein neues ausgeglichenes Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 103 % vorzulegen.

Stefan Semela: Das ist ein Ordnungsantrag auf Rückweisung eines Geschäftes an den Gemeinderat. Nach § 21 unseres Geschäftsreglementes ist über einen Überweisungsantrag sofort zu diskutieren und abzustimmen. Für den Ordnungsantrag auf Rückweisung vom Budget 2016 als Ganzes benötigt man das Einfache Mehr.

Dieter Martin: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Obersiggenthal ist bis jetzt eine attraktive Gemeinde. Unsere Gemeinde konnte jahrelang von guten Steuerzahlern profitieren. Wir haben uns hier im Einwohnerrat, ich sass selber 12 Jahre in diesem Rat, relativ viel geleistet. Wir bieten eine gute Infrastruktur. Ich sehe jetzt einfach die Gefahr, dass wir die Augen vor der Realität verschliessen. Wir haben aus verschiedenen Gründen einen Einbruch der Steuereinnahmen. Das Volk hat der Steuergesetzänderung zugestimmt und jetzt zeigen sich Veränderungen. Bis jetzt konnten wir alle mit relativ wenigen Steuereinnahmen profitieren. Und jetzt zeigt sich eine Veränderung der Entwicklung der Steuerzahler. Ich bin nun der Meinung, dass wir uns überlegen sollten, gemeinsam eine gewisse Qualität zu erhalten. Wir können nicht gleich weiter arbeiten wie bisher, auch bei einer Steuerhöhung von 7 %. Ich denke, es ist mit dem Bewusstsein, jetzt mit einem tieferen Steuerfuss weiterhin Schulden anzuäufnen, nicht zielführend. Wir haben nicht sehr viel Sparspielraum. Wir haben eine Infrastruktur, die kostet. Wir müssen uns überlegen, fahren wir runter, aber mit den Konsequenzen, dass das Qualitätsniveau der Gemeinde auch sinkt. Ich glaube nicht, dass eine Gemeinde nur nach dem Steuerfuss ihre Attraktivität hat. Es gibt andere Gemeinden wie zum Beispiel Ennetbaden, welche die sogenannte „bürgerliche Sau“ ist gemäss Zeitung. Die haben schon längere Zeit einen Steuerfuss von 100 %. Die haben keinen tiefen Steuersatz, die haben 100 %.

Ich möchte dafür plädieren, keine Panik zu verbreiten und die Gemeinde nicht einfach herunterzufahren. Die Qualität würde leiden. Wir haben ja auch noch eine Aussage zu machen zum Thema Personal. Wir haben mehr Aufgaben zu bewältigen, wir haben mehr Einwohner, wir haben eine Infrastruktur, welche bewirtschaftet werden muss. Das alles macht nicht zuletzt die Qualität und Attraktivität unserer Gemeinde aus. Ich bitte Sie, nicht einfach den Kopf in den Sand zu stecken, sondern sich der neuen Situation zu stellen und vernünftig zu entscheiden.

Ueli Zulauf: Ich stelle ein Ordnungsantrag, dass wir jetzt die Fraktionsvoten, eine Eintretensdebatte und eine Generaldebatte über das Budget führen und nachher über den Antrag der SVP abzustimmen. Man soll jetzt keine separate Debatte über den Antrag der SVP führen, sondern aus Gründen der Effizienz sollen die Fraktionsvoten angehört werden.

Stefan Semela: Über den Ordnungsantrag Rückweisung des Budgets 2016 ist sofort zu diskutieren. Auch im Rahmen dieser Diskussion können diese Voten erfolgen. Ich sehe da kein Problem. Aber wir stimmen nachher über diesen Rückweisungsantrag ab. Wer jetzt noch Voten hat, seien es die allgemeinen Voten, das reflektiert ja auch Stellungnahmen zum Budget und zum Steuerfuss.

Christian Bossard: Geschätzter Rat, geschätzter Gemeinderat. Ich habe nur eine Frage. Was wäre die Konsequenz, wenn wir das Budget zurückweisen würden?

Stefan Semela: Ein neues Budget muss, wie beantragt, auf eine der nächste Sitzungen vorgelegt werden. Es gibt ja Gemeinden, welche das neue Jahre ohne Budget starten.

Eugen Paul Frunz: Wenn wir mit dem Steuerfuss nicht einverstanden sind, dann sehe ich das richtig, dass wir das vorliegende Budget zurückweisen?

Stefan Semela: Nein, dem ist nicht so.

Christoph Villiger: Ich erwähnte das vorhin schon kurz, dass die FDP einen Antrag auf Erhöhung um 5 % unterbreiten wird, das heisst von 98 % auf 103 %. Das ist auch eine grosse Steuererhöhung. Wir sind der Meinung, dass noch Sparpotenzial vorhanden ist, trotz der aufgezeigten Sparmassnahmen der Finanzkommission und der Massnahmen, welche von Gemeinderat Linus Egger aufgezeigt wurden. Die FDP weist das Budget 2016 nicht zurück, sondern wir werden einen Antrag auf eine reduzierte Steuerfusserhöhung stellen. Wir werden dies am Schluss - Stefan, gemäss deinen Voten - unterbreiten.

Stefan Semela: Das kannst Du bei den allgemeinen Voten bringen. Aber die Abstimmung müssen wir am Schluss nach der Detailberatung durchführen. Am Schluss müssen wir abstimmen über den Steuerfuss, den Stellenplan, über die Eigenwirtschaftsbetriebe und über das Budget als Ganzes. Aber vor diesem Antrag muss eine Abstimmung über eine allfällige Steuerfusserhöhung auf 103 % statt 105 % durchgeführt werden. Allenfalls kommen noch andere Vorschläge. Der Steuerfuss, der obsiegt, wird zusammen mit dem Budget, Stellenplan, Eigenwirtschaftsbetrieb einer Schlussabstimmung unterstellt. Und dieser Entscheid wird dann dem Volk unterbreitet.

Eugen Paul Frunz: Grundsätzlich haben wir ja die gleiche Idee. Aber meine Frage lautet: wenn der Einwohnerrat entscheidet, dass der Steuerfuss nur um 5% auf 103 % erhöht wird, kann der Gemeinderat dann mit dem vorliegenden Budget 2016 weiterfahren oder muss der Gemeinderat ein neues Budget erstellen?

Anton Meier: Der Einwohnerrat beschliesst heute über das Budget 2016 und über den Steuerfuss. Der Einwohnerrat ist heute frei, wie er darüber entscheiden will. Und der Beschluss des Einwohnerrates, falls eine Steuerfusserhöhung gesprochen wird, wird dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

Stefan Semela: Eugen Paul Frunz will wissen, ob über ein Budget mit Defizit beschlossen werden kann. Ja, das ist möglich. Das Budget muss nicht ausgeglichen sein. Neuenhof machte dies auch.

Willi Graf: Geschätzte Damen und Herren. Der Nachteil beim Vorschlag der SVP auf Rückweisung ist der, dass nicht über das Budget diskutiert und nicht konkret festgelegt wird, wo man sparen will. Das hat der Präsident Finanzkommission bereits übermittelt, dass jetzt festgelegt wird, wo man sparen will. Wenn wir das jetzt nicht machen, dann unterbreitet der Gemeinderat einen anderen Vorschlag und dann können wir wieder über diesen diskutieren. Also bitte ich, den SVP-Antrag zurückzuweisen resp. abzulehnen. Wir diskutieren über das Budget und können klar festlegen, wo wir sparen können und wo nicht. Alles andere macht keinen Sinn.

Marcel Müller: Das Ziel ist ja die Rückweisung und Neuvorlage mit einem Steuerfuss von 103 % und ausgeglichenem Budget. Da können natürlich selbstverständlich all die Kürzungen der Finanzkommission, ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat diese ins Budget einfließen lässt, enthalten sein. Vielleicht braucht es für den Gemeinderat noch etwas mehr Zeit, sich hinzusetzen und weitere Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Ich möchte zu Eurem Antrag folgendes bemerken. Vielleicht wird Eurem Antrag von 103 % zugestimmt, aber ohne Ausgleich. Wir von der SVP wollen ein ausgeglichenes Budget und beim FDP-Antrag kann der Steuerfuss auf 103 % festgelegt werden und der Rest sind Schulden, denn die 2 % fehlen. Wir haben keinen Auftrag, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Dies scheint mir der wesentlichste Unterschied zwischen dem SVP- und dem FDP-Antrag zu sein.

Willi Graf: Geschätzte Damen und Herren. Unser Finanzkommissionspräsident sagte es heute klar, es ist Farbe zu bekennen und festzulegen, wo wir sparen wollen. Wo ist der Speck am Knochen, der noch irgendwo sein sollte gemäss eurem Votum. Sagt jetzt wo, dann kann ganz klar über diese Punkte diskutiert werden. Der Gemeinderat weiss dann ganz genau, wo er sparen muss, und kann alles entsprechend einfließen lassen. Aber wenn wir jetzt nicht definieren, wo man sparen will, dann wissen wir schlussendlich nicht, was wir wollen.

Patrick Hehli: Geschätzte Kameraden, geschätzte Besucher. Willi, ich gebe dir Recht, ich gebe auch dem Präsidenten Finanzkommission Recht. Wir müssen Farbe bekennen. Ich bin wie du, Dieter, schon einige Jahre im Einwohnerrat. Ich kann euch sagen, im vorherigen Traktandum kommt es mir bildlich gesprochen vor wie der Orgelmann am Markt in Baden. Alle Jahre hören wir: Ja, wir müssen sparen, und jetzt müssen wir sparen und überhaupt. Und es hat sich nichts geändert. Wenn es darauf ankommt, haben alle das Nervenflattern. Es ist noch nicht lange her, ich glaube eine Sitzung vorher. Ich begrüsse es ja, dass die Finanzkommission jetzt für den Krippenpool auch ein Kostendach will. Aber hier hatten wir ein Kostendach gefordert. Wir wurden grossmehrheitlich abgewiesen. Vielleicht war es die Art und Weise, vielleicht war es die Parteizugehörigkeit. Wir haben letztes Jahr gesagt, Stellenprozent, Lohnerhöhungen sind seit Jahren hoch. Das gibt es in der Privatwirtschaft nicht. Wir wurden abgewiesen. Hier heisst es wohl auch Farbe bekennen. Bei der Goldilandabstimmung vom 28. September 2015 wollte noch niemand etwas über Steuerfusserhöhung wissen. Im Finanzplan wurde letztes Jahr im Budget von 2 % Steuerfusserhöhung gesprochen, angelehnt auf die Rechnung 2014. Ich bin kein Finanzexperte. Aber ich spüre mein Portemonnaie hinten rechts mit den höheren Steuern. Dies empfinden sicher auch einige Bürger so. Mir muss niemand vorwerfen, dass wir keine Farbe bekennen. Wir sind mit diversen Anträgen angetreten. Immer und immer wieder haben wir darauf hingewiesen. Und alle Parteien sprechen immer vom Sparen. Aber wenn es darauf ankommt, will niemand, aus welchen Gründen auch immer, z.B. Wählerverlust, dazu stehen. Jetzt muss gespart werden. Darum wollen wir ein ausgeglichenes Budget und nicht ein Budget mit 103 % Steuerfuss oder 105 % Steuerfuss, und in der Rechnung sehen wir, dass das Budget nicht eingehalten wurde. Wir wollen ein bereinigtes Budget. Das ist unsere Idee.

Erich Schmid: Ich empfehle auch, den Rückweisungsantrag der SVP zurückzuweisen. Und zwar ist der Gemeinderat befugt, ein Budget aus seiner Sicht optimiert, aus Sicht der CVP auch, vorzulegen. Es wurde an verschiedenen Positionen sehr gespart. Wenn der Gemeinderat grössenmässig wirklich Fr. 500'000 oder Fr. 250'000 bis Fr. 750'0000 relativ locker aus dem Budget streichen könnte, dann hätte der Gemeinderat sowie die Finanzkommission ihre Aufgaben nicht erfüllt. Und wir als Einwohnerratsmitglieder resp. Fraktionsmitglieder hätten die Aufgaben ebenfalls nicht erfüllt, weil wir die Sparmöglichkeiten nicht erkannt hätten. Ich empfehle der SVP, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Und wenn eure Vorschläge in den letzten Jahren des Öfteren, was auch so war, abgelehnt wurden, dann ist das ein demokratischer Prozess hier im Einwohnerrat. Meine Empfehlung lautet über den Antrag abzustimmen resp. die SVP den Rückweisungsantrag zurückzuziehen. Dann kann über mögliches Sparpotenzial diskutiert werden, ob gerechtfertigt oder nicht, und dann über die Höhe der notwendigen Steuerfusserhöhung. Dann sehen wir, was aus der Diskussionsrunde heraus entstehen kann.

Peter Marten: Ich möchte als Präsident der Finanzkommission noch zwei Bemerkungen anbringen. Ich könnte sehr gut mit dem Antrag der SVP leben, aber dann will ich hören, wo gespart werden kann. Es ist einfach nur zu sagen: Wir wollen sparen, wir wollen das. Es heisst nun aber Farbe zu bekennen: ausserfamiliäre Kinderbetreuung Faktor X kürzen, Defizit Hallen- und Gartenbad Faktor X kürzen, Sporthalle Faktor X kürzen, weniger Auslastungen usw. Ich erwarte nicht, dass ihr ein Budget selber überarbeitet und Details vorlegt. Aber die Leitplanken, wo angesetzt werden kann, da muss etwas vorgelegt werden. Wir müssen mit den Sandkastenspielen aufhören. Jetzt müssen wir sagen, wo wir sparen wollen.

Es ist richtig zu deinem Hinweis wegen der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Aber ich muss dir entgegenhalten, euer Vorstoss war nicht clever durchdacht. Und das ist das Problem. Ich sehe aber auch euer Problem. Jedes Mal, wenn etwas vorgeschlagen wird, heisst es, es sei der falsche Moment. Du kannst es nicht im Budget bringen, in der Rechnung kannst du es nicht bringen und dann ist das oder jenes am Laufen. Das ist der Punkt, welchen ich in meinem Votum versuchte zu erklären. Ich bin der Meinung, dass zum Beispiel diese Arbeitsgruppe genau ein solches Instrument sein könnte, um abzuklären oder aufzugleisen, welche Möglichkeiten konkret vorhanden sind.

Die Spitze wegen dem Stellenplan. Ich bin nun das 6. Jahr im Einwohnerrat. Ich erinnere mich, dass einmal die Finanzkommission eine Erhöhung des Stellenplans letztes Mal nicht unterstützte. Wenn ich mich recht erinnere, war das Verhältnis beim Antrag der Ablehnung ungefähr 33 zu 4 Stimmen. Ich schaute nicht, wer wie abgestimmt hatte. Aber auch ohne Mathematiker zu sein, gehe ich davon aus, dass sehr wohl auch in diesem Bereich relativ eine grosse Mehrheit diesen Antrag nicht unterstützte.

Stefan Semela: Es folgen keine Voten mehr. Ich schlage vor, dass wir jetzt über den Rückweisans Antrag abstimmen.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion zur Rückweisung des Budgetvoranschlags 2016 mit einem um 7 % massiv erhöhten Gemeindesteuerfuss von 105 % und mit dem gleichzeitigen Auftrag an den Gemeinderat, einen neuen ausgeglichenen Budgetvoranschlag 2016 auf Basis eines Gemeindesteuerfusses von noch 103 % auf die nächste Einwohnerratssitzung zu erarbeiten. Dieser Antrag auf Rückweisung des Budgets 2016 wird mit 8 Ja- zu 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Stefan Semela: Wir sind immer noch in der Budgetdebatte allgemein.

Christoph Villiger: Ich stelle jetzt offiziell im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, über eine Steuerfusserhöhung um 5 % auf neu 103 % für das Jahr 2016 abzustimmen.

Stefan Semela: Über diesen Antrag werden wir nach der Detailberatung ganz am Schluss vor der Schlussabstimmung abstimmen. Die beiden Anträge um Steuerfusserhöhung vom Gemeinderat von 105 % gegenüber dem Antrag der FDP um Steuerfusserhöhung in der Höhe von 103 %.

Es folgt die Detailberatung

Ueli Zulauf: Ich habe noch eine Verfahrensfrage. Die Anträge der Finanzkommission, werden die jetzt im Rahmen der Detailberatung diskutiert?

Stefan Semela: Genau. Ausser die drei Positionen, denen der Gemeinderat bereits entsprochen hat.

Linus Egger: Ich muss etwas korrigieren. Wir haben den Voranschlag nicht angepasst. Es erfolgte heute die Bekanntgabe, welche Positionen enthalten sind. Das vorliegende Budget beinhaltet die Korrekturen noch nicht.

Stefan Semela: Ja genau. Aber stellst Du jetzt bei jeder dieser Positionen einen Antrag?

Linus Egger: Nein, ich stelle keinen Antrag. Aber Du hast vorher gesagt, diese Korrekturen sind im Voranschlag schon enthalten.

Stefan Semela: Natürlich nicht im schriftlich vorliegenden Voranschlag. Doch wurden die Korrekturen von dir mündlich mitgeteilt und korrigiert.

0 Allgemeine Verwaltung

Ursula Haag: 012 Exekutive: Im Namen der Finanzkommission stelle ich den Antrag, im Konto 0120.3131.00 die Fr. 10'000 zu streichen. Es geht bei dieser Position um eine Mitarbeiterbefragung. Die Folgemassnahmen sollen mit internen Ressourcen umgesetzt werden.

Dieter Martin: Herr Präsident, werde Damen und Herren. Bei diesem Konto handelt es sich um ein Konto, welches dem Gemeinderat als Führungs- und Organisationsentwicklung zur Verfügung steht. Ich bin der Meinung, dass mit der Beschneidung dieses Kontos durch die Finanzkommission der Gemeinderat zu stark bevormundet würde. Wir haben eine operative Aufgabe wahrzunehmen. Werden dem Gemeinderat jegliche Mittel gestrichen, dann bedeutet das einen sehr massiven Eingriff in die Möglichkeiten, welche dem Gemeinderat zur Verfügung stehen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich heute bei Besprechungen herausstellte, dass der Betrag im Rahmen der Auswertung der Mitarbeiterbefragung zur Zeit Fr. 3'800 beträgt plus zusätzlich geplanten Kosten der Auswertungen mit Workshops von ca. Fr. 7'000. Ich beantrage aber trotzdem, dass der Einwohnerrat den Betrag von Fr. 10'000 dem Gemeinderat weiterhin zur Verfügung stellen wird.

Christian Keller: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ihr erinnert Euch, im Frühling mussten wir die Debatte über die Rechnung um eine Sitzung verschieben wegen personellen Ausfällen in der Abteilung Finanzen. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass die Leute überlastet waren und Verwaltungsangestellte allgemein unter einer höheren Arbeitslast stehen. Wer unter einer hohen Arbeitslast steht, unterliegt einem höheren Risiko an einer Erschöpfungsdepression zu erkranken, ein Burnout zu erleiden. Was das bedeutet, haben wir in unserer Gemeinde auch schon bei der Leitung Abteilung Steuern im Jahr 2012 erlebt. Das war für unsere Gemeinde eine kostspielige Angelegenheit. Der Gemeinderat hat eine Mitarbeiterbefragung durchführen lassen in Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons. Wir warten nun auf diese Resultate. Ich und unsere Fraktion meinen, dass bei Situationen, welche Massnahmen zum Wohl der Mitarbeitenden erfordern, das Budget vorhanden sein sollte. Ich meine auch, dass wir dem Gemeinderat eine gewisse Autonomie zugestehen müssen, damit er in solchen Situationen überhaupt noch die Möglichkeit hat einzugreifen, um etwas zu unternehmen. Schliesslich steht der Gemeinderat auch als Arbeitgeber in seiner Pflicht. Ich bitte darum, dass der Budgetposten belassen wird.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto Nr. 0120.3132.00, Exekutive, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten mit Fr. 10'000 sind zu streichen. Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Patrick Hehli: Konto Nr. 0220.3099.00: dieses Konto wird mit einem Betrag von Fr. 16'000 ausgewiesen. Die Positionen entstehen unter anderem aus dem Personal- und dem Pensionierten-Ausflug. Die SVP ist sich bewusst, dass durch die Ausflüge und Mitarbeiteranlässe dem Personal eine gewisse Wertschätzung entgegengebracht wird. Mit der Art und Weise sind wir schon längere Zeit nicht mehr einverstanden. Wir stellen folgende 2 Anträge: Der Personalausflug soll künftig an einem Samstag ohne Anrechnung von Arbeitszeit stattfinden. Der Pensionierenausflug, budgetiert mit Fr. 2'500, ist gänzlich zu streichen.

Stefan Semela: Ich hab etwas Mühe mit dem ersten Antrag. Das ist kein Budgetantrag. Hier können wir über Geld reden. Der zweite Antrag ist klar. Doch wie wollen wir den ersten Antrag umsetzen? Wir können dies dem Gemeinderat als Anregung weitergeben.

Patrick Hehli: Da ich schon einige Jahre im Einwohnerrat bin und euch alle kenne, stelle ich drei Anträge. Der erste Antrag ist folgender: der Budgetposten übriger Personalaufwand ist um Fr. 1'500 zu kürzen. Der zweite Antrag lautet, den Personalausflug an einem Samstag durchzuführen, und der dritte Antrag, den Pensioniertenausflug von Fr. 2'500 ist zu streichen.

Stefan Semela: Da ist aber immer noch der problematische Antrag enthalten, diesmal einfach Antrag Nummer 2 mit der Durchführung des Personalausfluges an einem Samstag. Du musst noch begründen mit den Fr. 1'500. Was beinhaltet das noch?

Patrick Hehli: Das ist der Betrag für die Verwaltung, Dieser sollte gekürzt werden. Dieser Betrag beläuft sich, wenn ich mich richtig erinnere, auf Fr. 6'500. Und dieser Betrag soll um Fr. 1'500 gekürzt werden.

Stefan Semela: Über Antrag 1 und 3 können wir abstimmen, denn das sind Anträge, welche sich konkret auswirken.

Patrick Hehli: Den Antrag zwei können wir mitgeben. Indirekt hat er wohl auch Auswirkungen auf das Budget.

Antrag der SVP-Fraktion betr. das Konto 022.0399.0, Übriger Personalaufwand. Erster Antrag: Die Budgetposten Verwaltungsausflug ist um Fr. 1'500 zu kürzen.

Zweiter Antrag: Der Pensioniertenausflug von Fr. 2'500 ist zu streichen.

Dieter Martin: Zuerst möchte ich sagen, dass das Personal und die Verwaltung sehr gut arbeiten. Es werden gute Leistungen präsentiert. Solche Posten wie Personalausflug sind Motivatoren. Und seit Jahr und Tag fand der Verwaltungsausflug an einem Arbeitstag während den Geschäftszeiten statt. Wir können davon ausgehen, dass, sollte der Personalausflug auf einen Samstag verlegt werden, und das wissen Sie auch aus der Privatindustrie, dass praktisch keine Firma den Ausflug an einem Samstag durchführt, die Sparmassnahmen dann wohl steigen würden, weil nur ein minimaler Teil an dem Ausflug teilnehmen würde. Ich finde diese Massnahme wäre ein Demotivator. Der andere Punkt mit dem Pensioniertenausflug präsentierte sich wie folgt: Bis anhin wurden die Pensionierten mit dem aktiven Personal auf den Gemeindeflug mitgenommen. Es wurde aber festgestellt, dass der Bekanntheitsgrad immer grösser wurde und dass es Sinn machte, dass die Pensionierten einen separaten Ausflug machen dürfen.

Marcel Müller: Genau jetzt sind wir schon am Punkt angelangt mit der Frage sparen oder nicht sparen. Es sind zwar noch keine grossen Beträge. Aber bei unserer Firma ist es so, dass wir am Freitagabend auf den Mitarbeiterausflug gehen. Das Hauptziel besteht darin, dass die Telefone bis 17.00 Uhr besetzt sind. Dann gibt es noch eine Möglichkeit für die Kunden, uns bis 18.00 Uhr zu erreichen. Der Samstag ist für das Geschäft verplant. Wir haben ein Thema einmal pro Jahr, um den Zusammenhalt zu fördern, ein gelungener Freitagabend und am Samstag ist man um 16.00 Uhr zu Hause. Die Goodies sind nicht mehr gross vorhanden. Bei derjenigen Person, welche an einem Anlass ausserhalb der Arbeitszeit nicht mitkommen will, stelle ich mir die Frage, kommt diese Person nicht mit, weil sie einen guten und schönen Tag hätte ohne Arbeitszeit, oder gehe ich mit, weil ich mich freue und etwas erleben kann. Wenn mein Antrieb nur darin besteht, einen guten Arbeitstag ohne zu arbeiten zu verbringen, dann stimmt es wohl nicht. Diese Zeiten sind vorbei. Hier bei diesem Budgetposten können wir Sparwillen zeigen. Das Personal muss seinen Beitrag leisten. Die Jobsicherheit bei der Gemeinde ist nach wie vor sehr hoch. Bei der Privatwirtschaft nimmt sie gewaltig schnell ab. Das müssen wir alles berücksichtigen. Das kann man dem Personal durchaus zumuten. Der Ausflug für die Pensionierten ist auch so eine Sache. Ich meine auch hier, dass die Pensionierten einen Ausflug unternehmen können. Ich denke sogar, dass die Gemeinde diesen Ausflug organisieren sollte. Doch die Kosten sollten durch die Pensionierten selber getragen werden. In der heutigen Zeit geht es den Pensionierten grossmehrheitlich nicht schlecht. Diejenigen, die Freude

an einem Ausflug haben, nehmen an dem Ausflug auch teil, wenn die Kosten selber getragen werden müssen. Einen solchen Budgetposten müssen wir wirklich streichen. Jetzt können wir Farbe bekennen. Jetzt stellt sich die Frage, wer unterstützt den Antrag und wer nicht. Da müssen wir nun ansetzen.

Abstimmung

Antrag 1 der SVP-Fraktion betr. das Konto 022.0399.00, Übriger Personalaufwand: Der Budgetposten Verwaltungsausflug ist um Fr. 1'500 zu kürzen. Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Antrag: 2 der SVP-Fraktion betr. das Konto 022.0399.00, übriger Personalaufwand: Der Budgetposten Pensioniertenausflug von Fr. 2'500 ist zu streichen. Dieser Antrag wird mit 30 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Erich Schmid: Ich stelle keinen Antrag, ich habe eine Bemerkung zum Konto 1500.3170.00 Feuerwehr anzubringen. Es erstaunt mich, dass aufgrund der Bemerkungen der Finanzkommission, den Teilnehmerkreis am Essen nach der Hauptübung mit der Feuerwehr mit Blick auf das Budget 2017 zu besprechen, jetzt kein Antrag folgte, um diese Kosten etwas zu kürzen. Beim Personal wurde gekürzt, die Zustimmung seitens des Einwohnerrates erfolgte zumindest in einem Teil. Bei der Feuerwehr mit einem relativ grossen Betrag, es handelte sich ja auch um ein grosses Essen, ich hab nie daran teilgenommen, denn ich bin nicht in der Feuerwehr, erfolgte kein Antrag. Es ist mir klar, dass gewisse Leute nun reagieren.

Eugen Paul Frunz: Alle zwei Jahre werden die Partner nach der Hauptübung zum Essen eingeladen. Dieses Jahr ist das so, nächstes Jahr findet das Essen ohne Partner statt. Deshalb kann im Budget 2016 nichts für die Partner gestrichen werden.

Peter Marten: Die Formulierung ist seitens der Finanzkommission bewusst so gewählt worden mit doppelter Signalwirkung. Es gibt keine heiligen Kühe, das ist nicht böse gemeint. Zum anderen sind diese Posten bis zum nächsten Jahr pendent zu halten. Ich gehe davon aus, dass nächstes Jahr seitens der Finanzkommission ein entsprechender Antrag folgen wird.

2 Bildung

Patrick Hehli: Wir haben zu den 3636-Konten den Wunsch gehabt, auf Seite 84 sind diese dann zusammengefasst, dass dieser Betrag im Budget etwas mehr als Fr. 2.5 Mio. beträgt. Wir haben letztes Jahr bereits einen Versuch gestartet und wir wollen dieses Jahr wieder einen Versuch starten. Am liebsten würden wir über die 3636.00 Konten global 5 % einsparen. Es sind etwa 27 Positionen; die 5 % Einsparungen würden etwa Fr. 127'720 ausmachen. Leider habe ich durch meine Vorabklärungen erfahren, dass man keinen solchen globalen Antrag stellen kann. Vor Jahren war dies möglich, heute geht das angeblich nicht mehr. Deshalb werden wir uns mühselig durch die 3636-Konten durchkämpfen und die einzelnen Positionen beantragen. Konto 2140.3636.02 und 2140.3636.07. Diese Konten beinhalten Beiträge an Musikschule Region Baden, einerseits mit Fr. 620'000 und andererseits Jugendmusik mit Fr. 2'000. Auf Seite 55 unterstützten wir auch bereits in einem 36er Konto Jungmusikanten. Für uns zusammen mit der Musikgesellschaft Grössenordnung Fr. 14'000 und deshalb stellen wir den Antrag: Der Betrag von Fr. 2'000 auf dem Konto 2140.3636.07 für die Jugendmusik ist zu streichen.

Josef Sieber: Hier geht es um die Jugend und um sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Ich finde das sehr sehr kleinlich, wenn dieser Betrag gestrichen wird. Wenn wir vergleichen, was wir für

die Jugend im Bereich Sport anbieten, auch sinnvoll und auch gut, dort belaufen sich die Zahlen wie zum Beispiel für Sporthalle, Schwimmbad etc. in Millionenhöhe.

Ueli Zulauf: Ich bin eigentlich gegen die Streichung des Beitrages. Doch die Jugendmusik hiess früher einmal Knabenmusik, wurde dann in Jugendmusik umgewandelt. Meines Wissens gibt es diese gar nicht mehr in Baden. Die wurde aufgelöst, und ich möchte einfach bitten, dies abzuklären, ob die Jugendmusik noch existiert. Und wenn diese nicht mehr existiert, dann ist es ja klar, dass der Betrag gestrichen werden muss.

Josef Sieber: Die Jugendmusik heisst heute Jugendmusik Allegro Region Baden. Sie ist regional, auch Obersiggenthaler sind dabei. Der Name wurde nur geändert.

Christian Bossard: Nur eine Frage zu diesem Thema. Patrick Hehli erwähnte etwas, dass Globalkürzungen nicht mehr möglich wären. Wieso soll dies nicht mehr möglich sein?

Stefan Semela: Es sind Positionen, bei welchen Kürzungen erfolgen sollen.

Christian Bossard: Ich kann doch Einzelpositionen streichen und am Schluss noch 10 % Zusatz verlangen?

Stefan Semela: Auf Seite 86 befinden wir uns in der Artengliederung, das ist ein Zusammenzug. Du musst genau definieren, welche konkreten Beträge gestrichen werden sollen. Sonst würden ja 5 % von all den 30 Konten abgezogen. Das geht ja auch nicht.

Marcel Müller: Es kann ja nicht das Ziel sein, dass wir zum Budgetposten ja oder nein sagen. Es muss möglich sein, einen Posten im Voranschlag von Fr. 14'000 um 5 % kürzen zu können.

Stefan Semela: Klar, das ist möglich.

Peter Marten: Der Antrag für die Streichung von Fr. 2'000 wäre ein wunderbares Beispiel für die Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe könnte abklären, besteht ein Vertrag, sind Leute von Obersiggenthal dabei, ist es realistisch. Sollten wir diesen Betrag jetzt streichen, ist das eine Wild-West-Methode für jemanden, der mit diesem Geld rechnet. Und jetzt heisst es einfach, der Beitrag kommt nicht. Wir können schon mit Sparmassnahmen argumentieren. Aber ich finde das eine Wild-West-Methode. Sollte sich zeigen, dass ein solcher Antrag nach den notwendigen Abklärungen Sinn macht, dann kann über einen solchen Antrag das nächste Jahr abgestimmt werden. Das wäre mein Vorschlag über ein korrektes Vorgehen mit einer zukünftigen Arbeitsgruppe.

Antrag der SVP-Fraktion: Das Konto 2140.3636.07 Beitrag an Jugendmusik Baden Fr. 2'000 sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 4 Ja- und 31 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Daniela Graubner: Ich stelle im Namen der Finanzkommission gleich zwei Anträge. Im Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften. Im Konto sind Fr. 170'800 enthalten. Der erste Antrag wäre Streichung von Fr. 7'000 für Unterhaltsarbeiten von Gärtner bei div. Schulanlagen. Die Unterhaltsarbeiten würden dann wieder auf das Niveau 2014 heruntergestrichen. Der zweite Antrag im gleichen Konto ist die Beantragung einer Streichung von Fr. 22'000 für die 1. Tranche Fensterservice im Schulhaus Unterboden, Trakt 1. Auf diesen Beitrag sei zu verzichten.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Es sind dies Antrag 7 und Antrag 8 der Finanzkommission. Stimmt das?

Willi Graf: Ich stelle auch im Namen der Finanzkommission einen Antrag, das Konto 2170.3132 Schulliegenschaften, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperte. Das Konto ist um Fr. 20'000 zu reduzieren auf neu Fr. 10'500. Die Ausarbeitung eines Projektes Dachsicherheit soll auf weitere Alternativen zum Beispiel einzelne kostengünstigere Möglichkeiten geprüft werden.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Geschätzte Damen und Herren. Antrag Nummer 6 der Finanzkommission beinhaltet die Dachsicherheit im Betrage von Fr. 20'000. Der Gemeinderat möchte an allen 3 Anträgen festhalten. Zum Antrag 6 liegt ein Schreiben des Handwerkers vor, der für uns die Arbeiten auf dem Dach erledigt. Ich zitiere aus diesem Schreiben „aufgrund der neuen Gesetzgebung über Arbeitssicherheit und aufgrund von verbindlichen Weisungen der SUVA möchten wir Sie in Kenntnis setzen, dass wir keine weiteren Dachkontrollen wie bis anhin mehr durchführen dürfen. Es ist nicht mehr erlaubt, Dächer zu betreten, welche nicht über die notwendigen Absturzsicherungen verfügen.“ Der Gemeinderat hat sich entschieden, Ihnen fix montierte Absturzsicherungen zu beantragen. Das ist so. Es ist gegebener Massen mit hohen Kosten verbunden, das ist schon richtig. Doch als Alternative bleibt sonst nur, dass wir jährlich, denn die Kontrollen müssen jährlich durchgeführt werden, temporäre Absturzsicherungen installieren müssten, was sicher im Einzelfall günstiger wäre. Aber längerfristig ist der Gemeinderat der Meinung, dass es teurer kommen würde. Wir möchten Ihnen deshalb beantragen, den Betrag im Voranschlag zu belassen.

Zum Antrag 7 der Finanzkommission betr. Unterhaltsarbeiten vom Gärtner bei diversen Schulanlagen. Auch hier möchte der Gemeinderat am Voranschlag festhalten, und zwar nicht weil wir irgendwelche schönen Blumenrabatten anpflanzen möchten oder weil wir schöne Anpflanzungen haben, sondern weil es um die notwendige Pflege geht. Es handelt sich eigentlich hauptsächlich um Holzarbeiten. Irgendwann muss die Anlage gepflegt und gesäubert und geätet werden. Es handelt sich um Sträucher und Hölzer. Wir bitten den Betrag von Fr. 7'000 im Budget zu belassen.

Zum Antrag 8 der Finanzkommission mit Fr. 22'000 für die 1. Tranche Fensterservice im Unterboden, Trakt 1. Die Fenster sind jetzt 22 Jahre alt und wir möchten auf Empfehlung des Schreiners einen ersten grösseren Fensterservice machen lassen, d.h. Erneuerung der Fensterdichtungen und wenn nötig evtl. malen. Das muss geprüft werden. Es handelt sich um eine Kostenschätzung für Trakt 1. Wir möchten diese Arbeiten in einem Trakt vornehmen. Nachher folgen noch weitere drei Tranchen. Wie sich die Kosten entwickeln, können wir noch nicht sagen. Es handelt sich um eine Kostenschätzung. Aber es sind Fr. 22'000 im Unterboden, Trakt 1, im Budget enthalten.

Franziska Grab: Eine Ergänzung zur Dachsicherheit. Die Fr. 20'000 wären für eine Submission gedacht, damit wir alle Dächer mit dieser Dachsicherheit ausrüsten können. Ich hab das privat selber erlebt, dass Bauspengler sagten, sie betreten das Dach nicht, wenn die Dächer nicht mit dieser Dachsicherheit nachgerüstet werden. Wir reden schlussendlich dann von einer grösseren Summe für die Installation der Dachsicherheit. Darum haben wir uns auch überlegt, dass wir mit einer Submission bessere Verhandlungsmöglichkeiten haben, einen guten Preis für die Nachrüstung der Dachsicherheiten auszuhandeln. Nachher müssten wir nicht mehr diskutieren, mit welchen Handwerkern wird zusammenarbeiten können. Es gibt dann keine Diskussionen mehr, dass die Dächer nicht betreten werden können, weil Dachsicherheiten nicht gegeben sind. Provisorische Montagen von Dachsicherheiten kosten auch immer wieder Geld.

Patrick Hehli: Ich habe noch eine Frage zum Antrag 7, Unterhaltsarbeiten von Gärtner etc. Welche Arbeiten betrifft dies, die nicht von unserem Baudienst oder unseren Schulhausabwarten gemacht werden können? Wieso müssen wir externe Kräfte dafür anstellen?

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Die Anlagen rund um die Schulanlagen wurden immer vom Gärtner bewirtschaftet. Die Arbeitslast von unseren Angestellten ist zu gross, der Baudienst kann diese Arbeiten nicht auch noch erledigen.

Marcel Müller: Über diesen Budgetposten – nach dem Motto, es war immer so – muss jetzt oder in einer Arbeitsgruppe entschieden werden. Es gilt nicht mehr das Motto – es war immer so, das ist keine Begründung. Wir haben vor kurzem im Baudienst eine zusätzliche Person mit 100 Stellenprozent angestellt. Vielleicht sollte man dies spezifisch prüfen. Ich frage auch, um welche Arbeiten es sich bei diesem Posten handelt. Können diese Arbeiten auch unter Anleitung durch Erwerbslose, Arbeitslose, ausgesteuerte Personen etc. erledigt werden? Nicht dass die Arbeit unterqualifiziert wird, aber die Frage ist zu stellen. Auch die Situation mit dem Schreiner und den Fenstern. Es ist natürlich klar, dass der Schreiner eine Empfehlung abgibt, einen Service vorzunehmen. Hier müsste unabhängig geprüft werden, ob dieser Service wirklich notwendig ist. Ein Auftrag in dieser Grössenordnung für einen Schreiner scheint lukrativ zu sein und die Gemeinde als Auftraggeber ist ein sicherer Zahler. Es muss alles hinterfragt werden.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Es ist mir egal, ob eine Arbeitsgruppe die Möglichkeit prüft, Arbeitslose, Ausgesteuerte, Stellenlose etc. für die vorgenannten Arbeiten zu beschäftigen. Aber wir sind zum Schluss gekommen, dass wir nicht einfach den Baudienst, den Forst oder andere Personen beauftragen können, diese Arbeiten auch noch zu übernehmen und somit Kosten einzusparen. Im Moment setze ich grosse Hoffnung auf die Arbeitsgruppe und bin gespannt, welche Vorschläge diese ausarbeiten werden. Aber Tatsache ist, wenn die Überzeit beim Baudienst zu hoch ist, dann heisst es schnell, man soll Arbeiten bitte privat vergeben. Es ist günstiger. Und umgekehrt haben wir hier eine Situation, welche seit Jahren privat in Auftrag gegeben wurde. Natürlich soll man die Situation einmal neu überprüfen, da bin ich einverstanden. Es ist günstiger, wenn diese Arbeiten privat vergeben und erledigt werden als durch den Baudienst. Wir werden dann sehr schnell wieder auf die Arbeitsstunden und Überzeit zu sprechen kommen, wenn Arbeiten neu zugeteilt werden. Der Satz ist so – es war immer so.

Markus Renggli: Welche Vorrichtungen müssen auf den Dächern angebracht werden und warum? Und was wird überhaupt auf den Dächern kontrolliert? Könnte diese Kontrolle nicht mit Drohnen durchgeführt werden?

Franziska Grab: Die Absturzsicherungen sind Vorrichtungen, welche mit Ringen auf den Dächern angebracht werden, damit mit Seilen die Personen gesichert werden können. Die SUVA verlangt dies.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Es muss jedes Jahr eine visuelle Dachkontrolle durchgeführt werden.

Brigitte Schmid: Unterhalt Schulliegenschaften. Hier geht es ja nur um eine Kürzung und nicht komplette Streichung. Es geht ja nicht grundsätzlich darum, dass die notwendigen Arbeiten um die Schulanlagen gestrichen werden, sondern dass der Budgetbetrag auf dem Niveau 2014 bleibt. Hier sehe ich nicht ein, dass zwei Jahre später überall eine Erhöhung erfolgen sollte. Man erledigt die Arbeiten zum Preis auf dem Niveau 2014.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Jetzt müsste ich schon wieder wissen, was letztes Mal aufgrund der Rechnung 2014 gestrichen wurde.

Franziska Grab: In der Rechnung 2014 wurde herausgestrichen, dass das Altholz entfernt werden sollte, damit die Zugänglichkeit mit Leitern etc. möglich ist. Man hatte entschieden, dass mit diesen Arbeiten noch ein Jahr zugewartet werden kann. Jetzt wurde diese Position nach zwei Jahren wieder ins Budget 2016 aufgenommen, Es muss etwas unternommen werden. Man kann natürlich wieder streichen. Aber damit würde nicht gespart, sondern immer wieder um ein Jahr hinausgeschoben.

Marie-Louise Nussbaumer-Marti: Fairerweise muss ich sogar sagen, dass wir einmal gewisse Arbeiten ohne Bewilligung ausführen lassen mussten, weil die Leitern für das Putzen der Fenster nicht mehr platziert werden konnten.

Theo Flückiger: Ich habe noch eine Bemerkung zu den Dachsicherungen. Heute bestehen Vorschriften. Sollte jemand bei Arbeiten auf dem Dach ohne Dachsicherung herunterfallen, dann haftet die Gemeinde. Aufgrund dieser gesetzlichen Vorgaben sind wir verpflichtet, eine Dachsicherung zu montieren. Was sind die Aufgaben? Es gibt Flachdächer, welche kontrolliert werden müssen und Steildächer, um zerbrochene Ziegel zu ersetzen. Da kann es rutschig sein und eine Sicherung ist notwendig. Auf Flachdächern geht es darum, dass auf denselben Pflanzen wachsen, Abläufe verstopft werden usw. Die Dächer müssen geprüft werden, und wird dies nicht regelmässig gemacht, entstehen Folgeschäden. Die jährlichen Dachkontrollen gehören zur Sorgfaltspflicht der Gemeinde. Für mich stellt sich die Frage über die budgetierten Kosten von Fr. 20'000 für die Ausschreibung dieser Arbeiten. Die Unternehmen unterbreiten auch gratis eine Offerte. Ich weiss nicht wie das bei der Gemeinde ist. Es bestehen sicher gewisse Rechtsformen. Aber grundsätzlich sind die Unternehmen an einem Auftrag interessiert.

Franziska Grab: Es geht hier nicht darum, dass wir Fr. 20'000 brauchen, um Offerten einzuholen. Die Submission müssen wir vorbereiten und das kostet Geld. Irgendjemand muss Leistungen erbringen. Es handelt sich um einen Maximalbetrag, d.h. nicht, dass wir Fr. 20'000 brauchen. Vielleicht können wir diese Submission auch für Fr. 5'000 vorbereiten. Es wurde einfach entschieden, anstelle für jedes Dach einzelne Offerten einzuholen alle Dächer zusammenzufassen und so eine Ausschreibung vornehmen.

Lukas Füglistler: Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kollegen. Eine Frage zu den Fr. 20'000. Betrifft dies nur die Schulliegenschaften oder alle Dächer?

Franziska Grab: Es betrifft alle Gemeindeliegenschaften.

Daniel Jenni: Aber es steht dort „Honorare externe Berater“? Das ist verwirrend.

Franziska Grab: Irgendwo muss der Betrag ja budgetiert und verbucht werden. Es ist bei einer Submission so, dass ein Honorar anfällt, welches auch verrechnet werden muss. Ich weiss nicht, ob dies später auf den Auftrag umgerechnet werden kann. Das nehme ich nicht an.

Marcel Müller: Vom Wortlaut her: für die Ausarbeitung eines Projekts zur Dachsicherheit. Ein Projekt bedeutet für mich, ein Konzept wird erarbeitet. Oder enthält dies auch die Installation der Verankerungen, dass die Person nicht mehr vom Dach fallen kann?

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Der Betrag beinhaltet wirklich nur die Erarbeitung des Konzepts.

Marcel Müller: Dann haben wir ein Papier in den Händen ohne Installation, sondern nur das Konzept.

Peter Marten: Es ist unbestritten, dass die Arbeiter, welche die Kontrollen auf den Dächern der Gemeindeliegenschaften vornehmen müssen, gesichert werden müssen. Die Finanzkommission hatte den Eindruck, dass man auf eine Lösung mit der fixen Montage von Sicherheitsverankerungen eingestellt ist. Wir haben tendenziell die Idee zu prüfen, ob sich auch eine individuelle Lösung anbieten könnte. Es liegen umfangreiche Dokumente vor, u.a. auch ein Bundesgerichtsentscheid. Es macht Sinn zu hinterfragen, bei welchen Liegenschaften es Sinn macht, keine fixen Verankerungen anzubringen und bei welchen Liegenschaften, die Anbringung einer fixen Verankerung Sinn macht. Bei den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen heisst es, Ausarbeiten eines Projektes als Grundlage für eine Submission mit Vorlage an Einwohnerrat. Kosten für Ausarbeitung. Das heisst Projekt.

Franziska Grab: Das ist korrekt. Aber dieses Projekt müssen wir vorbereiten und dann sehen wir, welche Dächer wir aufnehmen müssen und welche nicht. Wir müssen die Submission vorbereiten. Es heisst ja nicht automatisch, dass wir bei allen Dächern Sicherheitsverankerungen

installieren müssen, vielleicht kristallisiert sich heraus, welche Dächer gemacht werden müssen und welche nicht.

Peter Marten: Jetzt ist Deine Aussage protokolliert. Bravo. Passt.

Abstimmung

Antrag 6 der Finanzkommission Konto 2170.3132.00 Schulliegenschaften: Das Konto ist um Fr. 20'000 zu reduzieren auf neu Fr. 10'500. Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen genehmigt.

Antrag 7 der Finanzkommission Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften: Das Konto ist um Fr. 7'000 zu reduzieren auf. Dieser Antrag wird mit 36 Ja- zu 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Antrag 8 der Finanzkommission Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften; Das Konto ist um Fr. 22'000 für die 1. Tranche des Fensterservices zu streiche. Dieser Antrag wird mit 36 Ja- zu 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Patrick Hehli: Konto 2180.3636.11 Beiträge Mittagstisch und Konto 2180.3636.12 Beiträge an Verein Kindertagesstätte. Die Beiträge sind um je 5 % zu streichen. Dies entspricht gesamthaff Fr. 8'400.

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Es tut mir leid, ich bin nicht sicher, muss ich ehrlicherweise zugeben. Die Ausschreibungen für den Mittagstisch erfolgten sicher zeitlich bis und mit Februar, d.h. bis zu den Sportferien. Eine Änderung könnte meines Erachtens nur mit Erhöhung von Elternbeiträgen erfolgen. Ich weiss aber nicht, ob unser Vertrag bis Juli läuft oder ob eine Anpassung bereits im Februar erfolgen könnte. Das muss geprüft werden.

Patrick Hehli: Man kann nicht schon einen Vertrag abschliessen, welcher erst budgetiert wird?

Ueli Zulauf: Ich bin gegen diesen Antrag. Wir haben mit den Tagesstrukturen auch strategisch ein Signal gesetzt, dass wir uns als Gemeinde für die externe Familienbetreuung positionieren. Die externe Familienbetreuung ist ein wichtiger Beitrag unserer Standort- und Wohnqualität der Gemeinde Obersiggenthal. Wenn jetzt der Betrag gekürzt wird, dann setzen wir ein gegenteiliges Signal. Das ist genau das, was heute schon einmal diskutiert wurde, der Slalom der Strategie und der Sparanträge. Wir müssen eine klare Stossrichtung aufzeigen, wo wir sparen wollen und in welche Richtung das führen soll. Mit der Volksentscheidung zum Goldiland und zu anderen Vorlagen wurden schon klare strategische Signale gesetzt. Das wäre nun hier bei diesem Antrag widersinnig, auch bei einem eher kleineren Betrag, ein solches Signal zu senden.

Brigitte Schmid: Ich widerspreche meinem Vorredner. Ich finde, dass alle ihren Beitrag zum Sparen leisten müssen. Mit dem Goldiland wurde ein grosser Betrag gesprochen. Wieso soll hier nicht auch gespart werden.

Walter Vega: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte eine Ergänzung zu den Zahlen abgeben, vor allem was den Aufwand 2014 bei den Tagesstrukturen betrifft. Es sind Fr. 80'000 aufgeführt. Das ist nur eine Akontozahlung. Der effektive Betrag beläuft sich auf Fr. 109'900. Diese Anmerkung zur Veranschaulichung der Kostenzunahme von der Rechnung 2014 zum Budget 2016. Die Zunahmen von Fr. 109'9000 auf Fr. 130'000 beinhaltet 5 % Kapazitätserweiterung. Es wird prognostiziert, dass eine Abnahme der Elternbeiträge resultieren wird,

d.h. es gibt auch eine Zunahme. Wenn jetzt gemäss Antrag 5 % gestrichen würde, dann könnte sich die Kapazitätserweiterung zu einem Problem entwickeln. Hier müssen wir nun ansetzen.

Abstimmung

Antrag 1 der SVP-Fraktion betr. das Konto 2180.3636.11 Beiträge Mittagstisch: die Beiträge sind um 5 % zu senken, das sind Fr. 1'900 von Fr. 38'000 neu auf Fr. 36'100. Dieser Antrag wird mit 23 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Antrag 2 der SVP-Fraktion betr. das Konto 2180.3636.12 Beiträge an Verein Kindertagesstätte: Die Beiträge an Verein Kindertagesstätte sind um 5 % zu senken, das sind Fr. 6'500 von Fr. 130'000 auf Fr. Fr. 123'500. Dieser Antrag wird mit 23 Ja- zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Patrick Hehli: Eine Anmerkung oder Bitte zum Konto 2191.3170.21 Examensessen. Wir haben heute schon einen Betrag für den Pensioniertenausflug der Abteilung Verwaltung gestrichen. Ich möchte dem Einwohnerrat in Erinnerung rufen, da wir heute betr. Thema Essen bei der Feuerwehr überdenken sollen, ob weiterhin alle zwei Jahre die Partner zum Schlussessen eingeladen werden oder nicht, ob hier unter dem Posten Examensessen nicht auch zu überdenken wäre, die Pensionierten weiterhin einzuladen oder nicht. Es könnten doch auch einige Franken eingespart werden.

Linus Egger: Ich kann die Antwort schon geben. Dies wurde bereits der Schulpflege unterbreitet. Die Liste wird entsprechend überprüft.

Peter Marten: Im Namen der Finanzkommission stelle ich zum Konto 2191.31790.23 Jugendfestauslagen den Antrag, das Konto um Fr. 20'000 zu reduzieren. Gemäss unseren Auskünften ist ein Jugendfest auch mit einem reduzierten Beitrag einen Tag durchführbar.

Patrick Hehli: Ich erinnere mich an meinen ersten Kinofilm, welchen ich mit der Pfadi sehen durfte. Es war der Film Dschungelbuch; mein erstes Velo war ein Tigra 24-Gänger. Mein erstes Jugendfest, an welches ich mich erinnere, war mit Lehrer Neuhaus. Das damalige Thema war etwas Fruchtiges, wir haben mit Fischkleister Trauben gebastelt und T-Shirts gedruckt etc. Geschätzter Einwohnerrat, heute haben wir schon an einigen Orten Einsparungen gesprochen. Ich bin der erste, der das Sparen begrüsst. Aber in diesem Bereich, und hier spreche ich als Privatperson Hehli und nicht als Parteimitglied, die Partei teilt meine Ansicht nicht. Jugendfeste sind für Kinder bleibende Erinnerungen. Klar ist für die Kinder ein Jugendfest an einem Tag durchführbar. Ein Jugendfest ist für mich aber auch eine Art Dorffest. Wir haben heute Situationen, dass Eltern, welche Elternabende besuchen, nicht wissen, dass andere Eltern im gleichen Quartier wohnen wie sie selber. Ein Fest soll auch den Dorfbund fördern. Wir sprechen immer davon, unsere Gemeinde attraktiver zu gestalten. Dazu gehört auch ein Fest. Früher gab es ein Oberdorffest, doch seit vielen Jahren nicht mehr. Die Obsiga findet beispielsweise das nächste Jahr auch nicht mehr statt. Das einzige regelmässige Dorf- oder Gemeindefest ist die Sichelte. Ich finde, solche Feste bilden eine gute Plattform für die Vereine, sich vorzustellen und vor allem auch den Dorfbund zu fördern. Man kann nicht immer jammern, dass wir eine Schlafgemeinde sind. Ein Jugendfest oder ein Fest mit einer Länge von 2 Tagen wäre etwas für alle. Bei den Tagesstrukturen bewegen wir uns in den Millionenbereichen, welche nicht alle Kinder nutzen können. Ich bitte um Mithilfe und Unterstützung, dass das Jugendfest weiterhin 2 Tage lang durchgeführt werden kann. Vor einigen Jahren haben wir hier, ich habe nicht zugestimmt, eine Defizitgarantie von Fr. 50'000 für die Badenfahrt gesprochen. Also für ein Fest, welches nicht in unserer Gemeinde stattfindet. In zwei bis drei Jahren ist es wieder soweit. Sparen wir dann auch oder geben wir mit beiden Händen

für Badenfahrt Geld aus? Ich bitte Euch, die Fr. 50'000 zu belassen, damit das Jugendfest zwei Tage lang durchgeführt werden kann und die Vereine die Möglichkeit haben, sich zu präsentieren und damit auch der Nachwuchs akkreditiert werden kann.

Urs Müller: Geschätzte Anwesende. Patrick Hehli hat unsere Meinung vorweggenommen. Ich möchte folgende Ergänzungen anbringen. Das Jugendfest findet in einem Zeitrahmen von 4 bis 5 Jahre statt und zwar deshalb, dass alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn zwei Mal ein Jugendfest erleben dürfen. Früher standen Fr. 70'000 für dieses Fest zur Verfügung, dann wurde gekürzt auf Fr. 50'000 und jetzt soll auf Fr. 30'000 gekürzt werden. Das OK Jugendfest ist schon einige Zeit aktiv am Planen und an der Arbeit. Heute ist der OK-Chef der Sichte bei uns. Wenn wir ihm sagen würden, dass er ein halbes Jahr vor dem Fest mit planen beginnen darf, da würde er sofort antworten, dass dies ein Ding der Unmöglichkeit sei. Ich weiss, dass viele Sachen wie z.B. Bühnen, Bands usw. frühzeitig reserviert werden müssen. Das kann man nicht kurzfristig machen. Wenn der Posten Jugendfestauslagen gekürzt werden soll, dann müssen wir das frühzeitig kommunizieren. Das würde heissen, dass beim nächsten Jugendfest nur Fr. 30'000 zur Verfügung stehen werden. Sollte heute kurzfristig das Budget gekürzt werden, so wäre das gegen Treu und Glauben der engagierte Gruppe Jugendfest gegenüber. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Peter Marten: Die Finanzkommission sagte, der Budgetpost Jugendfestauslagen sei um Fr. 20'000 zu kürzen. Wir haben nicht gesagt, es sei verboten nach zusätzlichen Finanzierungsquellen zu suchen. Das wurde bereits am letzten Jugendfest gemacht. Es wurde nicht von allen am letzten Jugendfest geschätzt. Aber ich habe einmal gelernt, wenn man nicht fragt, bekommt man auch keine Antwort.

Wenn ich etwas bei der Politik nicht schätze, dann ist es, wenn ich vor ein *Fait accompli* gestellt werde. Dann ist prozessual etwas falsch gelaufen, denn man kann nicht planen, ohne das Geld zu haben. Sollte der Antrag der Finanzkommission nicht unterstützt werden, dann liegt meine Minimalerwartung darin, den Prozess für ein nächstes Mal genauer anzuschauen. So kann es nicht laufen. Zuerst muss das Geld gesprochen werden, dann kann geplant werden. Bei allem Respekt der bereits geleisteten Arbeit, welche ich in keiner Art und Weise anzweifle oder kritisiere, doch hier stimmt der Prozessablauf nicht.

Ueli Zulauf: Ich gebe dir grundsätzlich recht. Aber es war bis jetzt so, der Prozess war so aufgeleitet. Wir müssen zuerst den Prozess ändern. Im Budget ist die Summe vorgegeben. Das Komitee hat seine Arbeit mit der Erwartung begonnen, dass das Geld im Rahmen der Vorjahre vorhanden ist. Es sind nun strategische Entscheidungen notwendig, auf einem tieferen Niveau ein kleineres Jugendfest durchzuführen. Dann kann sich das OK entsprechend darauf einstellen und arbeiten. Aber die heutige Arbeitsgruppe ging von der Ausgangslage aus, dass das Budget wie in vorangegangenen Jahren zur Verfügung stehe. Darum finde ich, dass der Budgetposten so belassen werden sollte wie bisher. Die neue Arbeitsgruppe kann dann ein Konzept Jugendfest mit nur einem Tag ausarbeiten. Ich bin der Meinung, dass wir den Antrag der Finanzkommission ablehnen sollen.

Patrick Hehli: Die Feststellung, dass nicht fremde Sachen den Takt vorgeben sollen, ist schon richtig. Aber ein anderes Beispiel ist der Spielplatz Nüechtal. Von politischer Seite wurde versprochen, dies weiterzuführen. Es ist im Finanz- und Investitionsjahr in diesem Jahr enthalten. Es ist auch ohne Geld etwas in Bewegung gesetzt worden.

Als zweites möchte ich anführen, dass wir von Fr. 50'000 sprechen. Wir haben ca. 1'000 schulpflichtige Kinder in unserer Gemeinde. Sie können selber ausrechnen, welche Kosten auf ein einzelnes Kind fallen würden. Wenn wir das nicht mehr finanzieren können, dann müssen wir sofort die heutige Sitzung beenden und das Budget wirklich zurückweisen.

Markus Renggli: Der Vergleich mit der Sichte stimmt nicht ganz. Wir haben gemäss meinen Erinnerungen nie eine Defizitgarantie seitens der Gemeinde für die Sichte erhalten. Wir haben nie Geld gebraucht. Das Risiko lag bei uns.

Daniel Meier: Als Sichlete-OK habe ich betr. Planung Erfahrung. Wir haben zwei Jahre vorher mit der Planung begonnen. Es ist wichtig. Das Jugendfest findet nächstes Jahr statt. Eine heutige Kürzung des Budgets können wir dem OK nicht antun. Und der Hinweis, Sponsoren zu finden, ist zu spät. Eine Aufgleisung und das Suchen von Sponsoren muss viel früher erfolgen. Jetzt steht die Weihnachtszeit vor der Türe und dann sind wir schon im neuen Jahr im Januar/Februar. Die Budgets müssen alle vorher abgeschlossen sein. Es ist klar ein Planungsfehler im System. Eigentlich müssten wir uns jetzt schon Gedanken wegen der Badenfahrt machen, ob wir Fr. 50'000, Fr. 20'000 oder gar nichts budgetieren sollen. Diese Diskussion müssen wir jetzt führen, damit entsprechende Kommunikationen möglich sind. Solche Feste müssen 2 oder 3 Jahre vorher mit ihren Planungen beginnen.

Peter Huber: Ich habe an der Info-Veranstaltung vom OK Jugendfest teilgenommen. Die Situation ist einfach die, dass wir als Verein immer mitgemacht haben. Bis jetzt war es so. Jetzt sind wir genau wieder an diesem Punkt. Es ist wirklich so, dass das OK damit rechnet, dass der Budgetbetrag gekürzt wird. Das OK weiss, dass das Jugendfest nur ein Tag dauern wird. Dann sind die Vereine nicht dabei. Machbar ist das Jugendfest trotzdem. Das OK ist sich dessen bewusst, wir haben darüber an der Info-Veranstaltung diskutiert. Das OK rechnet nicht fest mit Fr. 50'000. Die Rechnung ist ganz einfach: wenn Fr. 50'000 zur Verfügung stehen, dann dauert das Jugendfest 2 Tage, stehen nur Fr. 30'000 zur Verfügung, dann dauert das Jugendfest nur 1 Tag. Die Kinder können auf jeden Fall an einem Jugendfest teilnehmen.

Abstimmung

Antrag 9 der Finanzkommission: Konto 2191.3170.23 Jugendfestauslagen: Das Konto ist um Fr. 20'000 zu reduzieren auf neu Fr. 30'000. Dieser Antrag wird mit 18 Ja- zu 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Peter Marten: Ich muss jetzt ein Ordnungsantrag stellen. Ich akzeptiere den Entscheid. Ich habe nur etwas Mühe mit dem Auszählen der Stimmen. Vielleicht wäre es sinnvoll festzulegen, wer welchen Teil der Anwesenden auszählen hat. Es muss möglich sein, ein Abstimmungsergebnis beim ersten Mal zu ermitteln.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Patrick Hehli: Konto 3290.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Konto 3290.3636.03 Beiträge an private Organisationen (Kulturszene) und Konto 3290.3636.04 Beiträge an private Organisationen (Kulturkommission): die Beiträge sind um je 5 % zu reduzieren.

Dieter Martin: Bei den vorgenannten Organisationen handelt es sich um Kommissionen, welche zum Beispiel Auftritte im Unterboden organisieren. Es handelt sich um Beiträge, welche die Kulturkommission für entsprechende Anträge nutzt. Ich kann nicht mehr dazu sagen. Es sind verschiedene Antragsteller.

Stefan Semela: Ich schlage vor, wir stimmen in einem Antrag ab.

Peter Marten: Ich möchte noch einige Informationen abgeben, damit wir uns ein Bild machen können, wer und was von einer Kürzung betroffen sein kann. Erstaunlicherweise ist die Jugendmusik Allegro mit Fr. 1'000 enthalten, Siggenthaler Jugendchor Fr. 1'000, Kulturstiftung Argovia Fr. 200, Theaterstiftung Baden Fr. 10'000, Aargauer Sinfonieorchester Fr. 3'000, diverse Kleintheater u.a. Siggenthaler Jugendchor mit Fr. 3'000, Kindermuseum Baden, Finkenclöpfer Fasnachtsbeitrag, Fest der Nationen, Zauberlaterne. Das sind einige Posten, welche im Betrag von Fr. 32'900 enthalten sind.

Ueli Zulauf: Ich würde auch hier sagen, es ist nicht sachgerecht, wenn man einfach mit der Rasenmäher Methode 5 % kürzt. Ich finde, die zukünftige Arbeitsgruppe soll darüber entscheiden, ob bei der Kultur gekürzt werden soll und wann und wo. Aber einfach 5 % pauschal zu kürzen, finde ich nicht so gut. Ich nehme an, Peter Marten, dass du eine pauschale Kürzung auch nicht begrüsst. Die Kürzungen sollten gezielt erfolgen. Ich bin gegen den Antrag der SVP und bitte Euch den Antrag abzulehnen.

Marcel Müller: Wir vertreten natürlich auch nicht die gleiche Auffassung wie eure Seite. Natürlich kann linear gekürzt werden, man kann gezielt kürzen, man kann auch ganze Budgetposten streichen. Wir stellen einfach fest, dass heute von der SP/Grüne noch kein Sparantrag unterbreitet wurde. Es sei erlaubt die Frage zu stellen, welche Sparanträge erfolgen von eurer Seite bis zum Ende der heutigen Sitzung? Auch ihr müsst zeigen, wo und wie ihr sparen wollt. Wir sollen Farbe bekennen und jetzt kommen wir mit Sparvorschlägen. Und nun heisst es, das und dies wollen wir nicht. Bringt selber einige Sparvorschläge.

Patrick Hehli: Ich habe es zu Beginn gesagt. Ich mache dieses Spiel auch nicht so gerne. Ich muss morgen auch zur Arbeit. Aber unsere Idee wäre gewesen, über das Konto 3636 global 5 % zu sparen. Das hätte insgesamt Fr. 128'000 betragen. Doch diese Vorgehensweise gehe nicht, obwohl wir es letztes Jahr mit 10 % probiert haben, aber zugegebener Massen zu hoch. Deshalb versuchen wir es dieses Jahr mit 5 % und stellen jeden Antrag separat. Wir bekennen Farbe, auch wenn es sich teilweise um kleine Beträge handelt. Sparen tut weh, es muss allen wehtun.

Peter Marten: Ich sehe beide Seiten. Irgendwie müssen wir nun versuchen, wieder einen Schritt rückwärts zu gehen zu einem gesunden Pragmatismus. Fakt ist, dass es sich um Organisationen handelt, welche jahrelang Geld von Obersiggenthal erhalten haben. Jetzt kann durchaus gesagt werden, was 10 Jahre dauerte muss nicht unbedingt ein weiteres 11. Jahr bedeuten. Das haben wir beim Jugendfest gehört. Es kommt bei den Organisationen nicht gut an, wenn Knall auf Fall die Beiträge gekürzt werden. Die Organisationen bekämen im November ein Schreiben, in welchem darüber informiert wird, dass neu Beiträge für das nächste Jahr gekürzt werden. Natürlich, es ist machbar. Ich finde es, ehrlich gesagt, keine elegante Lösung. Dem kann entgegengehalten werden, es gehe nicht um eine elegante Lösung sondern um Sparmassnahmen. Aber man sollte einander immer in die Augen schauen können. Ich bin gegen den Antrag der SVP. Ich finde, man sollte die Thematik aufnehmen und diskutieren, welche Schwerpunkte zu setzen sind und nicht einfach linear 5 % zu kürzen.

Markus Renggli: Wenn man die Liste betrachtet, gibt es seltsame Zahlen.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion betr. das Konto 3290.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Konto 3290.3636.03 Beiträge an private Organisationen (Kulturszene) und Konto 3290.3636.04 Beiträge an private Organisationen (Kulturkommission): Die Beiträge sind um je 5 % zu reduzieren von insgesamt Fr. 3'915. Dieser Antrag wird mit 11 Ja- zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Willi Graf: Geschätzte Damen und Herren. Im Namen der Finanzkommission stelle ich den Antrag, dass das Konto 3410.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. um Fr. 12'000 zu streichen sei. Wir beantragen die Streichung für die Einführung eines Rapport-systems.

Willi Graf: Hier ist ein weiterer Antrag der Finanzkommission: das Konto 3410.3144.00 Unterhalt Hochbauten: Das Konto ist um Fr. 8'000 zu reduzieren. Die Finanzkommission beantragt die Streichung für den Ersatz einer neuen Match-Uhr in der Dreifachhalle, weil die alte Match-Uhr noch funktionstüchtig ist.

Dieter Martin: Ich nehme Stellung zum Konto Honorare, externe Berater im Betrag von Fr. 12'000. Wie bereits erwähnt handelt es sich um die Einführung eines Rappportsystems. Wir haben einen Auftrag erteilt, die Analysen bei den Hausabwarten weiterzuführen. Letztes Jahr hat der Einwohnerrat diesen Antrag gestrichen. Der Gemeinderat kam aber im Laufe des Jahres zum Schluss, die Analyse trotzdem zu machen. Die Finanzkommission wartet sehnsüchtig auf die Auswertungen und die Resultate. Die Resultate werden u.a. Standards darstellen, um die Anlagen inskünftig im gleichen Standard bewirtschaften zu können. Damit auch im Sinne einer Kostenstellenrechnung Auswertungen möglich sind, sind wir darauf angewiesen, unser heutiges Zeiterfassungssystem anzupassen. Wir sind nicht in der Lage, Auswertungen zu machen. Wie bereits erwähnt hat letztes Jahr der Einwohnerrat aufgrund des Antrages der Finanzkommission unseren Antrag abgelehnt und die Analyse wurde gestrichen. Da nach wie vor ein Bedürfnis besteht, hat der Gemeinderat trotzdem den Auftrag erteilt. Ich beantrage heute, unserem Antrag zuzustimmen. Wir bleiben sonst auf halber Strecke stehen und können die Analyse nicht beenden, weil dann die Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Marie Louise Nussbaumer Marti: Das Konto 3410.3144 beträgt Fr. 79'900; darin ist die Match-Uhr enthalten. Auf Seite 11 sehen Sie das Konto detailliert dargestellt. Diese Zahl ist falsch. Als erstes ist dort die Addition falsch. Es müsste anstelle von Fr. 79'900 bei richtigem Zusammenzählen Fr. 84'400 heissen. Es hat sich ein Fehler eingeschlichen und der muss als erstes korrigiert werden. Dann haben wir die Beleuchtung vom Fussballplatz im Betrag von Fr. 12'500 herausgestrichen. Diese Anmerkungen sind Korrekturen. Der Antrag betr. Match-Uhr erfolgte seitens der Sportkommission. Hier hält der Gemeinderat daran fest. Wir sind der Meinung, dass immer mehr einzelne Lämpchen nicht mehr leuchten. Die Match-Uhr ist wichtig. Auch bei der Konferenz der Vereinsvorstände wurde dies diskutiert und gewünscht, die Match-Uhr anfangs nächstes Jahr endlich anzuschaffen. Wir verzichten aber auf die Anschaffung einer zweiten Uhr auf den anderen Seite. Der Wunsch hätte bestanden, warum, weiss ich nicht. Es gibt während einem Spiel wohl brisante Phasen, wo es wichtig wäre zu sehen, wieviel Zeit noch zur Verfügung steht. Ich bitte Sie, den Betrag von Fr. 8'000 für die Anschaffung einer Match-Uhr im Konto zu belassen.

Abstimmung

Antrag 10 der Finanzkommission betr. Konto 3410.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.: der Betrag von Fr. 12'000 für die Einführung eines Rappportsystems ist zu streichen. Dieser Antrag wird mit 35 Ja- zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 12 der Finanzkommission betr. Konto 3410.3144.00 Unterhalt Hochbauten: Der Betrag von Fr. 8'000 für eine neue Match-Uhr in der Dreifachturnhalle sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 37 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung angenommen.

5 Soziale Sicherheit

Patrick Hehli: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Beiträge im Konto 5350.3636.00 Leistungen an das Alter, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, sind um 5 % zu reduzieren.

Dieter Marin: So wie es aussieht, bestehen Verträge. Wir müssen zuerst den Vertrag studieren und prüfen, ob allenfalls Kündigungsfristen bestehen. Das sind Beiträge an die Pro Senectute, die bezahlt werden für Beratungen für unsere Senioren.

Ueli Zulauf: Geht es um 5 % von Fr. 32'000?

Stefan Semela: Die Reduktion würde Fr. 1'600 betragen.

Abstimmung

Antrag der SVP betr. Konto 5350.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: die Beiträge sind um 5 % um Fr. 1'600 zu reduzieren. Dieser Antrag wird mit 13 Ja- zu 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung abgelehnt.

Patrick Hehli: Eine Frage zum Konto 5451.3635. Auf Seite 13 steht folgendes: Beiträge an private Unternehmen: der Gemeinderat richtet sich nach dem Budget des Krippenpools Gemeinden Wettingen, Baden, Ennetbaden, Obersiggenthal. Die Nachfrage bleibt stabil. Auf der Homepage steht: Kinderkrippe Strübelihuus freie Plätze. Für mich stimmt hier etwas nicht. Einerseits muss inseriert werden, dass freie Plätze vorhanden sind und andererseits haben wir jahrelang gehört, dass eine grosse Nachfrage nach Plätzen besteht und die Nachfrage stabil hoch bleibe. Ich erwarte eine Antwort.

Walter Vega: Es geht bei den ausgeschriebenen Plätzen vor allem um Säuglingsplätze. Es liegt eine Betriebsbewilligung vor, da das Platzangebot erweitert wurde. Die heutigen Babys sind dann beim Bezug des Goldlandes grösser und brauchen dann weiterhin einen Platz. So werden die Plätze im Goldland besser genutzt. Mit diesem Angebot können die Babys in unserer Gemeinde bleiben, sonst würde dann in eine andere Krippe gewechselt werden. Wir können nun beides anbieten.

Brigitte Schmid: Also mit anderen Worten, man hat Angst, dass das Goldland nicht mit genügend Kindern besetzt werden kann?

Walter Vega: Nein, keine Angst. Es handelt sich um einen Planungsprozess, welcher bereits heute in Angriff genommen wird, um sicherzustellen, dass im Goldland eine möglichst hohe Auslastung ausgewiesen wird.

Patrick Hehli: Es ist schwierig für dich, weil du das Geschäft ja neu übernommen hast. Doch es ist schon Tatsache, dass jahrelang der Eindruck vermittelt wurde, die Nachfrage sei enorm. Und jetzt dies. Ich möchte einfach nochmal festhalten, dass ich die ganze Sache etwas zwiespältig empfinde.

Franziska Grab: Ich muss intervenieren. Die Säuglingsplätze fehlen. Die Nachfrage nach Säuglingsplätzen ist gross. Wenn wir diese nicht anbieten können, gehen die Leute in die Nachbargemeinden wie Wettingen oder Baden. Tatsache ist, wenn dein Säugling in einer Krippe platziert ist, dann lässt du das Kind dort und nimmst es nicht aus der vertrauten Umgebung heraus, sondern lässt das Kind dort bis zur Einschulung. Wir möchten ein Angebot anbieten können und deshalb wurde die Betriebsbewilligung eingeholt zur Erhöhung der Säuglingsplätze, damit die Leute ihre Kinder in unsere Gemeinde bringen. So ist das Umfeld im Goldland bereits vertraut.

Patrick Hehli: Konto 5790.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: die Beiträge sind um 5 % das heisst um Fr. 1'114 zu reduzieren.

Dieter Marin: Es geht um Beiträge an private, Organisationen wie Hope, Frauenhaus, Schuldenberatungsstelle Aargau, Verein Gnadenthal, gemeinnütziger Verein, Rotes Kreuz, Aktion Mitmensch, Stiftung Behinderte Wettingen, Murimooos, etc. Das sind sozial aktive Institutionen, welche wir unterstützen. Der grösste Betrag geht an Hope, Baden, welche grosse Dienstleistungen für Sozialabhängige erbringt.

Abstimmung

Antrag der SVP betr. Konto 5790.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: die Beiträge sind um 5 % um Fr. 1'114 zu reduzieren. Dieser Antrag wird mit 9 Ja- zu 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung abgelehnt.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Ursula Haag: Ich stelle im Namen der Finanzkommission den Antrag Konto 6150.3141.00 Unterhalt Strassen/Verkehrswesen: Das Konto ist um Fr. 12'700 für die Ausbesserung der Naturstrasse Böndler (via Hagwis) nach Tromsberg zu reduzieren.

Christian Bossard: Zuerst eine Frage bevor ich einen Antrag stelle: 6150.3141.01 Unterhalt Strassenbeleuchtung. Wir stehen ja in einem Vertrag mit der EGS über Fr. 43'500. Wir ersetzen ja die bestehende Strassenbeleuchtung und wir bezahlen seit Jahren den gleichen Betrag. Es müsste doch eigentlich eine Anpassung nach unten erfolgen? Es ist möglich, dass der bestehende Vertrag noch läuft. Deshalb stellte ich noch keinen Streichungsantrag. Aber eigentlich müsste man doch davon ausgehen, dass der Unterhalt massiv reduziert wird.

Marie Louise Nussbaumer Marti: Wir haben schon von 84 auf 67 reduziert. Die Umstellung beginnt erst. Ich muss den Vertrag zuerst studieren.

Franziska Grab: Wir bezahlen nur den effektiven Unterhalt, keine Pauschale.

Christian Bossard: Wir bezahlen also nur den effektiven Unterhalt?

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Der Aufwand wird in Rechnung gestellt.

Christian Bossard: Wir haben schon die Hälfte investiert. Gemäss Investitionsplan haben wir schon Fr. 400'000 investiert.

Peter Marten: Konto 6150.3144.00 Unterhalt Hochbauten. Die Finanzkommission beantragt, das Konto um Fr. 46'000 für die Erneuerung des Velounterstands im Markthof zu reduzieren. Der Gemeinderat soll mit den Eigentümern des Markthofs über eine Kostenbeteiligung verhandeln. Dass ein Handlungsbedarf bei diesem Veloständer besteht, steht bei der Finanzkommission ausser Frage. Aber wir sind nicht einverstanden mit den getätigten Vorbereitungen.

Christian Keller: Eine Bemerkung zur Naturstrasse Böndler. Das Problem bei den Naturstrassen besteht darin, wenn man bei nasser Witterung mit dem Auto die Strasse befährt. Ich schlage vor, man erlässt dort ein Fahrverbot mit Zubringerdienst und Landwirtschaft gestattet. Dann kosten uns solche Naturstrassen viel weniger.

Zum Velounterstand beim Markthof. Uns ist allen bekannt, dass der Markthof mit grossen Plakaten um Kunden wirbt mit dem Hinweis, wir bieten gratis Parkplätze an. Gratis ist nichts, das wissen wir. Die Parkplätze müssen indirekt durch alle finanziert werden, also auch von den Fussgängern oder Velofahrern. Besonders stossend ist, dass für Velofahrer überhaupt keine vernünftigen Parkierungsmöglichkeiten bestehen. Der einzig vorhandene Velounterstand ist marode, wurde damals durch die Gemeinde bezahlt und wurde seither von der Gemeinde

unterhalten. Wir unterstützen den Antrag der Finanzkommission, den Betrag für die Erneuerung des Velounterstandes herauszustreichen. Wir begrüssen es, dass die Finanzkommission den Gemeinderat auffordert, Gespräche mit der Markthofvereinigung aufzunehmen. Wir möchten dem Gemeinderat Ziele für die Gespräche mit der Markthofvereinigung vorgeben: 1. Die Erarbeitung eines zeitgemässen Veloparkierkonzeptes. Und 2. die bestehende Vereinbarung, welche die Gemeinde mit der Post hat über die kleine Fläche, aufzulösen und die Veloparkierung der Verantwortung der Markthofführung zu überführen. Genauso, wie der Gemeinderat das mit der Schulstrasse gemacht hat, indem sie die Strasse verkaufte.

Stefan Semela: Ist das eine Motion?

Christian Keller: Kann ich das als Antrag abgeben?

Stefan Semela: Wir stehen in einer Budgetdebatte. Wir können das nicht als Antrag behandeln. Doch wir können das dem Gemeinderat mitgeben zusammen mit dem Streichungsantrag. Ist das in Ordnung für dich?

Christian Keller: Wenn es verbindlich ist, dann ist es in Ordnung.

Patrick Hehli: Mein Antrag, dass der Personalausflug an einem Samstag durchgeführt werden soll, konnte auch nicht gestellt werden.

Stefan Semela: Sollte der Antrag der Finanzkommission angenommen werden, können die guten Gedanken dem Gemeinderat mitgegeben werden. Ist das in Ordnung?

Marie-Louise Nussbaumer Marti: Natürlich werden wir das Gespräch mit dem Markthof suchen. Doch wir machen Ihnen nicht zu grosse Hoffnung. Wir können den Vertrag kündigen. Das Resultat wird sein, dass wir keine Veloständer mehr haben. Dann müssen Sie selber Druck machen. Doch es wird ein schwieriges Unterfangen.

Franziska Grab: Ich möchte noch einige Ergänzungen zur Naturstrasse Böndler anbringen. Wir haben diesen Posten bereits letztes Jahr aus dem Budget gestrichen. Es zeichnet sich einfach ab, dass die Landwirte Ertragsausfälle haben, weil das Wasser auf die Felder abfließt. Das hat nichts mit Fairness zu tun, dass man jedes Jahr die Naturstrassen aus dem Budget streicht und sagt, die Landwirte sollen selber schauen, wie sie ihre Ertragsausfälle finanzieren. Es hat massive Schlaglöcher und das Wasser sammelt sich an und das Wasser fließt dann auf die Felder ab. Irgendeinmal müssen die Naturstrassen in Stand gestellt werden, damit das anfallende Wasser dorthin abfließt, wo es muss.

Zu den Velounterständen beim Markthof muss ich einfach festhalten, dass bei einer allfälligen Streichung heute Abend, aus sicherheitstechnischer Sicht geprüft werden muss, ob nicht die Glasscheiben demontiert werden sollten, um einen Unfall zu verhindern. So wäre der Velounterstand nicht mehr gedeckt.

Abstimmung

Antrag 13 der Finanzkommission 6150.3141.00 Gemeindestrassen, Unterhalt Strassen / Verkehrswege: Der Betrag von Fr. 12'700 für die Ausbesserung der Naturstrasse Böndler (via Hagwis) nach Tromsberg sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 26 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung angenommen.

Antrag 14 der Finanzkommission 6150.3144.00 Gemeindestrassen, Unterhalt Hochbauten: Der Betrag von Fr. 46'000 für die Erneuerung des Velounterstands im Markthof sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 38 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Willi Graf: Geschätzte Damen und Herren. Ich stelle im Namen der Finanzkommission den Antrag, das Konto 7410.3142.00 Gewässerverbauung, Unterhalt Wasserbau (Allgemein, Bach etc.): Das Konto ist um Fr. 18'000 zu reduzieren. Der Betrag von Fr. 18'000 für die Rodungsarbeiten Niklausgraben sind zu streichen. Die Finanzkommission fordert den Gemeinderat auf, nach einer günstigeren Lösung mit den Rodungsarbeiten zu suchen.

Franziska Grab: Hier einige Ausführungen zur ganzen Angelegenheit. Der Niklausgraben ist eigentlich ein kleines Waldstück. Da dort ein kleiner Bach durchfließt, wird dieses Stück zur Gewässerverbauung eingeteilt. Wir haben seitens des Kantons einen Auftrag, das Landstück zu bewirtschaften, damit das Gewässer geschützt ist. Im Moment präsentieren sich die gesamten Rodungsarbeiten mit Kosten von Fr. 30'000 und wir müssen als Dekret vom Kanton Fr. 18'000 übernehmen. Wir haben das Problem, dass links und rechts davon Häuser stehen. Wir sind gefordert, eine Lösung zu finden, diese gefälltten Bäume abtransportieren zu können. Entweder es steht ein Helikopter zur Verfügung oder die Bäume werden stückweise abtransportiert. Doch hier stellt sich das Problem über das Hinausführen. Mit dem Kanton wurde eine Grobrechnung erarbeitet und deshalb sind die Fr. 18'000 enthalten. Selbstverständlich sind wir bemüht, die kostengünstige Methode mit dem Kanton anzustreben. Wenn wir dies nicht machen, dann werden wir nächstes Jahr wieder über das Gleiche diskutieren. Es wird nur noch schlimmer. Wir sind haftbar, wenn ein Baum auf ein Haus fallen würde.

Christian Keller: Auf dem Plan beim Niklausgraben ist ja Wald ausgewiesen. Warum durfte man so nahe an den Wald hin bauen? Die Liegenschaft, welche betroffen ist, ist relativ neu und wurde vor 6 bis 7 Jahren gebaut? Kann man die Bäume nicht einfach im Bachtobel belassen? Es hat ja nie viel Wasser. Es besteht keine Gefahr, dass das Wasser gestaut wird oder Probleme verursachen könnte. Ich sehe nicht ein, weshalb das Holz abgeführt werden soll. Ich sehe aber ein, dass etwas unternommen werden muss, weil Äste herunterfallen können und es dort einen öffentlichen Fussweg hat. Die Gemeinde wäre haftbar.

Franziska Grab: Wir können das Holz nicht einfach liegen lassen. Wir haben vom Hochwasserschutz her die Verpflichtung, dass Gewässer bzw. die Bäche offen gelassen werden müssen. Die Vorschriften bezüglich Abstand zur Gewässerzone sind anders als die Abstandsvorschriften bezüglich Abstand zum Wald. Die Details zur damaligen Bewilligung für das Haus mit diesem Abstand sind mir nicht bekannt. Wir sind verpflichtet, zusammen mit dem Kanton die Gewässer freizuhalten. Sollte ein Hochwasser kommen, dann würde keine Versicherung bezahlen.

Antrag 15 der Finanzkommission 7410.3142.00 Gewässerverbauung, Unterhalt Wasserbau (Allgemein, Bach etc.): Der Betrag von Fr. 18'000 für die Rodungsarbeiten Niklausgraben sind zu streichen. Dieser Antrag wird mit 18 Ja- zu 15 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung angenommen.

Daniela Graubner: Geschätzte Damen und Herren, ich stelle im Namen der Finanzkommission den Antrag, der Gemeinderat hat sich ja dazu einverstanden erklärt, Konto 7710.3144.00 Unterhalt Hochbauten Friedhof und Bestattungen, das Konto um Fr. 7'500 zu reduzieren. Wir beantragen die Streichung des Betrages für den Ersatz Schliessanlage.

Stefan Semela: Das ist ja der Antrag Nummer 16 der Finanzkommission, welcher vom Gemeinderat bereits angenommen wurde. Wir müssen nicht mehr darüber abstimmen.

9 Finanzen und Steuern

Peter Marten: Die Finanzkommission beantragt, Konto 9901.3111.00 Bauamt/Baudienst, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Das Konto ist um Fr. 10'000 zu reduzieren. Die Finanzkommission beantragt die Streichung von Fr. 10'000 für die Anschaffung eines Occasions-Teer-Wägelis. Wir sind der Meinung, dass man dies nach wie vor auf dem freien Markt mieten kann.

Urs Müller: Ich möchte zu diesem Sparantrag etwas sagen. Lasst uns sparen und den Betrag nicht streichen. Denn etwas, das in 4 Jahren amortisiert ist, ist nicht wirklich eine Einsparung. Wir belassen den Posten, dann steht dem betreffenden Baudienst das Teer-Wägelis jederzeit zur Verfügung. Man kann dann kleinere Reparaturen auf den Strassen vornehmen.

Franziska Grab: Der aufgeführte Betrag ist natürlich ein Maximalbetrag. Wir versuchen natürlich ein Occasions-Wägelis zu finden. Die Miete eines Teerwägelis kostet pro Jahr Fr. 2'400. Somit wäre das Wägelis in 4 Jahren amortisiert.

Antrag 18 der Finanzkommission 9901.3111.00 Bauamt/Baudienst, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge: Der Betrag von Fr. 10'000 für den Kauf eines „Tee-„Wägelis“ sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 15 Ja- zu 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung abgelehnt.

Investitionsrechnung

Stefan Semela: Wir kommen zu der Investitionsrechnung. Wie bereits früher erwähnt sind in der Investitionsrechnung nur bereits bewilligte Positionen enthalten.

Das Wort wird nicht verlangt.

Stellenplan

Stefan Semela: Wir kommen zum Stellenplan. Hier zur Klarheit: Der Gemeinderat hat die Pensionserhöhung von 0.85. % beim vorliegenden gedruckten Stellenplan beim Jugend- und Schulsozialdienst, bereits zurückgezogen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Eigenwirtschaftsbetrieb

Stefan Semela: Es besteht nun die Möglichkeit, Fragen zu stellen zu den Eigenwirtschaftsbetrieben (Spezialfinanzierungen), insbesondere wegen der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m3 gemäss dem Wasserverbrauch (Wasserversorgung / Fr. 2.00/m3), Beibehaltung der Benützungsg Gebühr pro m3 gemessenen Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung /Fr. 1.80 m3) und Beibehaltung der Kehrrechtgebühren.

Das Wort wird nicht verlangt.

Stefan Semela: Sie sehen auf Seite 2 den Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss um 7 % zu erhöhen, von 98 % auf 105 %. Der Gegenantrag der FDP lautet, den Steuerfuss um 5 % zu erhöhen, von 98 % auf 103 %. Bevor wir über das Gesamte abstimmen, müssen wir die Steuerfusserhöhung zuerst bereinigen. Wir führen eine Abstimmung durch mit einer Erhöhung auf 103 % und eine Abstimmung mit einer Erhöhung auf 105 % durch. Die Abstimmung mit dem höheren Stimmenanteil obsiegt dann und wird für die Schlussabstimmung beigezogen.

Christoph Villiger: Die Begründung, welche von der FDP angebracht wurde, dass wir die Erhöhung um nur 5 % sehen aufgrund der Angaben seitens der Finanzkommission plus die gemeinderätlichen Kosteneinsparungen, welche jetzt passiert sind, sind zum grössten Teil erfolgt. Der Einwohnerrat sagte grösstenteils ja zu diesen Sparmassnahmen. Wir sind unverändert der Meinung, dass eine Steuererhöhung von nur 5 % nach wie vor vertretbar ist. Auch 5 % Steuererhöhung ist eine deutliche Steuererhöhung. Wir sind nach wie vor der Meinungen, einen Beitrag zu leisten und gleichzeitig auf der anderen Seite den Spardruck nach wie vor entsprechend zu gewichten.

Linus Egger: Herr Präsident. Wir vom Gemeinderat und von der Finanzkommission brauchen 7 % und zwar dringend. Wenn ich heute etwas zugehört habe, hatte ich oft den Eindruck, wir legen den Steuerfuss nur für ein Jahr fest. Dem ist nicht so. Der Steuerfuss sollte für mehrere Jahre konstant bleiben. Wir brauchen 7 %, und es steht trotzdem nach wie vor ein grosser Spardruck im Raum. Auch bei den Investitionen. Wir müssen den Selbstfinanzierungsgrad heben. Wir müssen einerseits höhere Einnahmen haben, den Aufwand müssen wir senken und die Investitionen sind auch noch ein Thema. Das ist keine Augenwischerei. Wir brauchen 7 % und ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Brigitte Schmid: Geschätzte Anwesenden. Ich unterstütze die 7 % obwohl ich mich frage, ob die 7 % beim Volk durchkommen werden. Ich habe grosse Bedenken. Linus, hast du Hoffnung, dass die Obersiggenthaler Bevölkerung einer Steuerfusserhöhung von 7 % zustimmen wird?

Linus Egger: Eine Zusicherung haben wir nicht, egal ob 7 %, 5 % oder etwas anderes. Eine Steuerfusserhöhung ist immer emotional. Und jetzt zeigt sich, wie unser Antrag durchkommt. Ich hoffe, wir konnten heute aufzeigen, wo die Probleme liegen. Es liegt an den Steuereinnahmen. Wir haben bei den natürlichen Personen gegen Fr. 2 Mio. weniger Steuereinnahmen. Die Fr. 1.5 oder 1.6 Mio. sind das Delta über allem. Wenn die Grundstückgewinnsteuern auch nicht mehr überschüssen, dann sprechen wir nicht mehr von Fr. 1.5 Mio. sondern gegen Fr. 2 Mio. Das ist so, und ich habe es in der Rechnung 2014 schon erwähnt, dass sich die Rechnung 2015 so präsentieren wird. Vor allem im Gesundheitswesen werden die Kosten steigen. Wir können nichts dagegen unternehmen. Ich weiss jetzt schon, dass beim Kanton gewisse Tarife angepasst werden, nicht nach unten sondern nach oben bei den Heimen. Das schlägt auf uns durch. Überall, wo sich Patienten oder Klienten in den Heimen oder Spitälern aufhalten, da bezahlen wir einen Beitrag. Wenn ich nicht 100 % davon überzeugt wäre, dass wir die 7 % brauchen, dann würde ich diese nicht so intensiv vertreten.

Patrick Hehli: Ich möchte jetzt nicht tönen wie Pflästerlipolitik. Ich persönlich gebe 7 % beim Stimmbürger keine grosse Chance. Wenn das vom Volk abgelehnt wird, dann haben wir immer noch einen Steuerfuss von 98 %. Wir sind uns mittlerweile alle einig, dass 98 % definitiv zu tief ist. Ich möchte beliebt machen, im Antrag der FDP eine Steuerfusserhöhung um 5 % vorzunehmen. So haben wir eine Chance, dass dies einigermaßen vom Stimmbürger akzeptiert werden kann, selbst da habe ich noch Zweifel. Dann haben wir wenigstens etwas. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass an der heutigen Sitzung viele kleine Posten gekürzt oder gestrichen wurden, nicht alles. Aber viele kleine Posten bilden auch einen ansehnlichen Betrag. Ich bin überzeugt, es besteht nach wie vor noch Sparpotenzial, nicht mehr viel, das sehe ich auch realistisch, aber ich denke, die Arbeitsgruppe kann nochmals über die Bücher. Die wird bestimmt etwas finden. Dann haben wir eine noch grössere Handhabung. Wir können sagen, wir sind einen Schritt vorwärts gegangen, nicht ganz dahin, was wir am Anfang wollten. Aber mit der Arbeitsgruppe sind wir zum Resultat XY gekommen. Ich bitte wirklich, dem Antrag der

FDP zuzustimmen und den Steuerfuss nur um 5 % auf 103 % zu erhöhen. In Anbetracht dessen wiederhole ich nochmals, im letzten Jahr hat noch niemand von so grossen Zahlen reden wollen. Da sprach man von 2 %. Diejenigen, die sagten, das reiche nie und nimmer, wurden belächelt.

Brigitte Schmid: Wir müssen beim Stimmbürger Überzeugungsarbeit leisten. Wie soll das geschehen? Einfach Leserbriefe in den Zeitungen?

Linus Egger: Bei jeder Steuerfusserhöhung muss Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das ist nicht einfach und ist emotional. Ich würde auch lieber sagen, wir gehen 7 % runter. Wir brauchen jetzt 7 %. Wir haben heute nicht nur gespart. Wir haben Investitionen geschoben. Der Gemeinderat hat dies bereits mit der Finanzkommission schon gemacht. Ich habe es zusammengezählt, was wir an den Sitzungen mit Gemeinderat und Finanzkommission und der Abteilung Bau und Planung geschoben haben; der Betrag beläuft sich auf gegen eine halbe Million Franken. Der Unterhalt weist mit Fr. 1.5 und Fr. 2 Mio. einen eher bescheidenen Wert auf bei einem Gebäudewert aller Liegenschaften von Fr. 111 Mio. Wir haben bereits einmal die Situation, dass immer geschoben wurde. Plötzlich hat uns eine finanzielle Welle von Fr 300'000 bis Fr. 400'0000 erwischt. Was der Gemeinderat nicht wollte, war eine Salamitaktik. Er wollte die Fakten auf den Tisch legen. Und das hat er auch gemacht.

Dieter Marin: Ich möchte etwas richtig stellen. Wir legen dem Volk das Budget mit dem Antrag auf Steuerfusserhöhung vor. Wenn das Volk der Steuerfusserhöhung nicht zustimmt, dann ist das Budget auch abgelehnt. Es bleibt dann nicht bei 98 %. Der Gemeinderat muss dann ein neues Budget zusammenstellen mit einem neuen Steuerfuss. Jetzt kann sich jeder selber überlegen, wie sich die Situation entwickeln kann, wenn man in Anbetracht und im Wissen, dass es 7 % Steuererhöhung braucht, nicht durchkommt. Sollten 5 % Steuererhöhung gesprochen werden, dann haben wir auch keine Garantie, dass das Volk dieser Steuererhöhung zustimmen wird. Wir haben dann vielleicht den grösseren Schaden mit nur 5 %. Dort haben wir auch jedes Jahr einen Verlust von Fr. 500'000.

Erich Schmid: Ich werde noch Sachen vorbringen zur Debatte mit einer Steuerfusserhöhung von 105 % und 103 %. Wenn wir den Finanzplan anschauen, wie er nun vorliegt, ist die 7 % Steuerfusserhöhung klar zu wenig. Die Schulden steigen trotz der 7 % massiv in die Höhe. Es bestehen im Finanzplan Unsicherheiten. Wann kommen die Investitionen, wann die effektiven Steuereinnahmen. Das wissen wir auch, dass sich das jedes Jahr verändert. Ich denke, es gibt einige Sachen, denen man sich bewusst sein muss, warum haben wir Fr. 2 Mio. bei den natürlichen Personen weniger Steuereinnahmen. Wegen der Steuergesetzrevision, wegen Steueroptimierungen. Das heisst, die Fr. 2 Mio. haben wir hinten rechts. Wenn wir die 7 % erhöhen, dann heisst das nicht, dass wir zukünftig eine höhere Belastung haben. Schon eine höhere Belastung klar, gegenüber vor 2 Jahren ist sie aber immer noch tiefer. Und zwar die 5 % sind sowohl auf Gemeindeebene und auch auf Kantonebene. Wenn bislang Fr. 1'000 bezahlt werden mussten, so war die Reduktion für die Staats- und Gemeindesteuern zusammen rund Fr. 50 muss aber nur auf die rund Fr. 500, nämlich den Gemeindeanteil, 7 % mehr gezahlt werden, dies sind Fr. 35. Hinten rechts sind immer noch Fr. 15 mehr im Portemonnaie als vor 2 Jahren. Wir holen nicht zusätzliche Steuern, wir kompensieren mit der Erhöhung von 7 % einen Teil der Steuergesetzrevision. Wir hörten, dass die Steuereinnahmen zukünftiger Prognosen im Finanzplan nicht stimmen. Die SVP sagte, die Entwicklung sei zu hoch. Die FDP sagt, die Entwicklung sei zu tief. Nehmen wir an, die SVP hätte Recht. Was wäre die Folge davon? Die Verschuldung wird noch grösser sein. Es passt für mich nicht zusammen, wenn man dies in Frage stellt, weniger Einnahmen, noch weniger Einnahmen und gleichzeitig nicht bereit zu sein, die plus 7 % Steuererhöhung durchzusetzen. Das ist kontraproduktiv. Ich denke, die Meinungen sind weitgehend gemacht. Ich denke, die 7 % bilden einen Kompromiss zwischen dem Finanzplan, der eine grössere Steuererhöhung haben müsste. Doch die 7 % wären wohl realistisch durchbringbar. Brigitte Schmid fragte nach der Strategie des Gemeinderats, wie er die Steuerfusserhöhung beim Volk durchbringen will. Der Gemeinderat ist gefordert, das ist klar. Aber wir sind uns hier drinnen alle einig, dass wir massiv die Steuern erhöhen müssen. Plus

5 % oder plus 7 %, das ist eine massive Steuerfusserhöhung. Wir sind auch gefordert, dies durchzusetzen. Wir müssen uns dafür engagieren. Der Gemeinderat wird kaum einen Leserbrief verfassen. Aber vielleicht schreiben 39 Einwohnerräte einen Leserbrief. Es ist unsere Aufgabe, hier mitzuhelfen. Je nachdem wie der Steuerfuss durchgehen wird, ich gehe davon aus, dass 103 % hier im Einwohnerrat sicher durchgehen wird, ob 103 oder 105 % ist noch die Frage. Aber die 103 % ist ein absolutes Muss, 105 % wäre besser. Wir sind in den nächsten 2 Monaten gefordert. Es ist so, wie Dieter Martin sagte, wir haben vor einigen Jahren eine Steuerfusserhöhung abgelehnt. Es folgte dann eine neue.

Christoph Villiger: Danke, Erich, für deine Worte. Ich möchte noch einmal einbringen: Ein 5 % höherer Steuerfuss als heute bedeutet 103 %. Wir dürfen nicht vergessen, unsere Gemeinde steht in einem Wettbewerb um Standortattraktivität. Wenn wir die Region betrachten, dann gibt es einige attraktive Gemeinden in der Region Baden. Wir wollen eine attraktive Gemeinde bleiben, und ich glaube mit einer Steuerfusserhöhung von 5 % stehen wir in einem Wettbewerb. Wir bleiben irgendwo attraktiv und wir werden über grössere Investitionen entscheiden, schlussendlich auch das Volk. Aber wir müssen in den nächsten Jahren den Hebel ansetzen. Ich bin überzeugt, dass wir mit einer Steuerfusserhöhung von 5 % beim Volk eine wesentlich bessere Chance haben, das durchzubringen und voll dahinter zu stehen, als wenn wir versuchen, eine 7 % Steuererhöhung durchzubringen.

Christian Keller: Der Ratslinken wurde heute vorgeworfen, dass sie gar nicht willens ist zu sparen. Wir haben die Mehrheit der Sparvorschläge der Finanzkommission mitgetragen. Und jetzt wo es darum geht, das tatsächliche Problem anzupassen, nämlich die fehlenden Einnahmen. Wir haben das Problem auf der Einnahmenseite. Wir haben heute nicht gespart. Wir haben das Problem vor uns hergeschoben, wie es Linus Egger vorhin ausführte. Jetzt, wo es darum geht, die Probleme tatsächlich anzupacken, wird von der Ratsrechten gekniffen. Ich verstehe das nicht. Wenn wir eine Steuererhöhung um 7 % durchbringen wollen, dann brauchen wir auch euch. Das konnte Erich besser ausdrücken. Wir müssen alle unsere eigene Basis davon überzeugen, dass es eine Steuerfusserhöhung von 7 % braucht. Alles andere finde ich finanzpolitisch unverantwortlich.

Marcel Müller: Die Anträge der Finanzkommission belaufen sich auf 0.8 %. Wir haben 1 % gespart. Wir haben auf Basis Finanzkommission Fr. 250'000 eingespart. Die Steuereinnahmen betragen Fr. 25 Mio., das Budget beträgt Fr. 32 Mio. Also Fr. 250'000 auf Fr. 30 Mio. Jetzt kann jeder für sich selber überlegen, ist das viel oder wenig. Fr. 250'000 als nominale Summe ist viel. In Prozenten ausgedrückt ist es nichts. 1 %. Wenn ich weniger verdiene und nach Hause komme, dann muss ich rechnen, ob ich mir die Wohnung, das Auto, das Motorrad noch leisten kann, ob wir uns die Skiferien noch leisten können. Dann würde 1 % nicht ausreichen. Das wir jetzt sagen, wir haben riesig gespart, knapp 1 % wurde heute Abend gespart. Das muss man in Relationen setzen.

Christian Keller: Um die Finanzlage irgendwie in den Griff zu bekommen, da muss auch bei den Einnahmenseiten etwas verändert werden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, wir haben alle versucht zu sparen. Aber unsere Gemeinde weist einen sehr schlanken Haushalt aus. Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst. Es kommt nichts mehr raus.

Daniel Jenni: Wir haben viele nicht beeinflussbare Kosten. Und Ihr könnt jetzt über 5 % oder 7 % diskutieren. Die nichtbeeinflussbaren Kosten können nicht eingespart werden. Und wenn jetzt dem Volk schmackhaft gemacht wird, jetzt braucht es eine Steuerfusserhöhung von 5 %, und in zwei Jahren brauchen wir nochmals 3 %, dann stehen wir dumm da. Das ist meine Meinung.

Lukas Flückiger: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich verstehe von Finanzplanung wirklich nicht viel. Aber auf der einen Seite haben wir das Einnahmenproblem, das haben wir oft gehört. Wir haben aber auch ein Ausgabenproblem. Ich setze grosse Hoffnung auf die Ar-

beitsgruppe, die inskünftig eingesetzt wird. Diese Gruppe wird nicht nur die Einnahmen sondern auch die Ausgaben prüfen, vielleicht auch den Service Public. Etwas wegzunehmen ist immer schmerzhaft. Ich nehme gern, ich gebe nicht gern. Aber unser Job wird auch sein, sich bei der Bevölkerung umzuhören, was ist nötig, was ist notwendig und worauf kann verzichtet werden. Die 5 % würde man wohl für das nächste Jahr durchbringen. Aber wenn man fair wäre, müsste man sagen, man muss nicht nur 7 % erhöhen, sondern 10 %. Bei 7 % stehen wir in zwei bis drei Jahren wieder beim gleichen Punkt.

Denise Hunziker: Ich mache mir die Überlegung 5 % mehr Steuerfuss, 7 % mehr Steuerfuss. Wenn wir jetzt direkt mit einer 5 % Steuerfusserhöhung vors Volks gehen und das würde abgelehnt, dann sind wir wieder gefordert, müssen vielleicht noch tiefer gehen auf 101 %, damit es beim Volk durchkommt. Wenn wir jetzt aber mit 7 % Steuerfusserhöhung kommen und das Volk lehnt ab, dann hätten wir immer noch die Chance mit der 5 %-Steuerfusserhöhung. Halten wir uns nicht eher eine Türe offen, wenn wir mit der Steuerfusserhöhung von 7 % kommen? Was ist wohl schlauer?

Patrick Hehli: Ich sag nur noch zwei Sachen, dann stimme ich nur noch ab. Im letzten Jahr haben wir Fr. 6 Mio., nein, noch etwas mehr mit dem Landkauf, Fr. 7 Mio. bewilligt für Tagesstrukturen. Man sprach damals von 2 % Steuerfusserhöhung. Und die Glaubwürdigkeit haben wir alle definitiv hier verloren. Letztes Jahr wurden so grosse Projekte bewilligt ohne superkritische Hinterfragung. Wir wollten nicht darauf eingehen wie zum Beispiel mit Schulraumplanung, Schulhaus noch integrieren usw. Wir haben forciert und mit Vollgas darauf los. Die Leserbriefe zu schreiben, das ging ja letztes Jahr super. Jeder, der letztes Jahr dem Projekt zustimmte, der müsste heute auch wieder Ja stimmen.

Peter Marten: Hier doch noch zwei Voten. Jeder Stimmbürger, welcher sich ansatzweise die Mühe nehmen würde, die Unterlagen zu studieren, würde merken, dass ein primäres Problem bei den Einnahmen besteht. Es fehlen rund 5 % der Einnahmen. Es hat nichts damit zu tun, ob ich einen guten oder schlechten Job als Präsident der Finanzkommission gemacht habe, ob der Einwohnerrat kritisch oder zu wenig kritisch geprüft und hinterfragt hat, die heutige Situation ist passiert. Dies hat hier im Einwohnerrat niemand vorausgesehen. Niemand von der Verwaltung hat das vorausgesehen. Auch der Gemeinderat konnte dies nicht voraussehen. Es ist eine Realität. Es ist auch eine Realität, dass wir nicht einfach 5 % rausschneiden können. Es ist unmöglich. Sollte der Stimmbürger die Meinung vertreten, dies sollte möglich sein, so würde dies dem Stimmbürger wehtun. Dann war die heutige Einwohnerratssitzung schön, doch dies wäre nur ein schwaches Lüftchen gegenüber dem, was kommen wird. Dem Stimmbürger muss klar mitgeteilt werden, dass stürmische Zeiten kommen werden. Das wird jede Person merken. Das ist eine Realität. Wir können auch die Vogel-Strauss-Methode verwenden, Kopf in den Sand stecken. Doch dies hätte mit vernünftigem Politisieren nichts mehr zu tun. Für mich die beste Lösung wäre eine Steuerfusserhöhung um 7 %. Jeder Prozentsatz tiefer wäre die 2.-, 3- oder 4.-beste Lösung. Eine absolute Katastrophe wäre eine Steuerfusserhöhung um 0 %, dann wären wir im 3. Jahr in dieser finanziellen Katastrophe. Das heisst, wir beginnen bei der Startlinie der Investitionen noch weiter hinten als schon geplant. Wir brauchen die 7 %. Es ist die beste Lösung.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Die beiden Anträge Steuerfusserhöhung werden einander gegenübergestellt. Der Antrag mit der grösseren Ja-Stimmenanzahl obsiegt.

Der Steuerfuss soll um 5 % auf neu 103 % festgelegt werden. Der Antrag erhält 14 Stimmen.

Der Antrag des Gemeinderates von 105% erhält 24 Stimmen. 1 Enthaltung.

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2016 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 105 % (bisher 98 % / Erhöhung um 7 %) und die Summe der Stellenplanprozentage gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Wasserversorgung / Fr. 2.00/m³), der Beibehaltung der Benützungsg Gebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung / Fr. 1.80/m³) und der Beibehaltung der Kehrrichtgebühren zuzustimmen. Dieser Antrag wird mit 34 Ja- zu 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 Kreditabrechnungen

2009/133 Allgemeine Nutzungsordnung / Teilzonenplanrevision
2011/23 Tagesstrukturen und Kindertagesstätte Goldiland, Abrechnung Planungskredit

Keine Wortmeldungen

Abstimmungen

Antrag: Die beiden Kreditabrechnungen GK 2009/133 Allgemeine Nutzungsplanung/Teilzonenplanrevision und GK 2011/23 Tagesstrukturen und Kindertagesstätten Goldiland, Abrechnung, seien zu genehmigen. Dieser Antrag wird mit 39 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen mit 0 Enthaltungen angenommen.

6 2015.26 Umfrage

Eugen Paul Frunz: Ich möchte über die Hauptübung der Feuerwehr informieren. Die bewilligten Fahrzeuge werden eingeweiht. Vielleicht interessiert es zu sehen, was bewilligt und angeschafft wurde.

Theo Flückiger: Die Solarlobby führt noch einen Herbstanlass durch. Es liegen Flyer auf über das Referat in Baden. Es gibt auch noch eine Möglichkeit, sich am Goldiland in Form eines Beitrages an die Solaranlage zu beteiligen. Vielleicht hat jemand Interesse.

Brigitte Schmid: Mein Mann und ich haben im Sommer das ganze Diemtigtal erkundet über 11 Brücken. Fast zu hinterst haben wir ein kleines, wunderbar gedecktes Holzbrüggli überquert. Und dort stand Obersiggenthaler Brüggli 2010. Das hat mich sehr gefreut.

Christian Keller: Es war eigentlich ein schönes Schlusswort, doch nun noch etwas Ernsthaftes. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, ob es ein Reglement über die verkaufte Schulstrasse gibt. Wird das publiziert oder ist das schon erfolgt? Wir wollen wissen, ob wir dort Unterschriften sammeln dürfen oder nicht. Eine weitere Frage wäre noch über die Arbeitsgruppe Kommunikation, welche gegründet wurde. Gibt es diese Kommission noch und was genau macht diese.

Dieter Martin: Ich habe nicht beide Fragen verstanden. Bitte um Wiederholung.

Christian Keller: Es gibt ein Benutzungsreglement für die Schulstrasse. Ich möchte wissen, ob das publiziert wurde oder noch publiziert wird.

Dieter Martin: Das wird nicht publiziert.

Christian Keller: Aber man muss doch wissen, welche Rechte dort gelten. Bisher war es allgemein. Gilt das weiter? Dürfen wir dort Unterschriften sammeln oder müssen wir damit rechnen, dass wir vertrieben werden?

Anton Meier: Man musste dies bereits vorher mit der Markthof- und der Mietervereinigung abprechen und vereinbaren. Es wird weiterhin eine Ansprechperson bei der Markthofvereinigung geben, mit der dies besprochen werden muss.

Christian Keller: Das Benutzerreglement wird nicht veröffentlicht? Nochmals meine zweite Frage. Es wurde doch eine Arbeitsgruppe Kommunikation gegründet. Ich möchte wissen, ob es diese Arbeitsgruppe noch gibt und was für Arbeiten diese Gruppe macht?

Dieter Martin: Ja, diese Gruppe gibt es und sie ist auch aktiv tätig. Man erarbeitet verschiedene Vorschläge. Etwas, was spontan ins Leben gerufen wurde, ist der Gewerbeapéro, welcher dieses Jahr das erste Mal am 3. November durchgeführt wird. Weitere Punkte kann ich noch nicht mitteilen, weil zuerst der Gemeinderat darüber informiert werden muss und auch seine Zustimmung dazu geben muss. Wir planen, dies jährlich durchzuführen. Man plant weitere Zeitungsbeiträge mit gemeindeinternen Informationen z.B. in der Rundschau, Homepage etc. Im nächsten Jahr wollen wir mehr Aktionen für die Gemeinde durchführen.

Patrick Hehli: Gewerbeapéro ist ein gutes Stichwort. Was macht man seitens der Gemeinde, um das Gewerbe bei Laune zu halten? Wir haben heute am Anfang gehört, dass der Gemeinderat einem Gewerbebetreibenden auf die Finger geklopft hatte. Ich bin der Meinung, dass wir mehr das Gespräch und den Kontakt mit den Gewerbebetreibenden suchen müssen. Ich weiss von anderen Beispielen. Es sind Unternehmen, welche expandieren wollen. Doch zum Vornherein wird ein Projekt eher abgeblockt. Ist man hier daran interessiert, die kleinen KMU zu fördern oder will man sich nur auf einen grossen Unternehmer konzentrieren? Ein Apéro allein reicht aus meiner Sicht nicht aus.

Martin Dieter: Es sind zwei Sachen. Wir haben nicht einem Gewerbebetrieb auf die Finger geklopft, sondern wir haben eine Benutzungsordnung, welche vom Volk genehmigt wurde, und diese ist umzusetzen. Das zweite mit dem Gewerbeapéro ist ein erster Schritt. Wenn dies regelmässig durchgeführt wird, und die Idee ist, dass neben dem Gemeinderat auch die Abteilungsleiter anwesend sein werden, so kann eine Kommunikation gestartet werden. Fragen können beantwortet werden. So entsteht unsererseits eine erste Annäherung an das Gewerbe. Es liegen schon diverse Anmeldungen vor.

Willi Graf: Im Sommer hat das Mitwirkungsverfahren betr. Oederlin-Areal stattgefunden. Es wurden ja verschiedene Eingaben eingereicht. Ich möchte wissen, wie der Stand und das weitere Verfahren aussehen. Ist die Überarbeitung erfolgt?

Dieter Martin: Der Kanton hat die erste Vorprüfung vorgenommen. Jetzt warten wir auf die Resultate der Vorprüfung seitens des Kantons im Zusammenhang mit allen Mitwirkungssitzungen, welche stattfanden, Baden-Regio, verschiedene Kommissionen, Gemeinderat. Wir haben seitens der Mitwirkung verschiedene Eingaben. Das müssen wir jetzt alles einsehen. Auch der Kanton. Es gibt jetzt relativ wichtige Diskussionen auch mit dem Entwicklungsträger selber. Es hat einige diskutabile Punkte. Die Dichte ist ein grosses Thema, die Verkehrsführung ist ein Thema, Mobilität ist ein Thema, BNO, welche angepasst werden muss, Gestaltungsplan. Darüber wird jetzt diskutiert. Jetzt Ende Oktober beginnt eigentlich die schwierigere Phase, es geht ins Detail und man muss wirklich prüfen, was vereinbar ist und was nicht.

Stefan Semela: Wenn keine weiteren Wortmeldungen und Fragen vorliegen, schliesse ich die Sitzung des Einwohnerrats. Es ist mittlerweile Freitag, 16. Oktober 2015, 01.00 Uhr. Ich wünsche eine gute Nacht und Romana Hächler alles Gute zum Geburtstag.

Der Präsident:

Stefan Semela

Die Protokollführerin:

Romana Hächler